

22

Einblicke in das Jahr

Jahres BERICHT

Freiheit
muss
gewinnen

Jahresbericht
2022

Inhalt

1. KAS-Fellowship 2022 6

„Wir müssen auf ein Russland nach Putin setzen“: ein Interview mit Christoph Heusgen	8
---	---

2. Die Konrad-Adenauer-Stiftung 10

Wir über uns	12
Tag der KAS im Zeichen der Ukraine	14
Podcasts, TikTok, LinkedIn: Kampagnen, Kanäle und Formate	16
Rückblick und Vorausschau: 60 Jahre Europäische und Internationale Zusammenarbeit	18
„Kein Mensch sollte Leid erfahren“: Installationen von Paula Doepfner	20
Personal, Publikationen, Veranstaltungen: die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zahlen	22
Literatur, Journalismus, Soziale Marktwirtschaft: unsere Preisträger 2022	26

3. Unsere Kernthemen 28

Demokratie, Sicherheit, Innovation: Kernthemen 2022	30
---	----

Innovation

Ansätze und Ideen für eine nachhaltige Transformation: der Navigator Nachhaltigkeit	32
Inspirierende Unternehmerinnen und Unternehmer: Porträts vom afrikanischen Kontinent	34
Naturbasierte Verfahren und innovative Technologien: Negative Emissionen	36

Sicherheit

#StandWithUkraine: politische Bildung zum Angriffskrieg	38
Politische Krisen und sozioökonomische Probleme: schwindende Ernährungssicherheit in Nahost und Nordafrika	40
Verantwortung und Künstliche Intelligenz: die Bundeswehr der Zukunft	42

Repräsentation und Partizipation

Angriffskrieg, Cyberangriffe, Hassrede: die wehrhafte Demokratie	44
Bürokratieabbau, Föderalismusreform, Digitalstrategie: Staatsmodernisierung in Deutschland	46
Christlich, liberal, konservativ: ein Werkstattgespräch zum Grundsatzprogrammprozess der CDU	48

4. Freiheit muss gewinnen 50

Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen:
das neue Handbuch zur Geschichte der CDU 52

Neuer Inhalt und modernes Design:
der Relaunch der Portale Konrad Adenauer und Helmut Kohl 54

Politische Bildung

Ein internationales Netzwerk zur Politischen Bildung:
das Network Civic Education 56

Summer School, Europadialoge und Konferenzen:
Angebote für junge Erwachsene in und für Europa 58

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

„Es gibt nur die Wahl zwischen Krieg und Vernichtung“:
ein Interview mit dem Leiter des Auslandsbüros in Kiew, Tim Peters 60

Auslandsbüros als Seismograf:
Chinas Soft Power in Südostasien 62

Begabtenförderung und Kultur

„Das Kopftuch ist mehr als ein Stück Stoff“:
ein Interview mit der Altstipendiatin Dr. Fatemeh Taheri 64

Politik, Macht, Moral:
Seminare für angehende Politikerinnen und Politiker 66

Analyse und Beratung

Ukrainische und russische Welt:
die Rolle von Religion im russischen Angriffskrieg 68

Wahlkampfzeit ist Diskussionszeit:
Studien zu politischer Diskussion und Wahlwerbung 70

5. Besondere Jahrestage 72

Geburtsstunde der europäischen Integration:
70 Jahre Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 74

Die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft in einer sich
verändernden Weltwirtschaft: 125 Jahre Ludwig Erhard 76

6. Namen, Daten, Fakten 78

Bilanzen 80

Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der
politischen Stiftungen 83

Vorstand, Mitglieder und Kuratorium 84

Gremien der Begabtenförderung 90

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 91

Die Villa La Collina in Cadenabbia 92

Liebe Leserinnen und Leser,

2022 war erneut ein Krisenjahr. Nach zwei Jahren, die von pandemiebedingten Einschränkungen geprägt waren, wurden unsere Hoffnungen auf etwas mehr Normalität durch den russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar zunichtegemacht. Mit ihm ist der Krieg nach langer Zeit nach Europa zurückgekehrt. Alte Denkgewohnheiten und manche Verhaltensmuster mussten über Nacht neu geordnet oder über Bord geworfen werden. Hinzu kam die Herausforderung, mit den weitreichenden Auswirkungen des Krieges auf unseren Alltag umzugehen: schutzsuchende Kriegsflüchtlinge, steigende Lebenshaltungskosten, die Debatte um unsere Energieversorgung, die Frage der Sicherheit Deutschlands und Europas. Der Krieg und seine Folgen haben die Agenda des Jahres 2022 weitgehend dominiert und entsprechend in unserer Arbeit eine wesentliche Rolle gespielt – was sich aufgrund der vielfältigen Folgewirkungen 2023 kaum ändern wird.

Für unsere Arbeit in der Region stellten die Ereignisse in der Ukraine eine besondere Herausforderung dar: Unsere Kollegin Dr. Brigitta Triebel und die Kollegen Tim Peters und Bruno Hamm-Pütt, die unsere Büros in der Ukraine betreuten, hatten wir rechtzeitig nach Deutschland zurückgeholt. Auch für unsere Ortskräfte ergriffen wir unterstützende Maßnahmen. Während wir zwischenzeitlich wieder unsere Arbeit für die Ukraine virtuell aufnahmen, haben wir das Auslandsbüro in Russland Ende April geschlossen.

Mit zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen sowie Interviews, Beiträgen und Stellungnahmen unserer Expertinnen und Experten haben wir zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Krieges gearbeitet. So standen der Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Europa-Rede am 9. November ganz im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. Im Rahmen des Bonner Forums zur Einheit am 3. Oktober haben wir anlässlich des Krieges auf Deutschlands Rolle in der Welt und die Ordnung der internationalen Beziehungen geblickt.

Vor dem Hintergrund des Krieges haben sich unsere Kernthemen – Sicherheit, Innovation sowie Repräsentation und Partizipation – im vergangenen Jahr abermals in höchstem Maße bewährt. Sie haben unserer Arbeit die notwendige Orientierung in unruhigen Zeiten gegeben. Wir konnten unsere Positionen schärfen und gezielt der Öffentlichkeit vermitteln.

In besonderem Maße dazu beigetragen hat der KAS-Fellow 2022, Prof. Dr. Christoph Heusgen, ehemaliger außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Botschafter bei den Vereinten Nationen. Der ausgewiesene Experte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat insbesondere beim Kernthema Sicherheit wichtige Impulse für unsere Arbeit im In- und Ausland beigesteuert.

Neben den dramatischen Entwicklungen in Europa und der Welt spielten auch andere Themen eine Rolle. Wir haben beispielsweise unser neu erschienenes Handbuch zur Geschichte der CDU am Rande des diesjährigen Bundesparteitages der CDU in Hannover vorgestellt. Der Band bietet Zugang und Informationen zur historischen und programmatischen Entwicklung der CDU, zu einzelnen Politikfeldern und Parteigliederungen. Er erschien in Ergänzung zu unserem im Sommer 2020 herausgegebenen Debattenband mit Beiträgen und Positionen zur Geschichte der CDU.

Wie jedes Jahr haben wir auch 2022 besondere Jubiläen zum Anlass genommen, den Blick zurück, vor allem aber nach vorn zu werfen. Rund um den 125. Geburtstag Ludwig Erhards im Februar haben wir über Zustand und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft nachgedacht. Im Herbst war der 70. Jahrestag der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine willkommene Gelegenheit, die Perspektiven europäischer Zusammenarbeit zu analysieren sowie Lösungen für die besondere Herausforderung der Energiesicherheit zu diskutieren.

Für uns als Stiftung boten darüber hinaus zwei Jahrestage besonderen Grund zur Freude: Zum einen haben wir das Jubiläum 60 Jahre Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung genutzt, um verstärkt auf unser langjähriges und vielfältiges Engagement in der Welt hinzuweisen. Zum anderen feierten wir das vierzigjährige Bestehen unseres Büros in Israel, das symbolhaft für die besonderen deutsch-israelischen Beziehungen und die besondere Verantwortung Deutschlands steht, die sich auch in der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung niederschlägt.

Erfreulich war zudem, dass wir Mitte Mai zu einem normalen Bürobetrieb zurückgekehrt sind – unter Beachtung der allgemeinen Hygieneregeln und verbunden mit gegenseitiger Vorsicht und Rücksichtnahme. Eine zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat getroffene Betriebsverein-

barung erlaubt seitdem allen Kolleginnen und Kollegen das tageweise mobile Arbeiten.

Es war ein kleiner Schritt in Richtung Normalität in einem Jahr, das von Historikerinnen und Historikern eines Tages rückblickend vermutlich als ein schicksalhaftes Jahr bewertet werden wird – und das auch für uns als Stiftung und für unsere Arbeit ansonsten wenig Normalität aufwies.

Umso dankbarer sind wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement über das gesamte Jahr hinweg. Auch den Mitgliedern unserer Gremien danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit und allen Förderinnen und Förderern des Freundeskreises, den Spenderinnen und Spendern, Sponsorinnen und Sponsoren sowie Partnerinnen und Partnern für ihre wertvolle ideelle wie finanzielle Unterstützung.

Wir werden weiterhin alles dafür geben, dem Vertrauen, das Sie uns und unserer Arbeit in Deutschland, Europa und der Welt entgegenbringen, gerecht zu werden. Wir hoffen und wir freuen uns auch künftig auf Ihre Unterstützung.

Berlin/Sankt Augustin,
im November 2022

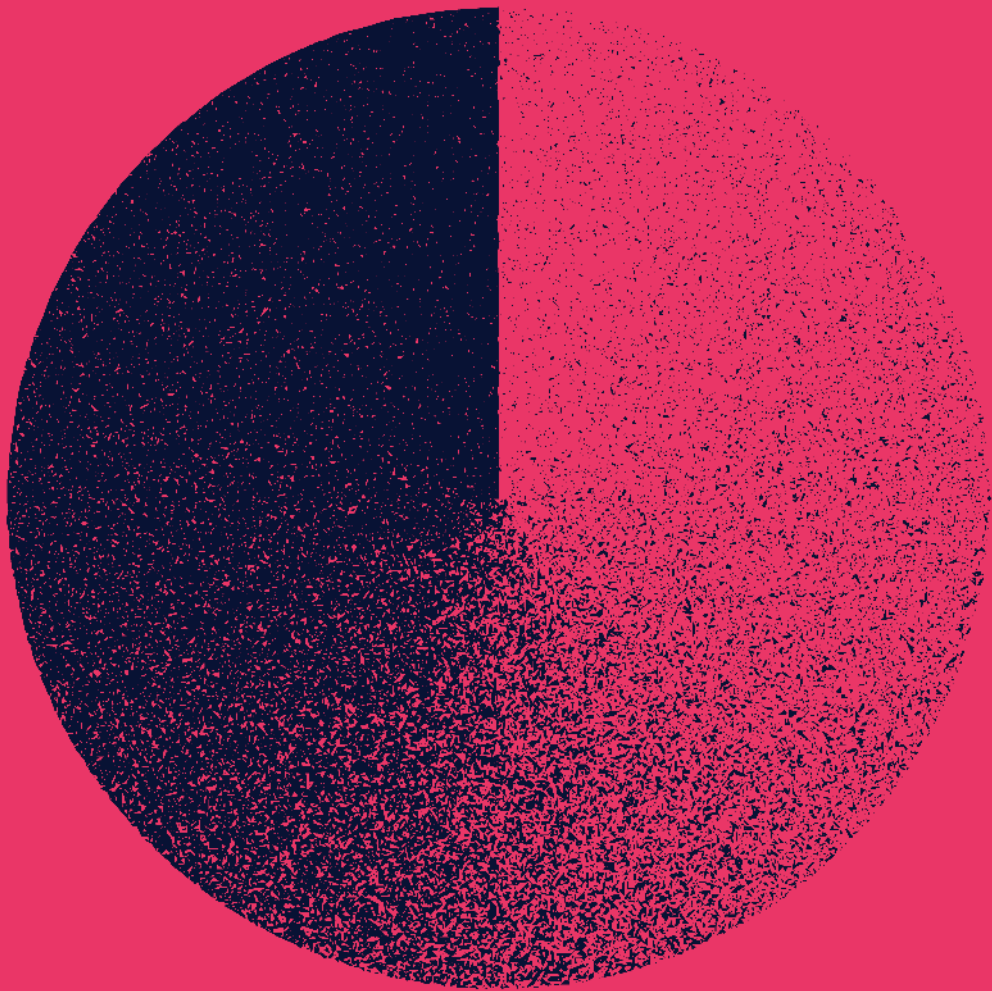


Prof. Dr. Norbert Lammert



Michael Thielen

KAS Fellowship



1

„Wir müssen auf ein Russland nach Putin setzen.“

Geführt von
Jason Chumtong

Ein Interview mit Botschafter
Prof. Dr. Christoph Heusgen

Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt das Ziel, eine Persönlichkeit mit ihrem Blick von außen in die Arbeit der Stiftung einzubinden. Erstmals bekleidete diese Rolle der Münchner Soziologe Prof. Dr. Armin Nassehi als KAS-Fellow 2020/21. Auf ihn folgte 2022 der frühere Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Prof. Dr. Christoph Heusgen.



Herr Heusgen, während Ihrer Begrüßung und Vorstellung als KAS-Fellow 2022 waren Berichte über einen möglichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Teil der öffentlichen Debatte. Vor diesem Hintergrund mahnten Sie damals bereits an, den Einsatz für Demokratie und Menschenrechte nicht als rein westlichen, sondern als globalen Wert zu verstehen. Wie verändert der Krieg die regelbasierte internationale Ordnung? Der russische Angriffskrieg, das unermessliche Leid, das der Diktator Putin den Ukrainern zugefügt hat, die Tausenden Toten und die 14 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge sollten uns Mahnung und Aufforderung sein, unsere Anstrengungen um die Wahrung der internationalen regelbasierten Ordnung, die auf der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ruht, zu verteidigen. Ich verwende kaum noch den Ausdruck „Westen“ oder

„westliche Werte“, weil uns dann sofort der Vorwurf gemacht wird, wir legten doppelte Standards an. Während wir Russlands Einmarsch in die Ukraine verurteilten und harsche Sanktionen verhängten, seien wir gegenüber amerikanischen Völkerrechtsverletzungen, zum Beispiel dem zweiten Irakkrieg, vergleichsweise milde gewesen. Diesen Vorwürfen halte ich entgegen, dass wir diesen Krieg ebenso verurteilt haben, weil auch er gegen internationales Recht verstieß. Um dessen Wahrung geht es. Die UNO-Charta ist von allen knapp 200 Mitgliedstaaten unterschrieben worden, nicht nur von den westlichen.

Seit dem 24. Februar und als Reaktion auf den verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, hat die EU eine Reihe neuer Sanktionen gegen Russland verhängt. Wie schätzen Sie die Wirkkraft der acht Sanktionspakete und die Geschlossenheit der EU ein?

Die Sanktionen der USA und Europas wirken, da habe ich keine Zweifel. Russland wird von Hochtechnologie abgeschnitten, die Wirtschaft des Landes geht langsam, aber sicher bergab. Die weiter fließenden Einnahmen aus Gas- und Ölverkäufen halten den Niedergang auf, verhindern können sie ihn nicht. Der Zusammenhalt der EU und der USA wird bestehen bleiben. Allerdings bereiten mir die Entwicklungen in Polen und vor allem in Ungarn Sorge. Mit der Untergrabung des Rechtsstaats wird dort die Axt an das Fundament der Europäischen Union gelegt.

Zu Beginn Ihrer Zeit als KAS-Fellow sagten Sie, dass ein Bekenntnis zur europäischen Souveränität auch eines für die klare Bündnisverpflichtung der westlichen Wertegemeinschaft in der NATO sei. Wie hat der Krieg in der Ukraine diese Beziehung verändert?

Putins Krieg in der Mitte Europas hat noch mal verdeutlicht, wie wichtig die USA sind. Sie liefern den Ukrainern den größten Teil der Waffen, mit denen sie sich verteidigen und ihr Land zurückerobern können. Wer weiß, wo die russischen Truppen stünden, gäbe es diese Unterstützung nicht. Aber wie lange werden die Amerikaner bereit sein, unsere Sicherheit in Europa zu schützen? Sie verlangen zu Recht, dass wir unsere Hausarbeiten machen. Es ist beschämend, dass wir den von uns mitgetragenen Beschluss des NATO-Gipfels in Wales 2014 immer noch ignorieren und auch jetzt im Angesicht von Putins Zivilisationsbruch vor unserer Haustür das Zwei-Prozent-Ziel nicht erreichen. Das müssen wir aber dringend tun, um die notwendigen militärischen Fähigkeiten zu haben, notfalls auch ohne die Amerikaner einen Konflikt vor unserer Haustür zu lösen. Das verstehe ich unter europäischer Souveränität oder Autonomie.

Als Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz fordern Sie dazu auf, dass Deutschland seine außenpolitische Zurückhaltung gegen eine sichtbare und spürbare Führungsposition austauschen muss. Hat diese Entwicklung schon begonnen und welchen Beitrag kann die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung dazu leisten?
Bundeskanzler Scholz hat das Wort von der „Zeitenwende“ geprägt. Deutschland muss konsequent auf die neuen

Herausforderungen reagieren, auf den russischen Zivilisationsbruch, das chinesische Vorpreschen und auf die Vereinigten Staaten, die einerseits protektionistischer werden und sich andererseits mehr Richtung Asien orientieren. In dieser Situation muss die viertstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, Deutschland, Führung und Verantwortung übernehmen. Das erfolgt noch nicht konsequent genug. Wir hinken immer noch bei den Verteidigungsausgaben hinterher, wir zögern bei der militärischen Unterstützung der Ukraine, wir haben zu lange das Verhältnis mit Frankreich schleifen lassen, das entscheidend für die notwendige Stärkung der Europäischen Union ist. Und wir kümmern uns immer noch nicht genug um die Länder des globalen Südens, die wir im Wettbewerb mit China für die Stärkung des internationalen Rechts, aber auch im Kampf gegen den Klimawandel als Partner brauchen. Und die Konrad-Adenauer-Stiftung? Sie sollte diese deutsche Rolle spiegeln. Im Inland für die Notwendigkeit stärkeren deutschen Engagements werben und im Ausland Auge und Ohr für Entwicklungen sein und sich für die Unterstützung der internationalen regelbasierten Ordnung einsetzen.

Eine Qualität der Diplomatie ist der Wille und die Fähigkeit, mit allen Akteuren zu sprechen – auch oder gerade in Konfliktzeiten. Basierend auf Ihren Erfahrungen als ehemaliger Botschafter und Chefdiplomat: Wann und auf welcher Basis sollte insbesondere Deutschland wieder das Gespräch mit Russland suchen?

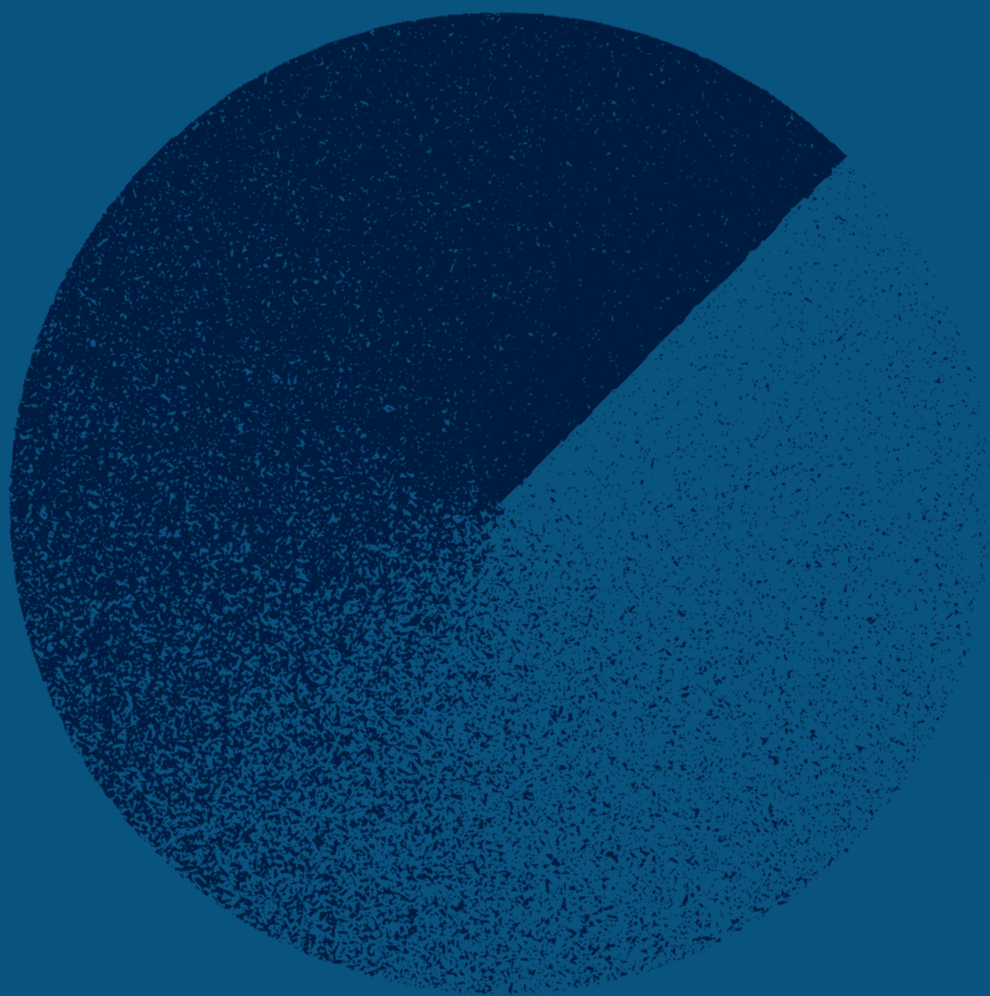
Wladimir Putin hat sich durch den von ihm begangenen Zivilisationsbruch disqualifiziert. Im Budapester Memorandum hatte Russland 1994 die territoriale Integrität der Ukraine garantiert. Jegliche Vereinbarung mit diesem Russland ist das Papier nicht wert, auf das ein Vertreter des Putin-Regimes seine Unterschrift setzt. Wir müssen auf ein Russland nach Putin setzen und die Opposition und die Zivilgesellschaft stärken. Sie werden bei der nächsten Münchner Sicherheitskonferenz zu Wort kommen.

Wenngleich Sie uns seit Januar 2023 nicht mehr als Fellow beraten, die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Stiftung bleibt über Ihre Rolle als Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) erhalten. Welche Bereiche der internationalen Sicherheitspolitik erachten Sie für das Jahr 2023 als besonders wichtig, bei welchen Themen sollten die Konrad-Adenauer-Stiftung und die MSC besonders eng kooperieren?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein etablierter Partner der MSC und wird dies bleiben. Ich sehe die Werbung im Inland für eine aktivere deutsche Außenpolitik und im Ausland das Eintreten für eine regelbasierte Ordnung als etwas Verbindendes.

Mehr zum Thema:
www.kas.de/fellowship-2022

Die Konrad- Adenauer- Stiftung



2

Wir über uns

Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in 18 Politischen Bildungsforen und Regionalbüros aktiv ist. Rund 100 Auslandsbüros betreuen weltweit Projekte in mehr als 120 Ländern.



Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor.

National und international setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlagen des politischen Handelns erarbeiten wir wissenschaftliche Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf Tagungen und Kongressen bringen wir Menschen zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Unsere rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland besuchen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir – bedingt durch die Coronapandemie – unser Angebot im Bereich der digitalen und hybriden Veranstaltungen stark ausgebaut. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus unserer Nachbarschaft in Mittel- und Osteuropa sowie aus anderen Weltregionen fördern wir ideell und materiell.

Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten – inzwischen mehr als 17.000 seit 1965.

Ausstellungen, Lesungen und Preise ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich unseren Literaturpreis. Junge Journalistinnen und Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise einsetzen. Bei unserem denkt@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der Diktatur des Nationalsozialismus und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Den Nutzerinnen und Nutzern stehen über 19 laufende Kilometer Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 200.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

Seit dem 1. April 2022 steht ein zweiter Abguss der Adenauer-Bronzeplastik des Künstlers Hubertus von Pilgrim vor der Akademie der Stiftung am Berliner Tiergarten. Das Original der Plastik steht seit dem 24. Mai 1982 auf dem Bonner Bundeskanzlerplatz am Anfang der dortigen Adenauerallee.

Tag der KAS 2022: #StandWithUkraine

Zusammen in Europa und der Welt

Text von Susanne Kophal und
Bogdan Miftakhov

1. Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Tag der KAS.



2. Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, diskutierte mit der Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.



Der diesjährige Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „#StandWithUkraine – Zusammen in Europa und der Welt“ stand im Zeichen des Schulterschlusses der demokratischen Welt mit der Ukraine. Der Höhepunkt des Tages war eine Diskussionsveranstaltung mit Maia Sandu, Präsidentin der Republik Moldau, sowie Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die über den Zusammenhalt der demokratischen Welt angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine diskutierten. Friedrich Merz machte deutlich: „Wenn Russland die Waffen schweigen lässt, ist der Krieg zu Ende. Wenn die Ukraine die Waffen niederlegt, ist die physische Existenz des Landes zu Ende.“

Auch die Wirkung der bisherigen Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland und die weiteren Handlungsoptionen der EU und ihrer Partner standen im Fokus der Debatte. Vor dem Austausch hatte Dmytro Kuleba, Außenminister der Ukraine, ein digitales Grußwort an das Publikum gerichtet und zum entschlossenen Handeln aufgerufen.

Im Vorfeld fanden zudem zahlreiche weitere Veranstaltungen statt, unter anderem ein Jugendpolitiktag, der sich mit den Folgen des digitalen Informationskrieges durch Trolle, Des-



3

3. Die Ukraine stand nicht nur politisch, sondern auch kulturell im Mittelpunkt. Gäste konnten traditionellen Haarschmuck aus Trockenblumen flechten und ukrainische Bäckerinnen brachten traditionell hergestelltes Brot als Geschenk mit.

4. Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem Ende des offiziellen Programms im Garten der Berliner Akademie der Stiftung.



4

in der er sich nicht nur für die Unterstützung aus Deutschland bedankte, sondern auch den Wunsch der Ukraine betonte, „ein Teil der europäischen Familie zu werden“. Die anschließende Diskussion mit Dr. Jana Puglierin, European Council on Foreign Relations, Florian Hahn MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Martin Svarovsky, jetzt Vize-Außenminister der Republik Tschechien, sowie Dr. Karl-Heinz Kamp, Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung, behandelte die Frage nach einem neuen Mindset einer europäischen und internationalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur.

Darüber hinaus fand die Premiere des Films *Der Vierundzwanzigste* des Auslandsbüros Ukraine (Charkiw) statt. In diesem Film erzählen fünf Sur-Place-Stipendiatinnen und -Stipendiaten, wie sie den Beginn des russischen Angriffs am 24. Februar 2022 wahrgenommen haben und berichten von ihrer Flucht, ihrem gegenwärtigen Leben und ihren Hoffnungen.

Der Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung bildet traditionell einmal im Jahr in mehreren Veranstaltungen, Aktionen und Diskussionsforen die Arbeit der gesamten Stiftung ab und richtet sich an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Partnerinnen und Partner und Freundinnen und Freunde der Stiftung. Dabei präsentiert die Stiftung nicht nur ihre nationale und internationale Arbeit, sondern liefert einen Impuls zur Diskussion aktuell relevanter Themen, vermittelt Denkanstöße und leistet damit einen Beitrag zur Diskussionskultur und Festigung der Demokratie.

information und Propaganda in den sozialen Medien auseinandersetzte.

Mychajlo Fedorow, stellvertretender Ministerpräsident der Ukraine und Minister für digitale Transformation, verwies in seiner Videobotschaft auf die Gefahren, denen die Ukraine durch massive russische Cyberangriffe und Desinformationskampagnen ausgesetzt ist. Ljubow Zybulska, Leiterin der NGO Join Ukraine, Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle, sowie Yvonne Magwas MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, griffen das Thema auf und diskutierten die Gefahr, dass nicht mehr die gesellschaftliche Relevanz die Publikationswürdigkeit eines Beitrags bestimmt, sondern die größtmöglich zu erreichende Aufmerksamkeit.

In den Workshops „From Fake News to Deep Fakes: On the Threat of Deep Fakes to Democracy and Society“ und „Werdet Fact-Fluencer! Desinformation erkennen und bekämpfen!“ wurden konkrete Projekte vorgestellt und Handlungsoptionen mit Jugendlichen erarbeitet.

In seiner Keynote zum anschließenden Panel „Zeitenwende: Was bedeutet das für Deutschland?“ sprach sich Prof. Dr. Christoph Heusgen, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und KAS-Fellow 2022, für einen nationalen Sicherheitsrat aus und forderte mehr deutsche außenpolitische Verantwortung. Einen Impuls steuerte Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, in einer Videobotschaft bei,

Kanäle und Kampagnen

Auch 2022 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre digitale Arbeit ausgebaut. Dazu gehören auch neue Kanäle und Formate, mit denen wir online politische Diskussionen führen wollen.

Follow us on LinkedIn

Text von Jette Geiger

Die Followerinnen und Follower unserer Kanäle sind nicht Profilbilder oder Zahlen, sondern Menschen, die ihre Zeit mit unseren digitalen Inhalten verbringen. Doch wer folgt der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Sozialen Netzwerken und interagiert wann und mit welchen Themen? Das schauen wir uns engmaschig anhand verschiedener Charakteristika für jede Plattform an, um unsere Inhalte zielgerichtet zu planen. Entscheidende Charakteristika sind die Sprache, der Ort, die Uhrzeit der Aktivität und die demografische Aufteilung (beispielsweise das Alter). Diese Daten ermöglichen es, in der Onlinekommunikation Themen zu finden, die auf ein hohes Interesse treffen und Inhalte ziel-

gruppen- und plattformgerecht aufzubereiten. Übergeordnete Auswertungen, welche Themen und welche Art der Interaktion eine positive oder kritische Stimmung auslösen, unterstützen die Analyse der Community abschließend. 2022 haben wir uns deshalb dazu entschlossen, LinkedIn als einen neuen Kommunikationskanal der Stiftung aufzubauen. Der Kanal eignet sich besonders gut für tiefergehende Analysen und Publikationen, und mit rund 29.000 Followerinnen und Followern wurde in nur acht Monaten eine sehr gute Reichweite aufgebaut. Die Fachexpertise, die die Stiftung bietet, lässt sich hier gut aufbereiten und in einen digitalen Dialog überführen.



KAS × TikTok

Text von Julia Fleiner

TikTok als Social-Media-Plattform ist nicht unumstritten und Kritik ist ebenso notwendig wie richtig. 2022 haben wir viele Argumente dafür und dagegen ausführlich in verschiedenen Runden diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das Wagnis TikTok eingehen. Seit Ende November sind wir auf der Plattform aktiv. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich das Ziel gesetzt, neue, jüngere Zielgruppen zu erreichen. Und ein Weg dahin ist TikTok. Wir sehen den Kanal als einen Versuch, mutig zu kommunizieren und Neues zu wagen. Wir müssen dahin gehen, wo die junge Generation ist,

denn politische Willens- und Meinungsbildung geschieht digital und gerade auch auf TikTok. Aktuell lässt sich im deutschsprachigen Raum auf TikTok der Trend erkennen, dass rechtspopulistische und antidemokratische Positionen sehr stark vertreten sind. Wir möchten dieses Feld der Willens- und Meinungsbildung aber nicht teilnahmslos Rechtspopulisten überlassen, sondern auch digital für die Werte einstehen, die uns wichtig sind: Gemeinsam. Demokratie. Gestalten. Eines unserer ersten Videos ist daher auch eine Kritik an China als totalitärer Staat und der Plattform selbst.



Informationskrieg – digital an der Seite der Ukraine

Text von Magdalena Falkner und Melanie Fröhlich

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wird auch medial geführt. Der Onlinekommunikation war und ist es daher ein besonderes Anliegen, den russischen Propagandakampagnen etwas entgegenzusetzen und die ukrainische Perspektive auf den Angriffskrieg zu stärken. Auf kas.de/krieg-gegen-ukraine erhalten Leserinnen und Leser einen formatübergreifenden und aktuellen Überblick über alle erstellten Inhalte zum Thema: Podcasts, Videos,

Veranstaltungen, Analysen und Publikationen – auch aus den Auslandsbüros der Stiftung.

Ein herausragendes Projekt ist der von zwei Stipendiatinnen der Stiftung gedrehte Film *Der Vierundzwanzigste*, der auf Initiative des Auslandsbüros in Charkiw entstanden ist. Ukrainische Protagonistinnen und Protagonisten berichten von ihren Erinnerungen an den 24. Februar 2022, ihrer Flucht aus der Heimat und ihren Hoffnungen für

eine bessere Zukunft. Zur Vermarktung des Films wurden mit YouTube, Instagram, Facebook, LinkedIn und TikTok fünf Stiftungskanäle genutzt, die insgesamt fast drei Millionen Menschen erreichen. Viele Menschen reagierten mit Kommentaren und Likes und teilten den Film und die Postings.

Menschenrechte: nachgefragt

Text von Konstantin Otto

Seit einem Jahr veröffentlichen wir auf blog.politische-meinung.de alle zwei Wochen eine Podcast-Folge unter dem Titel „Menschenrechte: nachgefragt“, mit Gesprächspartnern aus Politik und Zivilgesellschaft.

Schwerpunkte des Blogs der Zeitschrift *Die Politische Meinung* waren 2022 der Krieg in der Ukraine und die Proteste im Iran. Ein Beitrag befasste sich mit den Sozialen Medien und der Bedeutung für die ukrainische Kriegsführung. Wir haben Tamina Kutscher von Dekoder interviewt und ihr „11 Fragen

zur Medien- und Pressefreiheit in Russland“ gestellt. Das Interview wurde russisch und ukrainisch untertitelt.

Sehr erfolgreich war ein Interview mit dem Karikaturisten Oguz Demir: Seine Zeichnung einer Frau, die sich Mullahs aus den Haaren kämmt, wurde weltweit geteilt und ist zum Symbol des iranischen Widerstands geworden. Bevor das Bild Berühmtheit erlangte, hat es der Künstler exklusiv der *Politischen Meinung* zur Verfügung gestellt, neben weiteren Zeichnungen, die wir auf dem Blog zeigen.



denkt@g-Wettbewerb findet erstmals auf Instagram statt

Text von Felix Bäuml

Der seit 2001 bestehende denkt@g-Internetwettbewerb gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Norbert Lammert beschränkt im Jahr 2022 neue kommunikative Wege. Um den Wettbewerb noch attraktiver für junge Menschen zu machen, waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstmals dazu aufgerufen, als Projektbeitrag einen Instagram-Kanal anstatt einer Webseite zu gestalten. So setzten sich die Jugendlichen im Alter von 16 bis 22 Jahren innovativ und mediengerecht

gegen das Verblässen der Erinnerungen an Shoah und NS-Diktatur ein, aber auch mit aktuellen Formen von Antisemitismus und Rassismus in ihrem Umfeld auseinander. Ob Reels, Stories oder Fotostrecken – der Kreativität waren wenig Grenzen gesetzt, sich einfallsreich auf Spurensuche zu jüdischem Leben zu begeben.



60 Jahre internationale Arbeit

Text und Interview von
Louisa Heuss und Katharina Naumann

2022 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das 60. Jubiläum ihrer internationalen Arbeit gefeiert. Seit sechs Jahrzehnten setzt sich die Stiftung international für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Multilateralismus, Klimaschutz und Soziale Marktwirtschaft ein. Annette Schwarzbauer, Leiterin des Auslandsbüros Venezuela, blickt zurück auf die Anfänge der weltweiten Arbeit.



Frau Schwarzbauer, das vielfältige internationale Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung begann in den 1960er-Jahren in Lateinamerika.

Warum ausgerechnet dort?

Eine erste Vereinbarung für den Beginn der internationalen Zusammenarbeit in Lateinamerika wurde bei einem Treffen von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit dem venezolanischen Christdemokraten und späteren Staatspräsidenten Rafael Caldera am 2. Februar 1962 in Adenauers Wohnhaus in Rhöndorf getroffen. Aufgrund der Bedeutung christdemokratischer Bewegungen in Lateinamerika, besonders in Venezuela und Chile, konnte das 1962 gegründete

Institut für Internationale Solidarität (ISI), das später in der Konrad-Adenauer-Stiftung aufging, hier die ersten Kooperationspartner finden.

Wie kann man sich die Arbeit von damals vorstellen?

Die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter waren in den ersten Jahrzehnten der internationalen Zusammenarbeit eine Art integrierte Fachberatung bei den jeweiligen Partnerorganisationen, damals vor allem in den

Themenbereichen politische Bildung, Gewerkschaftsarbeit und ländliche Entwicklung. Sie saßen in der Regel direkt bei den Partnern und begleiteten die tägliche Projektarbeit sowohl inhaltlich als auch administrativ. In der Summe war die Entscheidung, ins Ausland zu gehen, sicherlich eine abenteuerlichere als heute.

Springen wir in die Gegenwart. Sie leiten derzeit das Auslandsbüro in Venezuela. Wo liegen heute die Arbeitsschwerpunkte des Büros?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Venezuela ist weiterhin im Bereich Bildung tätig. Unser wichtigster Kooperations-

partner ist die Katholische Universität Andrés Bello, mit der wir Seminare anbieten, Studien erstellen und ein Projekt zur Reaktivierung der Wirtschaft durchführen. Das Stipendienprogramm für engagierte Nachwuchskräfte hat aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Land an Bedeutung gewonnen. Fachkräftebedarf gibt es auch hier.

60 Jahre sind eine sehr lange Zeit. Was sind konkrete Erfolge, die in der Zeit erreicht werden konnten?

Von vielen Akteuren in Lateinamerika wird die Konrad-Adenauer-Stiftung als verlässlicher, fachkundiger und kritischer Kooperationspartner geschätzt. Durch die Präsenz der Auslandsbüros in der Region bestehen vielfältige Netzwerke mit Institutionen und Akteuren weltweit. In Venezuela ist die Konrad-Adenauer-Stiftung eine der wenigen internationalen Organisationen, die vor Ort ist und als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Konkrete Erfolge bewegen sich zwischen dem Stipendium, das einer Nachwuchswissenschaftlerin ein Aufbaustudium vor Ort ermöglicht, und dem Angebot der Katholischen Universität. Der Katholischen Universität gelingt es mit Unterstützung der Stiftung und weiterer Organisationen, trotz schwieriger Umstände ein hochwertiges akademisches Programm anzubieten, junge Leute zu sozialem Engagement zu ermutigen und unter anderem die wichtigste jährliche Umfrage zur Lebenssituation in Venezuela *ENCovi* zu veröffentlichen.

1. Nicht nur für die Stiftung, sondern für die gesamte Bundesrepublik gewannen die Länder Lateinamerikas in den 1960er-Jahren an Bedeutung. Im Frühjahr 1964 reiste Bundespräsident Heinrich Lübke als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland nach Chile. Auf diesem Bild ist zu sehen, wie Lübke (m.) und Ehefrau Wilhelmine (r.) bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen Los Cerrillos von Jorge Alessandri, dem chilenischen Präsidenten (l.), begrüßt werden.



Aus den ersten Standorten in Lateinamerika ist mittlerweile ein Netzwerk von über 100 bilateralen Büros und regional arbeitenden Programmen gewachsen.

Bereits in den 1960er-Jahren wurden weitere Büros in Tansania und Kamerun eröffnet. Die 1970er- und 1980er-Jahre waren von einer geografischen Ausweitung der Arbeit auf Europa und Nordamerika geprägt. Ziel war der Ausbau der Transatlantischen Wertegemeinschaft und damit die Intensivierung der Beziehungen zwischen den EU- und NATO-Partnern. Erste Kontakte in die Volksrepublik China wurden bereits 1979 aufgenommen. Der Fall des Eisernen Vorhangs brachte eine Fülle von neuen Möglichkeiten für die Stiftungsarbeit in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. 2017 schließlich wurde das Büro in Canberra eröffnet. Damit ist die Konrad-Adenauer-Stiftung die einzige politische Stiftung, die auf allen Kontinenten vertreten ist.

„Keine andere politische Stiftung arbeitet so lange in so vielen Ländern mit so vielen Partner zusammen wie wir“, so der Stiftungsvorsitzende Prof. Dr. Norbert Lammert. Zur Geschichte unserer weltweiten Arbeit gehört jedoch auch, dass Standorte geschlossen werden mussten. Sei es, weil die Zusammenarbeit nicht mehr gewünscht war oder förmlich verboten wurde oder auch für die Stiftung nicht mehr sinnvoll durchgeführt werden konnte. Hier seien nur aus den vergangenen beiden Jahren Afghanistan, Myanmar, Russland und die Ukraine zu nennen.

Die Welt hat sich in den letzten 60 Jahren grundlegend verändert. Entwicklungspolitische Fragen lassen sich nicht mehr losgelöst von Fragen der Außen- und Sicherheits-, der Wirtschafts- oder der Umweltpolitik betrachten. Wir freuen uns darauf, uns gemeinsam mit unseren Partnern in der ganzen Welt auch weiterhin den drängenden Zukunftsfragen anzunehmen.

Kein Mensch sollte Leid erfahren

Text von
Hans-Jörg Clement

Paula Doepfners Installationen in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Paula Doepfner entwickelt Bilder und Kontexte, die nicht mehr und nicht weniger einer im übertragenen Sinn zu verstehenden Zumutung gleichkommen; etwa dann, wenn die Künstlerin das Istanbul-Protokoll, eine verstörende Dokumentation weltweiter Folter, oder Hirnoperationen und Obduktionen, denen sie in der Charité beiwohnte, in kleinsten Textgirlanden (nach-)zeichnet. Auszuhalten ist dieser Hintergrund nur, weil er zum Verständnis nicht gewusst werden muss und die Künstlerin diesen Themen eine ästhetische Verzauberung entgegensetzt, die befreit aufatmen lässt, aber auch von sehnsuchtsvoller Melancholie ist. „Kein Mensch sollte Leid erfahren“, sagt Paula Doepfner in einem Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, fern jeglicher Gefühligkeit, um sich am Geheimnis des Lebens zwischen dem Leidvollen und den Glücksmomenten abzuarbeiten.

So zeugen auch die im Mittelpunkt der Installation in der Konrad-Adenauer-Stiftung stehenden Glas-scheiben von Zerstörung und Gewalt, denen die Künstlerin duftige Schönheit filigraner Blüten entgegensetzt; eine extrem ästhetische Partitur einer vielfältig gestimmten Welt – im Zeichen des Krieges. Stets aber bleibt der Arbeit jenseits des Kontextes, an dem sich Interpretationen förmlich – zu Form geworden – aufdrängen, das Allgemeingültige.

Doepfner greift auch darum immer wieder auf Glas zurück: Das Panzerglas dokumentiert die bei Demonstrationen entstandenen Ein-

schlaglöcher, springt und fasert aus, zersplittert aber nie ganz. Auch das Lavagestein, von etruskischen Vulkanen und aus dem Vulkangebiet der Eifel stammend, erinnert in der Unterschiedlichkeit der Oberflächen an Gehirns-scans, an unverwechselbare Fingerab-drücke, vor allem aber auch an ein archaisches Ganzes, dessen Kostbarkeit durch die Farbgebung Giotto's, kulminierend in einem einzigen, in Distanz zu den anderen Steinen liegenden goldenen Exemplar, betont wird.

Was die Arbeit auszeichnet, sind Substanz, ein ästhetisches Bekenntnis und eine alles tragende Ambivalenz aus Gewalt und Verletzung wie Schönheit und Verflüchtigung. Dass sich diese nicht abnutzt und immer wieder neue Fragen aufwirft, prädestiniert die im inhaltlich wie formalen Sinn prisma-reiche Arbeit zur Präsentation im Foyer und im Hof der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Klingelhöferstraße; eine fortwährende, Außen- und Innenraum verschränkende Inspiration für die Belegschaft wie für die Besucherinnen und Besucher, im Bewusstsein, dass politische Bildung ohne kulturelle Bildung nicht gedacht werden kann. So sehr sich Paula Doepfner von didaktischer Betulichkeit, plakativer politischer Parole und vordergründiger Provokation absetzt, erfährt das Werk von Anfang an subtile politische Aufladung und spiegelt dabei eine Kunst, die ihren gesellschaftspolitischen Impetus immer mitschwingen lässt und nicht aufgibt, was sie in erster Linie ist: nämlich absolut frei.

Die Künstlerin, die in Berlin und London studierte und bei Rebecca Horn zur Meisterschülerin wurde, kostet diese Freiheit aus und verweist in ihrem Werk auf ein vielfältiges formales Vokabular, auf Zeichnung, Skulptur/ Objekt und Performance. Die inhaltlichen Fragestellungen, denen sich die Künstlerin unter Zuhilfenahme dieser Ausdrucksweisen zuwendet, sie in komplex konstruierte Strukturen mit leichter Hand überführt, sind der Neurowissenschaft, der Literatur und der Politik entnommen. Das Werk wird zusammengehalten durch die Hinwendung zum Menschen und seinen existenziellen Bedingungen zwischen Leben und Tod und eines poetischen Timbres, das sich in zarter Andeutung begnügt und schon bei leisester Schwingung der Verflüchtigung preisgegeben ist.

„Ich fahre mein eigenes Rennen“, zitiert Paula Doepfner den Rennfahrer Michael Schumacher und demonstriert damit eine geistige wie formale Unabhängigkeit, die ihrem Oeuvre einen souveränen Grundton verleiht und es einzigartig macht. Das, was wir sehen, ist absolut neu und knüpft doch in raffinierter Verschlüsselung an kunsthistorische und literarische Markierungen an – voller Lust und Respekt, aber mit so viel Selbstbewusstsein, dass wir immer Zeugen eines zutiefst innovativen kreativen Aktes werden, der (uns) überrascht.

Insbesondere das virtuose Zusammenführen von relevantem Inhalt und formalen Strategien fasziniert und bindet den Blick; berauscht von Farben und Strukturen lässt man sich auf diese



Arbeiten ein und betritt den Kosmos einer Künstlerin, die das Spektakel und den vordergründigen Effekt nicht nötig hat.

In ihrer Bewerbung um ein Stipendium der Künstlerförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Trustee Programm EHF 2010 verwies Paula Doepfner nicht zufällig auf Paul Celans Engführung:

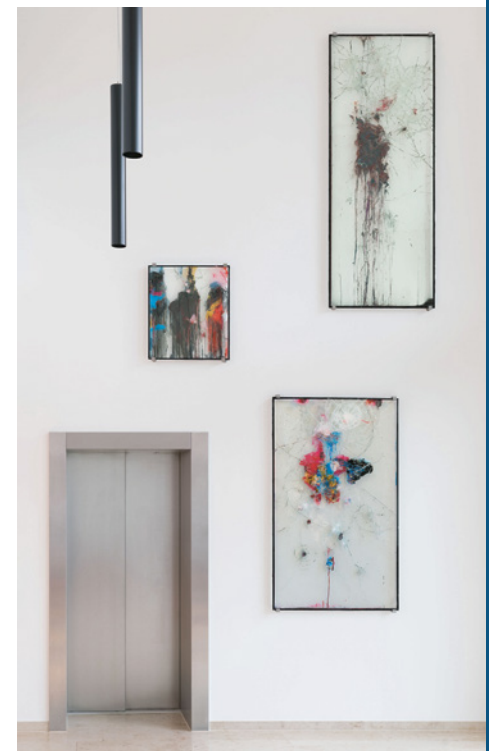


„Nahtstellen, fühlbar, hier klafft es weit auseinander, hier wuchs es wieder zusammen – wer deckte es zu?“

Paula Doepfners dauerhafte Installation in der Konrad-Adenauer-Stiftung entfaltet eine Welt, die sich der Demokratie verbunden wie verpflichtet weiß: im Bewusstsein ihrer Verletzbarkeit, in schöpferischer Fantasie.

Mehr zum Thema:

Im Kulturpodcast *kunst:stück* spricht Paula Doepfner über ihr Schaffen und darüber, warum Kunst unbedingt frei sein muss: kunststueck.podigee.io/3-folge3-doepfner.



Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zahlen

Onlineaktivitäten und Pressearbeit



* Seit der Implementierung der DSGVO ist es nur noch möglich, jene Besucherinnen und Besucher zu tracken, die aktiv zustimmen. Die tatsächlichen Seitenaufrufe dürften höher liegen.

Presseaktivitäten



Follower der Social-Media-Hauptkanäle

Facebook

f 74.310

Twitter

t 27.142

Instagram

i 23.059

LinkedIn (seit dem 27. Juli 2022)

in 29.115

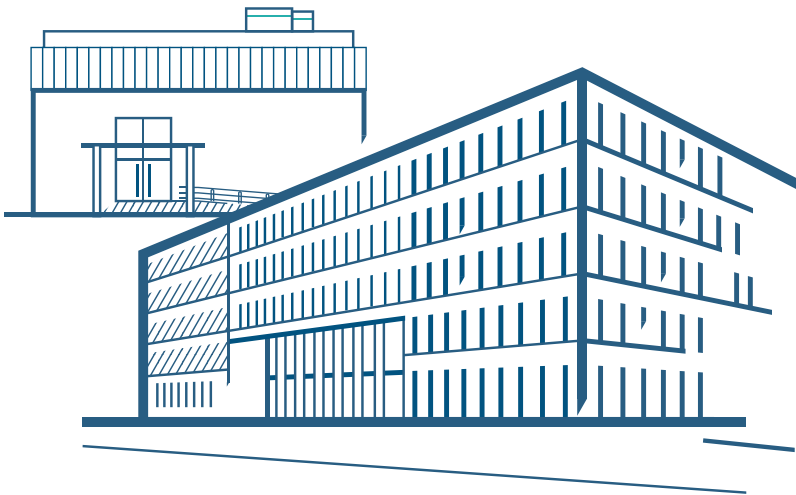
Personal im In- und Ausland



Personal insgesamt
In- und Ausland
1.739



Personal Inland
exkl. Auszubildende
und Hilfskräfte
662



In Berlin
520

In den Politischen
Bildungsforen und
Regionalbüros

64



In Sankt Augustin

78



Durchschnittliche
Betriebszugehörigkeit

9

Jahre

Durchschnittsalter
Inland

44

Jahre

Personal Ausland
entsandte Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter

115

davon
14
Trainees



961
Ortskräfte



Stand: 31. Dezember 2022

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüros und Projekte weltweit

113*



Jubiläen unserer weltweiten Arbeit im Jahr 2022

60. Gründungsjubiläum der Auslandsbüros Chile und Venezuela

40. Gründungsjubiläum der Auslandsbüros Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien



Veröffentlichte Länderberichte:

182

* Die Büros in der Ukraine wurden seit Kriegsbeginn 2022 von Deutschland aus geleitet, demnächst soll die temporäre Leitung von Warschau aus weitergeführt werden.

Politische Bildung



Veranstaltungen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer (deutschlandweit)

Veranstaltungen
(analog, hybrid und digital)

1.772

Veranstaltungsorte
in Deutschland

338

Teilnehmerinnen
und Teilnehmer

122.698

Analyse und Beratung Forschungs- und Beratungsthemen

Bundeswehr der Zukunft – **Sicherheitspolitik 2.0** – Auswirkungen des Ukraine-Krieges – Kirchenkonflikt – Zukunft Europas – Religionspolitik – Energie und Abhängigkeiten – **kritische Rohstoffe** – digitale Innovationskultur – **Wohnungsbauförderung** – Hidden Innovators – granulare Grünstromvermarktung – **Kreislaufwirtschaft** – Nachhaltigkeit – Beteiligung und Repräsentation – Nichtwahlmotive – Chancenzzeit – **moderner Staat** – Datentreuhänder – Freihandelsabkommen

Freundeskreis



Förderinnen und Förderer des Freundeskreises

1.604

Begabtenförderung und Kultur

Stipendiatinnen und Stipendiaten

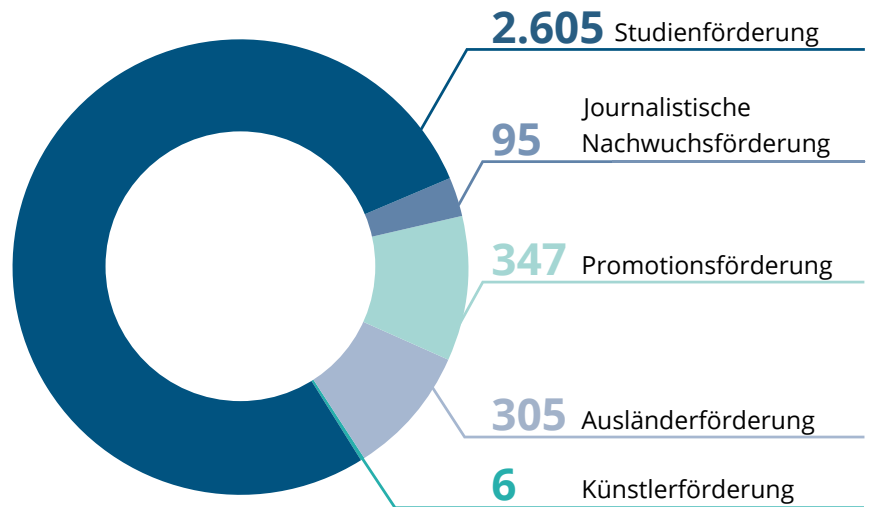


3.358

Altstipendiatinnen und Altstipendiaten (seit 1965)



17.117



197

Künstlerinnen und Künstler haben sich 2022 um die Künstlerförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Trustee Programm EHF 2010 beworben. Von ihnen haben insgesamt 6 ein Stipendium erhalten und wurden für 12 Monate umfassend in ideeller und finanzieller Hinsicht gefördert.

Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich Demokratische Politik

Gesamtzahl der digitalen Plakate
29.000



Digitale Daten im Archiv

90 TB

Laufende Meter Archivgut

19.000

Stand: 31. Dezember 2022

Unsere Preisträger



Literaturpreis

Barbara Honigmann wurde im Juli 2022 im Weimarer Musikgymnasium mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet. Der Stiftungsvorsitzende und ehemalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hob bei der Übergabe des mit 20.000 Euro dotierten Preises vor zahlreichen Gästen aus Politik, Kultur und Wissenschaft Honigmanns „Mut zur eigenen Biografie“ hervor. Sie erzähle, zuletzt in ihrem Vaterbuch *Georg* (2019) und in dem Essayband *Unverschämt jüdisch* (2021), eine Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland und Europa, die unseren Blick auf die „Fragen von Identität und Fremdheit, von Integration und Ausschluss“ schärfe, so die Begründung der Jury. Aus einer „marginalen historischen Konstellation heraus“, so der Laudator Prof. Dr. Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, kläre Honigmann auf: „über falsche historische Erzählungen. Über falsches Verschweigen. Über falsche Vermutungen. Über ganz falsche Scham“. Barbara Honigmann erinnerte in ihrer Rede an Konrad Adenauer und die Luxemburger Verträge vor 70 Jahren. Zum Abschluss der Feierstunde zeichnete der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und Initiator des Literaturpreises, Prof. Dr. Bernhard Vogel, die Schülerin Anna Förster mit einer Zuwendung aus der Bernhard-Vogel-Stiftung aus.

Mehr zum Thema:

www.kas.de/literaturpreis



Lokaljournalistenpreis

Im Herbst 2022 wurde zum 42. Mal der Deutsche Lokaljournalistenpreis verliehen. Bei einer Veranstaltung im baden-württembergischen Winnenden erhielt Alexander Roth vom *Zeitungsverlag Waiblingen* für seine umfangreiche und fundierte Recherche zur Querdenker-Szene in der Region Stuttgart den 1. Preis. Mit dem 2. Preis wurde Dr. Marco Althaus für seine in der *Alfelder Zeitung* veröffentlichte investigative Recherche zum Hildesheimer Landrat und seinem unter dubiosen Umständen erworbenen Dokortitel ausgezeichnet. Der 3. Preis ging an den *Bonner Generalanzeiger* für seine Berichterstattung über die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021. Nina Breher vom Berliner *Tagesspiegel* erhielt für eine Reportage über einen Essenskurier in der Hauptstadt den Sonderpreis für Volontärsprojekte. Für den Wettbewerbsjahrgang 2021 hatte es insgesamt 348 Einsendungen gegeben, darunter 38 zum Volontärsbewerb. Die Festrede bei der Preisverleihung hielt der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume.

Mehr zum Thema:

www.kas.de/deutscher-lokaljournalistenpreis



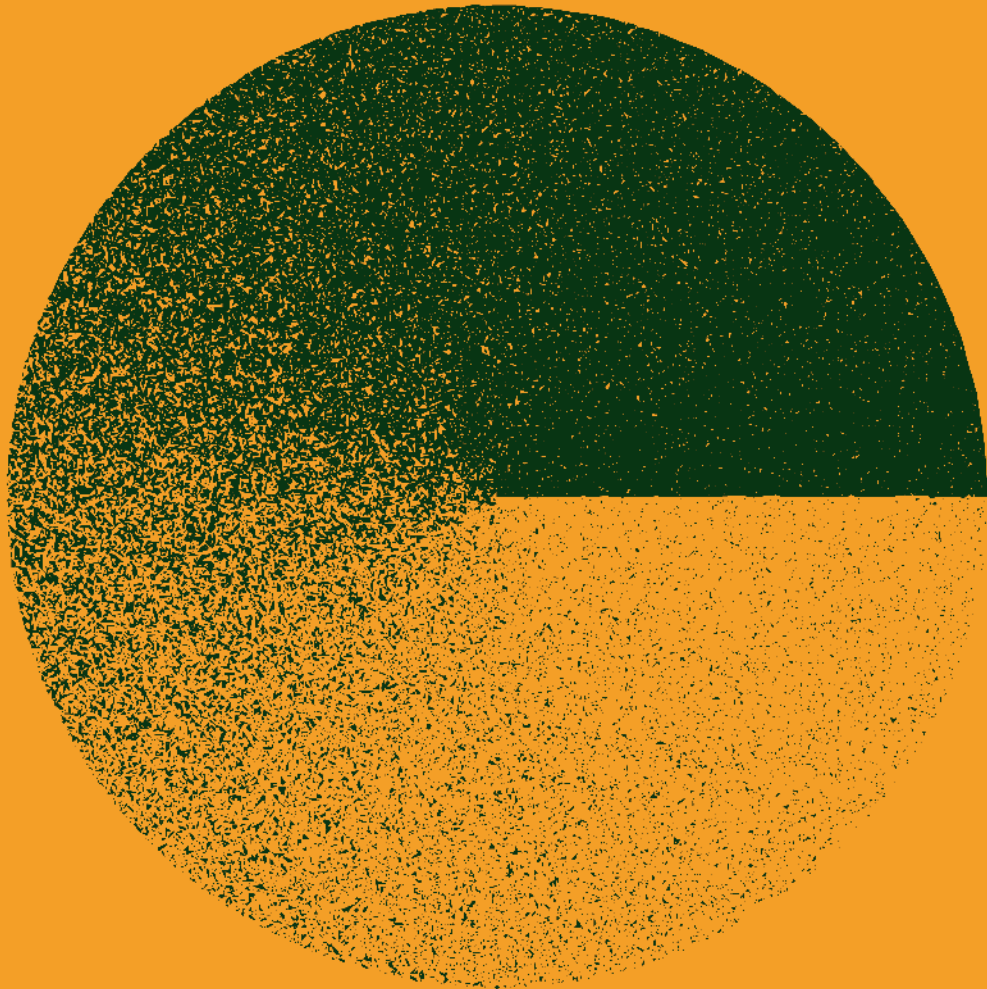
Preis Soziale Marktwirtschaft

Am 11. Oktober 2022 erhielt Sarna Röser, Unternehmerin, Aufsichtsrätin, Beirätin, Business Angel und Bundesvorsitzende von DIE JUNGEN UNTERNEHMER, den Preis Soziale Marktwirtschaft. Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Präsident des RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, würdigte die Preisträgerin in seiner Laudatio: „Sarna Röser ist eine starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft und überträgt diese in das 21. Jahrhundert. Sie tritt nicht nur für die Werte und Prinzipien unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein, sondern lebt diese auch vor – als Unternehmerin, Investorin und Gründerin.“

Mehr zum Thema:

www.kas.de/preis-soziale-marktwirtschaft

Unsere Kernthemen



3

Innovation, Sicherheit, Repräsentation und Partizipation

Text von Kristin Wesemann und Julius Elstermann

Thematische Schwerpunkte im Jahr 2022

Kernthema Sicherheit

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt für ganz Europa eine Zäsur dar. In Deutschland führte der Krieg schlagartig vor Augen, wie realitätsfern so manche gefestigten Denkgewohnheiten und Verhaltensmuster waren – in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ebenso wie in der Energiepolitik und anderen Bereichen. Der Krieg in Europa zeigt auch, dass die Konzentration der Stiftungsarbeit auf das Kernthema Sicherheit richtig ist. Schon vor dem russischen Überfall sah die Arbeitsplanung für das Jahr 2022 Formate vor, die die Stärkung der Bundeswehr, der militärischen Handlungsfähigkeit Europas und der NATO sowie der Cybersicherheit thematisierten – dazu gehörten auch die Themen Resilienz und der Schutz vor Desinformationskampagnen. Mittlerweile sind diese Themen akut relevant und sie bedürfen unserer verstärkten Aufmerksamkeit.

Anfang 2022 konzentrierte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung noch auf den Schwerpunkt Innere Sicherheit und führte eine Plakatkampagne in Berlin gegen jegliche Formen des Extremismus durch: Der Slogan „Extrem ist OK, solange es nicht der Demokratie schadet“ spielt mit der Vielschichtigkeit des Wortes „extrem“, das sich je nach Kontext einerseits auf die schützenswerte individuelle Freiheit und andererseits auf eine zerstörerische und menschenverachtende Ausgrenzung beziehen kann. Die Motive umfassten beispielsweise einen volltätowierten Vater, der sein Kind liebevoll in den Armen hält, eine Person in Astronautenkostüm, die auf den Bus wartet, oder einen Extremsportler, der im Hasenkostüm Fallschirm springt. Auch der Think Tank Report widmete sich dem Thema Extremismus und betrachtet unterschiedliche extremistische Strömungen in der ganzen Welt.

Nach dem brutalen russischen Überfall auf die Ukraine konzentrierte sich der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auf die Themen Äußere Sicherheit und Verteidigungspolitik. Auch die Wehrhaftigkeit Deutschlands und dessen Rolle in der



westlichen und europäischen Verteidigungsarchitektur haben wir wiederholt aufgegriffen. Im Lichte der verkündeten „Zeitenwende“ stach insbesondere das Projekt „Bundeswehr der Zukunft“ hervor. In diesem Zusammenhang hat der Stiftungsvorsitzende Prof. Dr. Norbert Lammert einen umfassenden Sammelband zum Thema „Verantwortung und Künstliche Intelligenz“ herausgegeben, der die Zukunft der Bundeswehr aus historischen, sicherheitspolitischen, philosophisch-ethischen und rüstungspolitischen Perspektiven betrachtet. Darüber hinaus fanden zahlreiche weitere Formate statt, zum Beispiel zum Territorialen Führungskommando.

Kernthema Innovation

Der russische Angriff auf die Ukraine hat nicht nur die deutsche Sicherheitspolitik auf den Kopf gestellt – auch andere Politikbereiche hat der Krieg nachhaltig beeinflusst. So löste die mit dem Konflikt einhergehende Energiekrise einen starken Veränderungsdruck aus. In dieser Situation ist es mehr denn je unsere Aufgabe, die Lösungspotenziale von Innovationen zu betonen.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Systemrivalität mit China müssen Deutschland und Europa stärker Innovationen im Bereich Digitalisierung, Bildung, Verwaltung und Wirtschaft vorantreiben, sonst droht Europa politisch und wirtschaftlich in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Wir müssen erkennen, dass die Innovationsfähigkeit eine wichtige Währung der Zukunft ist, um attraktiv für die Koalitionen von morgen zu sein.

Im Bereich Innovation befasste sich der Think Tank Report in einer Ausgabe mit der Freiheit im Netz, der Rolle von Künstlicher Intelligenz in der modernen Diplomatie, der Digitalisierungsbereitschaft der Deutschen und mit digitalen Trends weltweit.

Der Klimawandel bleibt global eine bedeutende Herausforderung. Innovationen sind auch hier die beste Möglichkeit zu reagieren, seien es neue, grüne Energieträger oder Elektromobilität. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und soziale Marktwirtschaft sind vereinbar, doch müssen wir mit höchster Dringlichkeit die richtigen Bedingungen für Innovationen schaffen und gute Ideen fördern.

Eine weitere Ausgabe des Think Tank Reports thematisierte unterschiedliche Aspekte der Energiepolitik: von grünen Rohstoffen der Zukunft über den deutschen Stromsektor bis hin zu europäischen Schutzschirmen für die Energiemärkte.

#KAS4
DEMOCRACY

#KAS4
INNOVATION

#KAS4
SECURITY



Kernthema Repräsentation und Partizipation

Partizipation und Repräsentation sind die elementaren Prinzipien unserer Demokratie und Freiheit. Tendenzen, die diese Grundfesten untergraben, müssen wir mit größter Konsequenz entgegenreten! In der Publikation *Die Wehrhafte(re) Demokratie* haben wir deshalb unterschiedliche Bedrohungen für unsere Demokratie analysiert und Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie eine resiliente Demokratie zu erreichen ist. Die Publikation wurde von der Kampagne „Schützt Demokratie. Demokratie schützt“ flankiert, die mit verschiedenen Motiven auf Menschen in der Gesellschaft hinweist, die die Demokratie verteidigen. Sei es ein Journalist, eine ukrainische Soldatin oder eine Klima-Demonstrantin.

Die resiliente Demokratie spielt auch vor dem Hintergrund des Systemwettbewerbs eine große Rolle. Mehr denn je ist die freiheitliche Demokratie von Kräften außerhalb als auch innerhalb der Demokratie bedroht. Der Think Tank Report behandelte in einer Ausgabe die Entwicklungen der Demokratien in der gesamten Welt und zeigte zugleich, wie sehr der Druck in den letzten Jahren gestiegen ist. Nicht zuletzt wird die Funktionsfähigkeit der Demokratie auch mit der Funktionsfähigkeit des Staates in Beziehung gesetzt. Umso wichtiger ist es, durch Digitalisierung und Bürokratieabbau den Staat zu modernisieren und das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken.

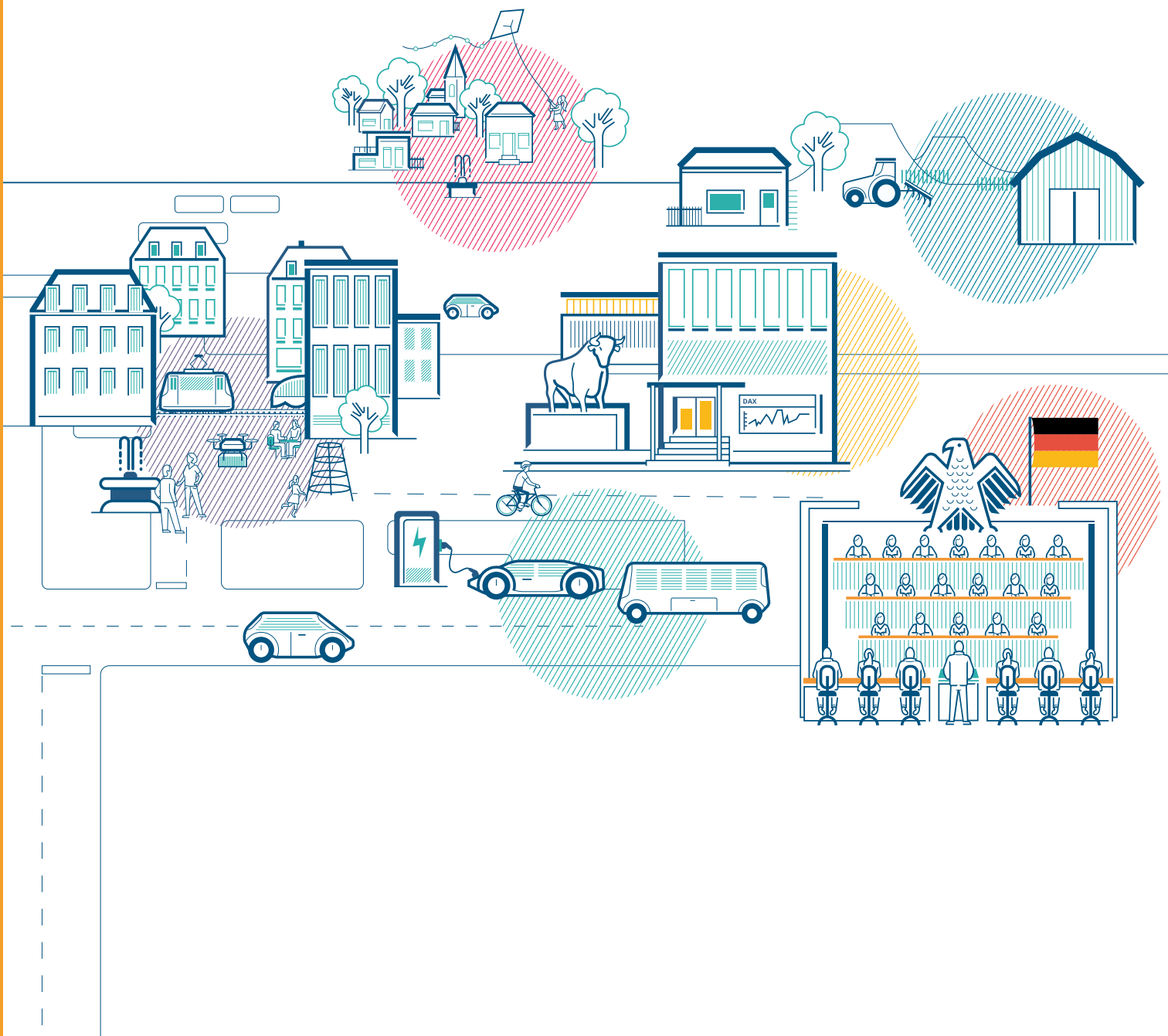
Mehr zum Thema:

www.thinktankreport.de

Navigator Nachhaltigkeit

Wandel durch Innovation

Text von Gisela Elsner und
Tobias Wangermann



Nachhaltigkeit hat durch die Herausforderung des Klimawandels als politische Handlungsmaxime eine neue Dimension erhalten. Die notwendige Transformation unserer Gesellschaft ist dabei viel mehr als Klimapolitik im engeren Sinne. Mehr Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn erreichen wir nur durch mehr Innovation: durch neue Technik, aber auch durch die Veränderung gesellschaftlicher Prozesse. „Nicht unbedingt weniger, sondern anders“, lautet die Devise.

Klimawandel, Digitalisierung und Coronapandemie als zentrale Herausforderungen unserer Zeit haben uns auf grundlegende Fragen zurückgeworfen: Worauf bauen wir unsere Zukunft? Wie müssen wir jetzt leben, damit das Leben auf der Erde auch für künftige Generationen lebenswert bleibt und sie es weiterhin in Ausübung ihrer Grundrechte gestalten können?

In diesem Zusammenhang ist der Begriff der Nachhaltigkeit in aller Munde – in politischen Debatten, in Wissenschaft und Forschung wie auch in Forderungen der Zivilgesellschaft, auf nationaler und auf internationaler Ebene. Nachhaltigkeit wird verstanden als systemische Balance aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklung, die in einer komplexen Wechselwirkung stehen. Immer erscheint Nachhaltigkeit dabei als etwas Erstrebenswertes, das mit grundlegendem Veränderungsbedarf einhergeht – im Verhalten wie durch technologische Neuerungen.

„Für eine nachhaltige Transformation brauchen wir Innovationen. Gesellschaftliche Entwicklungen fallen nicht vom Himmel, sie sind auch nicht beliebig beeinflussbar, aber in aller Regel brauchen und erlauben sie auch einen Gestaltungswillen“, sagt Prof. Dr. Norbert Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit unserem Projekt „Navigator Nachhaltigkeit. Wandel durch Innovation“ wollen wir aufzeigen, wie Innovationen der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung sein können.

Dafür haben wir acht Handlungsfelder ausgewählt, denn Nachhaltigkeit hat für uns neben der ökologischen auch eine ökonomische und soziale Dimension. Als solche Handlungsfelder sehen wir Energie und Ressourcen, Landwirtschaft und Biodiversität, genauso wie Demokratie und Teilhabe oder urbanes Leben. Jedes Handlungsfeld ist mit drei Konzepten unterlegt, die in diesem Handlungsfeld innovative Ansätze im Sinne der Nachhaltigkeit anbieten. Diesen Konzepten zugeordnete Beispiele sollen zeigen, wie diese innovativen Ansätze in der Praxis umgesetzt werden können und nachhaltig wirken. Mit dieser klaren Systematik ist es möglich, die Breite der Gestaltungsräume und die Vielfalt an konzeptionellen Ansätzen darzustellen und durch die Beispiele nicht nur eine hohe Anschaulichkeit zu vermitteln, sondern auch anschlussfähige Best Practices bereitzustellen.

Um das ehrgeizige Ziel einer klimaneutralen und nachhaltig produzierenden Industrie bis 2045 zu erreichen, bieten

sich vielfältige Ansätze an. Es gilt, den Einsatz von Energie und Rohstoffen zu senken sowie Haltbarkeit, Recycling- und Reparaturfähigkeit der Produkte zu erhöhen. Dabei muss der gesamte Lebenszyklus vom Entwurf über die Herstellung bis zur Nutzung und Entsorgung der Produkte in den Blick genommen werden.

Beispielsweise der Ersatz rohölbasierter Energieträger oder Materialien durch biologisch erzeugte Stoffe verspricht in der Industrie hohe Potenziale für Nachhaltigkeit. Mehr als 4.000 Patente werden in Deutschland jährlich im Bereich der industriellen Bioökonomie angemeldet. Eine Reihe interessanter Projekte ist in der jüngeren Vergangenheit entstanden, häufig erweisen sich jedoch die Marktreife und die Skalierbarkeit von Forschungsideen als Herausforderungen. Hier kann die Politik mit entsprechenden Förderprogrammen Anreize setzen.

Das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) erforscht eine pilzbasierte Alternative zu Styropor und Sperrholz. Myzelien, die fadenförmigen Zellen eines Pilzes, werden zunächst mit einem Nährboden aus biologischem Abfall wie Kaffeesatz, Stroh und Buchenspänen vermischt. Nach etwa zwei bis drei Wochen bilden diese eine feste Struktur. Das Pilzmaterial wird anschließend zerkleinert und lässt sich in eine beliebige Form pressen, trocknen und weiterverarbeiten. Heraus kommt ein nachhaltiges, kostengünstiges und vollständig biologisch abbaubares Material, das ähnliche Dämmwerte wie Styropor aufweist und hart wie eine Sperrholzplatte ist. Somit lässt es sich beispielsweise als Dämmmaterial im Bau verwenden, aber auch zur Fertigung von Möbeln einsetzen.

Durch die Präsentation des Projektes als Webseite wie auch als Buchpublikation gelingt es, unsere Zielgruppen online und offline zu erreichen. Auf der Webseite werden fortlaufend aktuelle Publikationen, weitere Beispiele oder Social-Media-Nachrichten zum Thema eingepflegt. Auf den Präsenzveranstaltungen der Politischen Bildung zum Thema Nachhaltigkeit unterstützt die Weitergabe der Buchpublikation die Verbreitung und Vertiefung der Inhalte.

Mehr zum Thema:

<https://navigator-nachhaltigkeit.kas.de>

Die Publikation kann hier bestellt werden:

www.kas.de/navigator-nachhaltigkeit

Der afrikanische Traum

Erfolgsgeschichten von unserem Nachbarkontinent

Text von
Gunter Rieck Moncayo



1. Jean-Marc Aie und Livane Bodain,
die Gründer von Poro Power aus
Côte d'Ivoire

2. Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für
Wirtschaftspublizistik am 17.11.2022 in Bonn

3. Paul Hertzberg und Sophia Bogner



Krisen, Konflikte und Katastrophen – diesen Dreiklang haben nicht wenige Menschen im Kopf, wenn sie an Afrika denken. Und wer soll es ihnen verdenken? Schließlich ist es das, was sie lesen und sehen, wenn sie die Zeitung aufschlagen oder den Fernseher einschalten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn natürlich gibt es auch in Afrika Erfolgsgeschichten. Und vielleicht noch mehr als in anderen Teilen der Welt sind in Afrika immer beide Realitäten nebeneinander präsent. Er ist, wie es die Journalisten Sophia Bogner und Paul Hertzberg formulieren, der „Kontinent der Gleichzeitigkeiten“.

Sechs Monate lang waren Bogner und Hertzberg in 13 Ländern Subsahara-Afrikas unterwegs und haben 19 Unternehmerinnen und Unternehmer porträtiert. Sie haben – so ihre eigenen Worte – den afrikanischen Traum gejagt. Und ihn gefunden.

Die Geschichten sind mindestens so vielfältig wie die Länder, in denen die Autorin und der Autor unterwegs waren. Da ist zum Beispiel Sarah Diouf mit ihrem Label Tongoro Studios. Als Beyoncé mit einem Kleid der senegalesischen Modeschöpferin in einem ihrer Musikvideos zu sehen war, brach die Webseite der kleinen Firma vor lauter Anfragen zusammen. Nach zahlreichen weiteren Auftritten der US-amerikanischen Sängerin mit Kreationen von Tongoro ist das Label eine feste Größe auf dem afrikanischen Modemarkt. Aktuell wird zwar nur ein Prozent des globalen Modemarktes in Subsahara-Afrika umgesetzt, der E-Commerce-Fashion-Markt wächst hier jedoch jährlich um 14 Prozent.

Eine andere Erfolgsgeschichte beginnt in Kenia: Lori Systems ist eine E-Logistics-Plattform, die auf dem stark fragmentierten afrikanischen Logistikmarkt Angebot und Nachfrage zusammenführt. Denn während produzierende Unternehmen Schwierigkeiten haben, Dienstleister für den Transport ihrer Waren zu finden, leiden kleine Expeditionen darunter, dass ihre wenigen Fahrzeuge zu oft ungenutzt herumstehen. Die Folge sind enorm hohe Logistikkosten, die in Afrika bis zu 70 Prozent der gesamten Produktkosten ausmachen können, während es in Europa und den USA durchschnittlich nur sechs bis sieben Prozent sind. Und so lange es günstiger ist, Waren aus China zu importieren als aus dem Nachbarland, wird der innerafrikanische Handel schwach bleiben.

Inzwischen bietet Lori Systems Dienstleistungen entlang der gesamten Logistikkette an. Mittels App lassen sich Lkw tracken, es werden Dokumente für die Grenzabfertigung bereitgestellt und bei Bedarf wird dem Fahrer sogar ein Vorschuss für das Benzin gewährt. Der Erfolg lässt sich messen: Zwei Jahre nach Markteintritt fielen die Transportkosten zwischen Nairobi und Mombasa um 25 Prozent und nach nur vier Monaten Geschäftstätigkeit in Uganda sank der Logistikpreis für Getreide um 17 Prozent.

Neben hohen Transportkosten ist die Versorgung mit elektrischer Energie ein weiteres großes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Weltweit haben etwa 840 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom, allein 600 Millionen davon leben in Afrika. Das Unternehmen Poro Power aus Côte d'Ivoire möchte einen Teil dieser Lücke klimaschonend schließen: Im Norden des Landes soll mit 66 Megawatt Leistung das größte Solarkraftwerk Westafrikas entstehen.



Afrika ist der sonnenreichste Kontinent, sieben der zehn sonnigsten Länder der Welt liegen hier. Und dennoch kommt bislang nur ein Prozent der weltweit produzierten Solarenergie aus Afrika.

Das sind nur drei Beispiele von vielen, die Sophia Bogner und Paul Hertzberg während ihrer sechsmonatigen Recherche kennengelernt und porträtiert haben. Und bei aller Unterschiedlichkeit hat sie doch alle eines vereint: der Stolz auf das Geleistete und der unbedingte Wille, weiter erfolgreich zu sein. Und genau darum ging es der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Förderung des Projektes: Positive Rollenbilder zu präsentieren, die zeigen, dass man erfolgreich sein kann trotz so mancher widriger Umstände. Und bei vielen Hindernissen auf diesem Weg kann Politik tätig werden, um noch mehr Menschen die Erfüllung ihres Traumes zu ermöglichen. Auch dazu soll die englisch- und französischsprachige Publikation beitragen, die nun in unserer Projektarbeit vor Ort eingesetzt wird.

Neben der stiftungseigenen Publikation ist unter dem Titel *Jenseits von Europa* ein deutschsprachiges Buch im Econ-Verlag erschienen sowie eine sechsteilige Serie im Wirtschaftsmagazin *brand eins*. Dies alles soll helfen, unser schiefes Bild von Afrika zurechtzurücken, damit wir neue Möglichkeiten und neue Partnerschaften erkennen.

Inhaltlich und organisatorisch begleitet wurde das Projekt durch das Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg. Für ihre Recherchearbeit haben Sophia Bogner und Paul Hertzberg zahlreiche Preise erhalten, darunter den Förderpreis der Ludwig-Erhard-Stiftung für Wirtschaftspublizistik sowie den Österreichischen Zeitschriftenpreis.

Mehr zum Thema:

www.kas.de/the-african-dream

Negative Emissionen

Text von Sabina Wölkner
und André Algermißen

Mit der Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre, den sogenannten negativen Emissionen, steht ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. In Deutschland werden die technologischen Verfahren jedoch ausgebremst.

Während sich in den klimapolitischen Diskussionen meist auf konventionelle Klimaschutzmaßnahmen zur Emissionsreduzierung konzentriert wird, ist es offensichtlich, dass sich Treibhausgasemissionen in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft nicht gänzlich vermeiden lassen. Der sechste Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC-Bericht) hat deshalb erneut darauf hingewiesen, dass negative Klimaemissionen unabdingbar sind, um die Erderwärmung bis zur Jahrhundertmitte auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Unter negativen Klimaemissionen versteht man die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre. Aus diesem Grund wird in der Wissenschaft auf das Potenzial innovativer Verfahren hingewiesen, mit deren Hilfe CO₂ aus der Atmosphäre entfernt, abgeschieden und eingespeichert werden kann. Bis 2050 werden tiefgreifende Emissionsreduktionen dominieren, danach wird es auf diese CO₂-Entnahmefethoden ankommen. Welchen Beitrag können solche Verfahren zum Erreichen der Pariser Klimaziele leisten? Was davon fällt unter die negativen Emissionen? Und welche Rahmenbedingungen sind nötig, damit sich Geschäftsmodelle am Markt etablieren, die gleichzeitig helfen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in Kooperation mit der KlimaUnion am 21. September 2022 diesen Fragen bei der Fachkonferenz „Negative Emissionen: Potenziale für die Klimaneutralität?“ gewidmet. Mit Andreas Jung MdB, Oliver Grundmann MdB und Thomas Heilmann MdB konnten profilierte Fachpolitiker für das Veranstaltungsformat gewonnen werden. Die Bundestagsabgeordneten waren sich einig, dass negative Emissionstechnologien einen wichtigen Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität darstellen.

Die Veranstaltung hatte zudem eine internationale Komponente, da am Beispiel Norwegens aufgezeigt wurde, wie in anderen europäischen Ländern mit den Technologien verfahren wird. Bereits 1996 wurde in Norwegen die erste kommerzielle Anlage zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ in Betrieb genommen. Dr. Anne-Mette Cheese vom



Unternehmen Gassnova SF erläuterte die geologischen Bedingungen in Norwegen und stellte vor, wie das Unternehmen bei der CO₂-Speicherung vorgeht.

Neben naturbasierten Verfahren, zum Beispiel Aufforstung und Wiederaufforstung sowie Anreicherung von Kohlenstoff im Acker, sind es vor allem innovative Technologien wie Luftfilteranlagen, denen großes Potenzial zugesprochen wird. Bei diesen Anlagen wird CO₂ der Umgebungsluft durch chemische Prozesse entzogen und unterirdisch verpresst. Dr. Jan Minx, Leiter der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeitsforschung am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, verwies darauf, dass sich die verschiedenen Verfahren bezüglich Kosten und Potenzialen sowie im Hinblick auf die langfristige und sichere CO₂-Speicherung allerdings unterscheiden. Er plädierte dafür, dass auf ein Portfolio von CO₂-Entnahmen gesetzt wird und folglich nicht nur auf ein einzelnes Verfahren. Louis Uzor, Vertreter des schweizerischen Unternehmens Climevents, erläuterte praxisnah das Direct-

Air-Capture-Verfahren, mit dessen Hilfe CO₂ direkt aus der Luft gefiltert werden kann, dass aber die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland verbessert werden müssen, damit sich solche Verfahren auch hier etablieren können.

Denn die gesetzlichen Bestimmungen für technologische Verfahren sind in Deutschland noch auf Demonstrations- und Pilotprojekte beschränkt. Hinzu kommt der hohe Energiebedarf, sodass der Zugang zu ausreichend erneuerbaren Energien gewährleistet werden muss, um die Verfahren erfolgreich implementieren zu können. Gleichzeitig wird hierzulande primär auf naturbasierte Entnahmeverfahren, zum Beispiel Aufforstung, gesetzt. Einigkeit bestand darin, dass der Aufbau von Negativtechnologien zwar mit einem hohen Aufwand verbunden, aber letztlich unabdingbar ist, da die Speicherung von CO₂ in Wäldern und Mooren mit dem Unsicherheitsfaktor verbunden ist, durch Waldbrände freigesetzt werden zu können. Vielversprechend erscheint daher die Speicherung von CO₂ in Gesteinsformaten

tief unter der Oberfläche, wie es in Norwegen seit Jahrzehnten praktiziert wird. In den letzten Monaten ist die Debatte – auch vor dem Hintergrund des deutschen Klimaschutzgesetzes – deshalb neu entbrannt. Damit einige Forschungsvorhaben in Deutschland sich weiterentwickeln können, wird es darauf ankommen, die Akzeptanz für diese Technologien und Ansätze in der Bevölkerung zu stärken und die öffentliche Auseinandersetzung neu zu entfachen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird sich dieser Aufgabe annehmen und über ihre Diskussionsforen und Publikationsformate die offenen Fragen aufgreifen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine als Schwerpunktthema der Politischen Bildung

Text von
Stephan Raabe

#StandWith



Die Konrad-Adenauer-Stiftung engagierte sich 2022 mit vielfältigen Veranstaltungen für die Ukraine, so zum Beispiel auch mit der Organisation der Premiere eines ukrainischen Dokumentarfilms über den russischen Angriffskrieg. An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen der ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, die ukrainische Schriftstellerin Oksana Sabuschko und Roderich Kiesewetter MdB teil.

„Stell Dir vor, es ist Krieg, und er betrifft auch Dich!“ Die abgewandelte Parole der Friedensbewegung: „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“, wurde am 24. Februar 2022 plötzlich Realität: Russland weitete seinen 2014

mit der Eroberung der Krim begonnenen Krieg gegen die Ukraine durch eine großflächige Invasion zu einem brutalen Unterwerfungskrieg aus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die seit 1994 ein Länderprogramm in der Ukraine führt und 2018 neben dem Büro in Kiew ein weiteres in Charkiw, der zweitgrößten Stadt der Ukraine im Osten unweit der russischen Grenze eröffnet hat, war direkt betroffen. Aber auch in Deutschland wurde schnell klar, dass dieser Krieg eine Zeitenwende mit unabsehbaren Folgen darstellt.

Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung stellte sich sofort auf die neue Situation ein. Bereits vorher war der „Ukraine-Konflikt“ öfter ein

Thema. So hatte das Politische Bildungsforum Brandenburg am 13. Januar in einem Gespräch mit dem Leiter des Stiftungsbüros Kiew, Tim Peters, gefragt: „Bedrohte Unabhängigkeit – Wie ist die Lage in der Ukraine?“ Und das Stiftungsbüro in Saarbrücken ging am 2. Februar der Frage nach: „Eskaliert der Ukraine-Konflikt?“ Justament am 24. Februar, dem Tag des russischen Einmarsches, stand eine Online-debatte des Forums Politik & Sicherheit in Brandenburg zum Thema an: „Der Konflikt um die territoriale Integrität der Ukraine“. Es informierten Dr. Jan Philipp Wölbern, Osteuropareferent der Stiftung, und der Osteuropahistoriker Dr. Frank Grelka von der Universität Frankfurt/Oder. Gut 500 Menschen hatten sich bundesweit zugeschaltet und wollten Näheres über den Krieg erfahren.

Im Laufe des Jahres folgten deutschlandweit über 100 Veranstaltungen, die sich auf unterschiedliche Weise mit dem Krieg auseinandersetzten. Es begann Anfang März mit vier ad hoc vom Stiftungsbüro Potsdam wegen der Coronapandemie online organisierten Gesprächen: „Russlands Krieg gegen die Ukraine: aus Sicht der Nachbarländer“. Dabei wurden mit

den Leiterinnen und Leitern der Auslandsbüros der Stiftung und weiteren Expertinnen und Experten die Reaktionen aus allen Anrainerstaaten, aber auch aus den baltischen und skandinavischen Ländern und dem Südkaukasus diskutiert. Ziel war es, den Horizont über die Debatten in Deutschland hinaus zu erweitern und vor allem die teilweise kritische Sicht auf Deutschland in den Nachbarländern wahrzunehmen.

internationalen Sicherheitspolitik mit Blick auf den Krieg abgesteckt.

Mit dem Krieg stellen sich entscheidende Fragen neu. So gab es weitere Veranstaltungen zur Energieversorgung, zu Auswirkungen auf die Wirtschaft oder zu strategischen Konsequenzen, etwa in einer Ringvorlesung an der Universität Bonn, in der Reihe „Zeitenwende: Putins Krieg“ mit der TU Chemnitz, beim Transat-

Ukraine

Auch in Schulen wurde der Krieg zum Thema: zum Beispiel am 18. März im Rahmen eines Aktionstages am Neuen Gymnasium in Glienicke-Nordbahn nördlich von Berlin. In Hamburg fanden in einer Stadtteilschule im April und Mai fünf Tagesworkshops „Musik für den Frieden“ statt. Die von Nachbarn Deutschlands insbesondere in Mitteleuropa argwöhnisch beobachteten speziellen Beziehungen Deutschlands zu Russland waren Gegenstand zweier Gespräche in Brandenburg mit dem Buchautor Gerd Koenen über den „deutschen Russlandkomplex“. Das Thema spielt im Osten Deutschlands eine stärkere Rolle, weil dort nicht wenige die russische Propaganda vom Westen als Mitverursacher des Krieges teilen und meinen, Russland habe einen gewissen Hoheitsanspruch über Nachbarstaaten wie die Ukraine. Das Politische Bildungsforum Nordrhein-Westfalen zog mit einer weiteren Erweiterung der Perspektive nach: Im März wurde in zwei Onlinediskussionen im Austausch mit den Leiterinnen und Leitern der Auslandsbüros der Stiftung und externen Fachleuten die Sicht der EU, NATO und UN sowie von China und der Türkei besprochen. Auf diese Weise wurde das geostrategische Feld der

lantischen Dialog in Erfurt oder beim Symposium zur Sicherheitspolitik in Bremen. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine und die militärische wie humanitäre Hilfe für die Ukraine mit Blick auf den Beitrag Deutschlands oder der Informationskrieg im Netz waren weitere Themen. Der Botschafter der Ukraine war Gesprächsgast der Stiftung in Freiburg, der Gesandte in Stuttgart. Wie sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ändern müsse, wurde auf dem Forum „Politik & Sicherheit“ im Juni mit rund 200 Teilnehmenden an der Universität Potsdam debattiert. Dabei waren unter anderem Dr. Hans-Peter Bartels, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und früherer Wehrbeauftragter, Prof. Dr. Christoph Heusgen, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und KAS-Fellow, sowie Generalleutnant Alfons Mais, Inspekteur des Heeres. Nicht nur dessen Satz: „Unsere Truppe muss gewinnen können“, fand Eingang in die Presse. Die Politische Bildung wird den Krieg als wichtiges Thema weiter im Auge behalten.





Schwindende Ernährungssicherheit in Nahost und Nordafrika

Text von
Michael Bauer

Politische Krisen und sozioökonomische Probleme machen die Länder der Region besonders anfällig für externe Schocks wie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas haben mit kumulierenden Krisen zu kämpfen: wirtschaftliche Stagnation, dysfunktionale politische Strukturen und bewaffnete Konflikte verbinden sich zu einem Krisenkonglomerat, das insbesondere Staaten wie Syrien, Jemen und Libyen sowie deren Nachbarländer wie Tunesien, den Libanon, Irak und Jordanien vor Herausforderungen stellt. Vor allem arme und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, Binnenvertriebene und Geflohene haben mit den sozioökonomischen Folgen zu kämpfen. Streit und Konflikte um den Zugang zu Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung sowie zu staatlicher und internationaler Unterstützung führen zu wachsenden Spannungen. Die Weltbank hat bereits 2021 festgestellt, dass die Region ein wachsendes Problem mit der Sicherstellung der Ernährung ihrer Bevölkerung hat. Die Ernährungssicherheit ist unter mehreren Gesichtspunkten gefährdet.

Die Länder der Region sind größtenteils nicht in der Lage, genügend Lebensmittel zu produzieren, um ihren Bedarf zu decken. Mangelnde Investitionen in Infrastrukturen, veraltete Produktionsmethoden sowie Defizite im Management von Wasser und fruchtbaren Böden führen dazu, dass der landwirtschaftliche Sektor vielerorts wenig

effizient organisiert ist. Steigende Energiepreise und Transportkosten verschärfen dieses Problem. Im Sinne der Ernährungssicherheit ist die grundsätzliche Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln vor diesem Hintergrund in erheblichem Maße von Importen abhängig. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Unterbrechungen beim Handel mit Getreide und weiteren Agrarprodukten treffen die Region besonders schwer: Libyen, Jemen und Tunesien beziehen über die Hälfte ihrer Getreideimporte aus der Ukraine und Russland. Im Falle des Sudan, Ägyptens und des Libanons liegt der Anteil bei über 75 Prozent. Syrien wiederum ist weitgehend abhängig von russischem Getreide.

Eine weitere Dimension der Ernährungssicherheit betrifft den Zugang zu Nahrungsmitteln. Selbst wenn ein Land in der Lage ist, genügend Nahrungsmittel zu erzeugen oder zu importieren, ist nicht sichergestellt, dass alle Haushalte auch entsprechend Zugang dazu haben. Hier spielen sozioökonomische Aspekte eine zentrale Rolle: Angesichts steigender Lebensmittelpreise können sich Menschen diese oftmals nicht mehr leisten beziehungsweise müssen Abstriche bei Quantität und Qualität machen. Besonders drastisch stellt sich die Lage in Ländern wie dem Libanon dar, wo die nominale Preissteigerung für Lebensmittel im Jahresvergleich laut dem Internationalen Währungsfonds IWF bei über 200 Prozent liegt. Im Libanon kommen dabei mehrere Faktoren zusammen: Das Land wird von einer Wirtschaftskrise erschüttert, die zu dramatischen Einkommenseinbußen bei weiten Teilen der Bevölkerung geführt hat. Gleichzeitig hat die Währung über 90 Prozent ihres Wertes im Vergleich zum US-Dollar verloren. Da das Land von Lebensmittelimporten abhängig ist, treffen steigende Importkosten auf sinkende Einkommen und potenzieren sich gegenseitig.

Mit Blick auf die Zeitschiene ist zu befürchten, dass die Ernährungssicherheit keineswegs nur temporär, sondern nachhaltig in Gefahr ist. Dies hängt zum einen mit der demografischen Entwicklung in der Region zusammen: Der von UNICEF prognostizierte Bevölkerungszuwachs bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 2015 beträgt zwischen zwölf (Iran) und 48 Prozent (Irak). Bis zum Jahr 2050 wird ein weiterer Zuwachs von rund 25 Prozent für die Gesamtregion erwartet. Lediglich im Libanon wird mit einem Rückgang der Bevölkerung gerechnet. Insgesamt wird der Bedarf nach Nahrungsmitteln also weiterhin wachsen. Zum anderen gehören Nordafrika und Nahost zu den durch die Folgen des Klimawandels weltweit gefährdetsten Regionen. Es drohen Dürreperioden, Bodenerosion und Wüstenbildung, Wasserknappheit und geschädigte küstennahe Ökosysteme. Die Verfügbarkeit von Ressourcen wird somit abnehmen.

Während externe Faktoren wie der Klimawandel und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine unbestreitbar eine wichtige Rolle mit Blick auf die schwindende Ernährungssicherheit spielen, sollten sie jedoch nicht den Blick darauf verdecken, dass vielerorts politische Fehlentscheidungen und gescheiterte oder gar nicht vorhandene Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums und des Agrarsektors einen wesentlichen Krisenfaktor darstellen. Hier gilt es anzusetzen, um einerseits Versorgungskrisen kurzfristig zu

bekämpfen und mittel- bis langfristig sozioökonomische Teilhabechancen zu schaffen und damit die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu stärken.

Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung greift das Thema in ihrer Arbeit auf. Um einige Beispiele zu nennen: Im Libanon etwa führte die Stiftung verschiedene Studien zu Reformmöglichkeiten im Agrarsektor und den Bedarfen von lokalen NGOs durch, die im Bereich Food Security arbeiten. Zudem finanzierte die Stiftung die Installation eines Solarpanels für eine Community Kitchen, die in Beirut Bedürftige mit Essen versorgt und darüber hinaus Aufklärungsarbeit zu verschiedenen Aspekten der Ernährungssicherheit leistet. Das Unternehmerinnennetzwerk LLWB unterstützte die Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Einrichtung eines Trainingscenters für Urban Farming. Im Jemen führte die Stiftung mit lokalen Partnern Workshops zum Thema Ernährungssicherheit und Mittelbeschaffung für NGOs durch. Auf regionaler Ebene brachte die Stiftung lokale Stakeholder zum Thema Landwirtschaft, Lebensmittel und Energieresilienz zusammen.

Mehr zum Thema:

Lebanon's Non-Governmental Organizations' Needs Assessment
www.kas.de/ngos-and-foodsecurity-in-lebanon

GADR und KAS kooperieren in Hadhramaut, Jemen
www.kas.de/kooperation-gadr-und-kas

Local voices towards permanent dialogue in the Mediterranean
www.kas.de/dialogue-in-the-mediterranean

Die Sicherheitspolitik von heute und ihre Entwicklungen im Morgen

Text von Amelie Stelzner-Doğan und Cedric Bierganns

Bundeswehr der Zukunft – Verantwortung und Künstliche Intelligenz



Amelie Stelzner-Doğan, Eva Högl, Prof. Natascha Zowislo-Grünewald und Serap Güler MdB (v. l. n. r.) bei der Vorstellung des Buches.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Frage nach der militärischen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und damit auch die Bundeswehr in den Fokus des sicherheitspolitischen Diskurses gerückt. Die Bundeswehr und ihre personelle, materielle und finanzielle Ausstattung sind elementar in dieser Auseinandersetzung, denn zur Einsatzfähigkeit, zur Erfüllung der NATO-Verpflichtung sowie zur Abschreckung gehören eine adäquate Ausrüstung und entsprechende Waffensysteme.

Die jüngsten militärischen Konflikte haben die rasante Entwicklung, Relevanz und Potenziale von Künstlicher Intelligenz (KI) in neuen Waffensystemen ver-

deutlich und ihre Grenzen aufgezeigt. Angesichts der veränderten und zugespitzten Bedrohungslage gilt es, die Bundeswehr daran anzupassen. Diese Anpassung umfasst die wehrtechnische Ausstattung, aber auch die Vergegenwärtigung der Rolle des Menschen und seiner Verantwortung innerhalb des digitalen Transformationsprozesses. Denn die digitale Transformation wirkt sich massiv auf Streitkräfte aus. Es stellt sich für die Bundeswehr die Frage, welche Implikationen die fortschreitende Vernetzung, Digitalisierung und Automatisierung für die menschliche Verantwortung und für das Konzept der Inneren Führung nach sich ziehen. Zentral ist hierbei das Zusammenspiel zwischen



Mensch und Maschine. Was bedeuten diese Entwicklungen generell für die Bundeswehr? Welche Anforderungen sind an Entscheidungsprozesse anzulegen? Was muss geschehen, damit Verantwortung von Menschen getragen und nicht diffundiert wird? Welches Wissen ist an Soldatinnen und Soldaten zu vermitteln? Wie viele KI-unterstützte Prozesse brauchen unsere Streitkräfte und ihre Partner? Wie sind die Formen der modernen Kriegführung mit Ethik und Recht vereinbar? Was sind konkrete, notwendige Handlungsschritte? Wie stärkt Innere Führung die Bundeswehr der Zukunft?

Diese Fragen stehen im Zentrum des Projektes „Bundeswehr der Zukunft“. Innerhalb des Kernthemas Sicherheit widmet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung 2022 und 2023 in abteilungsübergreifender Zusammenarbeit der Zukunft der Bundeswehr und diskutiert mit renommierten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen die Bundeswehr des 21. Jahrhunderts – von strategischen Interessen, der wehrtechnischen Digitalisierung, KI-gesteuerten Waffensystemen bis zur demokratischen Legitimierung und der Verantwortung jedes einzelnen Soldaten und jeder einzelnen Soldatin.

Informieren, debattieren, richtigstellen: In der polarisierenden Debatte über die Gefahren vollautonomer „Killer-Roboter“ wird allzu leicht übersehen, dass KI in der Verteidigung auf absehbare Zeit vorwiegend in teilautomatisierten Anwendungen zum Einsatz kommen wird beziehungsweise bereits ist. Der Mensch trägt weiterhin die Entscheidung und fungiert als ethische Kontrollinstanz, deren Reich- und Tragweite innerhalb des Projektes einer diskursiven Auseinandersetzung unterzogen wird. Eine pauschale Ablehnung von automatisierten Verteidigungssystemen, beispielsweise bei Drohnen, wäre im globalen Maßstab bloße Symbolpolitik. Denn Staaten und Unternehmen werden diese Entwicklungen vorantreiben, die neben Risiken auch Chancen durch beispielsweise eine schnellere Reaktionsfähigkeit und damit auch mehr Schutz für Soldatinnen und Soldaten bieten können. Statt einer grundsätzlichen Ablehnung bieten diese Entwicklungen Chancen für Deutschland und

seine Wertepartner. Es gilt, ethische Standards und die menschliche Entscheidungshoheit bereits in der Entstehung der Systeme zu verankern.

Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das Projekt „Bundeswehr der Zukunft“ ins Leben gerufen. Das Kernelement des Projektes stellt ein Sammelband dar, der sich dem Thema Bundeswehr und KI aus politischer, historischer, militärtechnischer, gesellschaftlicher sowie ethischer und rechtlicher Perspektive widmet. Es wird erörtert, inwiefern die wehrtechnische Digitalisierung mit fundamentalen Prinzipien der Bundeswehr – wie der Inneren Führung und dem „Staatsbürger in Uniform“ – vereinbar ist und zugleich den strategischen Interessen der Bundesrepublik an der Seite seiner Verbündeten sowie den operativen Erfordernissen des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt.

Die Bundeswehr der Zukunft ist ein dynamisches Projekt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert rund um den Sammelband zahlreiche digitale und analoge Austauschformate. Dazu gehören Veranstaltungen, Twitter-Spaces, Podcasts, Publikationen und vieles mehr. Der Sammelband ist am 17. Januar 2023 erschienen. Auskoppelungen einzelner Sammelbandbeiträge sind begleitend in sicherheitspolitischen Fachzeitschriften publiziert worden. Sämtliche Formate und Beiträge zum Thema sind auf einer eigens angelegten Internetseite zusammengefasst.

Mehr zum Thema:

www.kas.de/bundeswehr-der-zukunft

Die wehrhafte Demokratie

Text von
Sebastian Enskat

Russland und zehn weitere Gefahren für unsere Freiheit

Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses katapultiert. Doch Panzer und Raketen sind nicht die einzige Bedrohung für unsere freie Gesellschaft. Neben der sicherheitspolitischen Bedrohungslage durch Russland in Europa gehören dazu noch viele weitere Gefahren, denen unsere Demokratie ausgesetzt ist. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diese Gefahren in einer Reihe von Essays mit ihren Expertinnen und Experten genauer unter die Lupe genommen.

Zu den Gefahren, denen unsere Demokratie mittlerweile ausgesetzt ist, gehören Gefahren im Inneren genauso wie Entwicklungen, die unsere Gesellschaft von außen gefährden. Bei manchen Phänomenen wie dem Extremismus oder der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung ist es zudem so, dass sich innere und äußere Entwicklungen kaum noch voneinander unterscheiden lassen, sondern sich vielmehr gegenseitig verstärken.

Insgesamt haben wir elf unterschiedliche Gefahren definiert und analysiert. Neben dem russischen Angriffskrieg und der Bedrohungslage in Europa gehören dazu Radikalisierung und Extremismus, Populismus und Elitenverachtung, Polarisierung und neue Kulturkämpfe, Desinformation und Hassrede, Selbstzufriedenheit und Erschöpfung, Selbstzweifel und autoritäre Verlockungen, Nationalismus und Revisionismus, Cyberangriffe und Trollarmeen, autoritäre Propaganda und Einflussnahme sowie wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit.

Russlands Angriff und das Ende der europäischen Friedensordnung

Russlands Angriff auf die Ukraine hat erneut deutlich gemacht, dass die Stabilität und Wehrhaftigkeit einer Demokratie nicht ohne militärische Stärke zu gewährleisten sind.

Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass einsatzfähige und gut ausgerüstete Streitkräfte mit einem starken Rückhalt in der Bevölkerung keineswegs ein Relikt vergangener Epochen sind, sondern eine Notwendigkeit, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden und die offene Gesellschaft zu schützen.

Was lange Zeit undenkbar schien, muss mit dem russischen Angriff auf die Ukraine nun endlich in das kollektive Bewusstsein zurückkehren: Krieg ist heute (wieder) eine relevante, vielleicht sogar die größte Bedrohung für die Demokratie in Europa. Das liegt auch daran, dass Russlands Krieg ein Angriff eines autoritären Regimes auf einen demokratisch verfassten Staat ist, der nur deshalb stattfindet, weil die demokratische Verfasstheit der Ukraine vom Kreml stets als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurde.

Dass die Invasion in die Ukraine offenbar mit dem Ziel erfolgte, mittels Regimewechsel den demokratischen Weg des Landes zu beenden und dessen dauerhafte Ausrichtung am politischen Westen zu verhindern, ist mehr als ein bloßer Verstoß gegen die regelbasierte Weltordnung. Russlands Krieg ist nichts Geringeres als ein Angriff auf die Demokratie als Staatsform und Gesellschaftsmodell an sich.

Weitere Gefahren für unsere Freiheit

Es sind allerdings nicht nur im engeren Sinne militärische Mittel, mit denen Russland und andere Akteure versuchen, die Demokratie zu untergraben. Herausforderungen im digitalen Raum wie Cyberangriffe bedrohen immer mehr die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung und gelten aufgrund rechtlicher Grauzonen sowie weitgehend ungeklärter Zuständigkeitsfragen als äußerst schwer einzudämmen. Insbesondere Hassrede und Desinformation haben im Zeitalter des Internets neue Dimensionen erreicht und gefährden inzwischen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und selbst die Globalisierung zeigt durch kritische Abhängigkeiten

zunehmend ihre Schattenseiten. Diese Trends werden durch immer aggressiver werdende Propaganda und Einflussnahme durch autoritäre Staaten intensiviert und erfordern eine ganz neue Form demokratischer Resilienz.

Das gilt auch für die Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus und nicht zuletzt auch für Phänomene wie Politikverdrossenheit und Elitenverachtung. Auch das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen

und Bürgern ist alles andere als statisch, weswegen sich gerade auch politische Parteien als wichtigstes Bindeglied verändern und reformieren müssen. Die repräsentative Demokratie ist mehr denn je auf einen fruchtbaren Austausch zwischen Politik und Bevölkerung angewiesen.

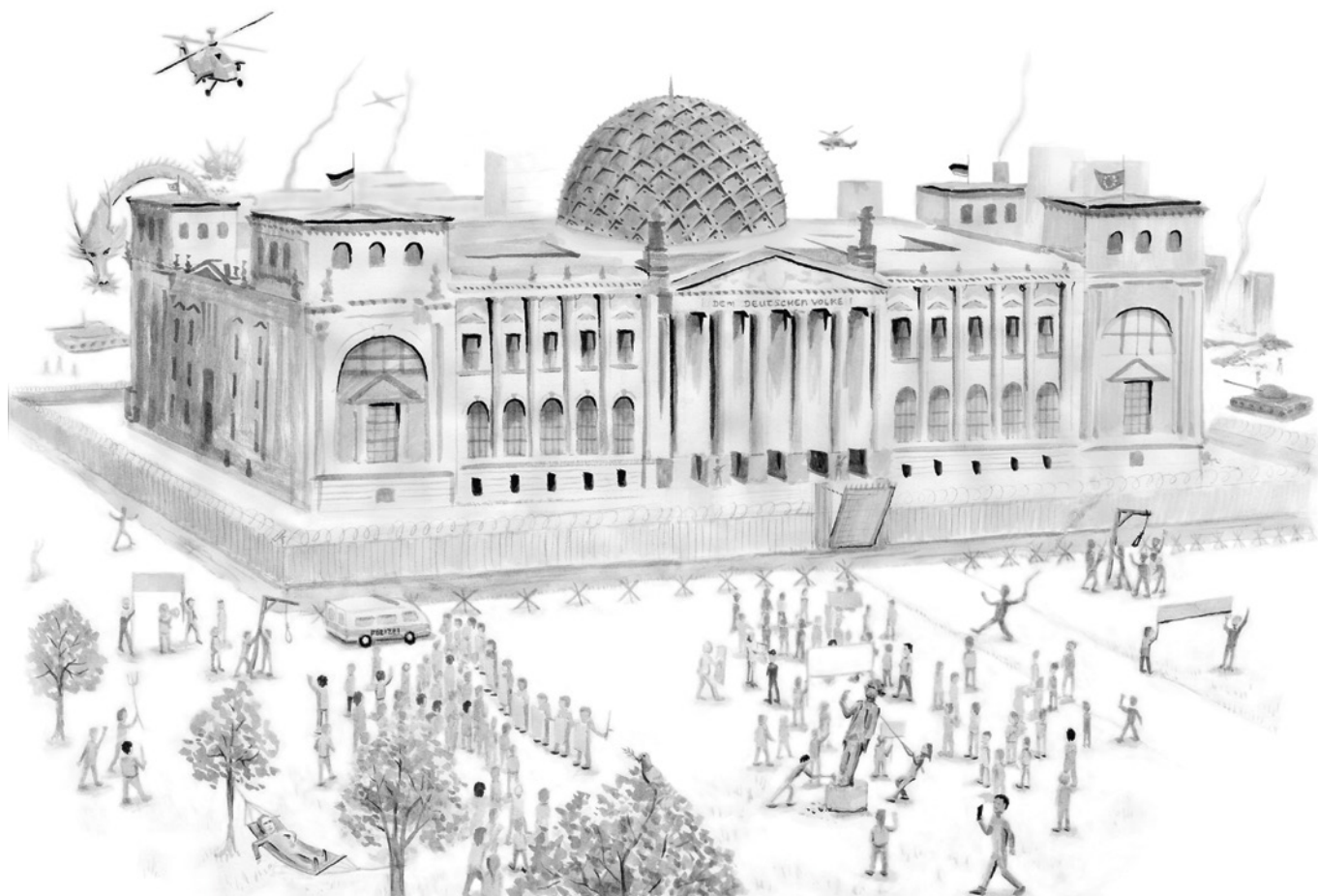
Insgesamt begnügt sich unsere Vorstellung einer wehrhaften Demokratie aber nicht damit, all diese Gefahren zu analysieren und so gewissermaßen nur den Teufel an die Wand zu malen. Wir gehen vielmehr davon aus, dass Demokratien sehr wohl in der Lage sind, allen hier erwähnten Gefahren etwas entgegenzusetzen – und am Ende auch mit ihnen fertigzuwerden. Insofern haben alle Beteiligten dazu beigetragen, das Projekt zu dem zu machen, was es ist: ein Plädoyer für die Wehrhaftigkeit der Demokratie, ein Plädoyer für die Freiheit.

„Russlands Angriff auf die Ukraine hat erneut deutlich gemacht, dass die Stabilität und Wehrhaftigkeit einer Demokratie nicht ohne militärische Stärke zu gewährleisten sind.“

Nils Wörmer und Philipp Dienstbier

Mehr zum Thema:

Die wehrhafte(re) Demokratie
www.kas.de/wehrhafte-demokratie



Staats- modernisierung

Text von
Marcel Schepp

Deutschland braucht eine große Staatsreform. Was sind die Voraussetzungen? Was sind die Ziele? In welchem Staat möchten wir in Zukunft leben? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Staatsmodernisierung.

Spätestens seit Ralph Brinkhaus' Aufruf zu einer „Revolution“ im Jahr 2021 ist die Staatsmodernisierung auf der politischen Agenda. Es folgten der Wahlkampfauftakt der CDU unter dem Motto des „Modernisierungsjahrzehnts“, das viel beachtete Buch *NEU-STAAT*, Positionspapiere unter anderem des Normenkontrollrates, der CDU-/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie das im Oktober 2021 erschienene Thesenpapier der Expertenkommission der Konrad-Adenauer-Stiftung *Für einen handlungsfähigen deutschen Staat* und die im Januar 2022 von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Studie von Daniel Dettling *Staatsreform 2030*.

Anspruch der Ampelkoalition ist es, „mehr Fortschritt zu wagen“ und Deutschland in einem Jahrzehnt zu transformieren. Zumindest war es das bis zum 24. Februar 2022. Seitdem scheint das Thema aus mehr oder weniger nachvollziehbaren Gründen von der Agenda verschwunden. Exemplarisch hierfür seien die Digitalisierung von gerade einmal vier Prozent der öffentlichen Dienstleistungen unter den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes sowie die selbst aus den eigenen Reihen kritisierte Digitalstrategie genannt.

Der Bedarf nach einer Lösung dieser Probleme ist groß. Der Anspruch der Politik, diesen zu befriedigen, ebenfalls. Allein, das deutsche Mehrebenensystem hat derart viele Vetospieler, dass ein zentralistisches Durchregieren weder demokratisch noch zielführend wäre. Die Klischees des trägen deutschen Beamtentums ebenso wie der Infrastruktur autoritärer Staaten prägen ein für unsere Demokratie gefährliches Narrativ. Die dahinterstehenden Bedenken sind gleichwohl berechtigt. Entscheidungen erscheinen intransparent, Verfahren langwierig, die Verwaltung ineffizient und die Digitalisierung ungenutzt. Es gilt, die vermeintlichen Schwächen – allen voran Föderalismus und Subsidiarität – in Stärken zu wenden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bearbeitet das Thema Staatsmodernisierung intensiv seit 2021, beschäftigt

sich damit jedoch schon seit Anfang der 2000er-Jahre, unter anderem in Reihen zum Bürokratieabbau und den Föderalismusreformen. Ausgangspunkt der gegenwärtigen Bemühungen ist eine vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, im Mai 2021 initiierte Expertenkommission mit zwölf Mitgliedern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft unter Vorsitz von Bundesminister a. D. Dr. Thomas de Maizière. Anspruch der Kommission war es, konkrete Vorschläge für eine Staatsreform zu formulieren, um politische Steuerung effizienter und effektiver zu gestalten, Verwaltung zu modernisieren und Krisenresilienz zu stärken. Das in vier Sitzungen erarbeitete Thesenpapier wurde am 20. Oktober 2021 der Presse vorgestellt und breit rezipiert, unter anderem in sechs überregionalen sowie 20 regionalen Tageszeitungen.

Flankiert wurde das Papier durch eine Studie des Zukunftsforschers Daniel Dettling, die im Januar 2022 veröffentlicht und in den Sozialen Medien beworben wurde. Die Studie vertieft das Thesenpapier anhand von konkreten Handlungsoptionen und Szenarien. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass der Föderalismus keineswegs ursächlich für ein misslungenes Pandemiemanagement, sondern vielmehr instrumentell für dessen Gelingen war. Staatsmodernisierung allein exekutiv und zentralistisch zu denken, greift zu kurz. Neben einer umfassenden Literaturrecherche stützt sich Dettling auf 14 Experteninterviews sowie einen umfassenden Anhang mit internationalen Reformbeispielen. Parallel dazu erschienen Kommentare in der *WELT* sowie der Fachzeitschrift des Deutschen Städte- und Gemeindebunds *kommunal*.

Bei einem Seminar im März 2022 ging es um die Vermittlung von Grundlagen durch Expertinnen und Experten, zu den Gästen gehörten unter anderem der Regierungspräsident von Arnsberg, Hans-Josef Vogel, und Daniel Dettling. In der kritischen Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aller Lebensbereiche traten neue Aspekte zutage, zum Beispiel der Wunsch nach mehr Werteorientierung. Dieses Feed-

back war wertvoll, um die zukünftige Auseinandersetzung mit dem Politikfeld zu erden.

Aufgenommen wurden diese auch von der Politik. Darüber hinaus stand die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2022 vor allem im Zeichen der konzeptionellen Vertiefung und Netzworkebildung für das Politikfeld Staatsmodernisierung. Darauf aufbauend werden im Jahr 2023 sowohl Veranstaltungen als auch Publikationen folgen.

Mehr zum Thema:

Staatsreform 2030: Effektiv, agil und resilient in die Zukunft
www.kas.de/staatsreform-2030

Für einen handlungsfähigen deutschen Staat
www.kas.de/staatsmodernisierung

Die CDU benötigt eine positive Zukunftserzählung

Text von
Kathrin Zehender

Werkstattgespräch zum Grundsatzprogrammprozess der CDU

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung fand im Juni 2022 in Berlin ein Werkstattgespräch zum Thema „Christlich? Liberal? Konservativ? Die CDU zwischen gestern und morgen“ statt, mit dem die Stiftung einen Beitrag zur aktuellen Debatte über ein neues Grundsatzprogramm der CDU leistete.

Die CDU arbeitet an einem neuen Grundsatzprogramm. Nach 1978, 1994 und 2007 wird es das vierte in der Parteigeschichte sein. Nicht nur das Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung nach der Bundestagswahl 2021, auch die umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht, machen es notwendig, über die Grundsätze und Zukunftsvisionen der Partei nachzudenken.

Vergangene und zukünftige Herausforderungen

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die CDU auch in der Vergangenheit immer wieder vor Herausforderungen stand und es galt, den eigenen Kurs zu hinterfragen und neu zu bestimmen. Was sind also die Grundsätze der CDU und was bedeuten sie heute für die politische Arbeit?

Diesen Fragen widmete sich eine Tagung, die im Juni 2022 in Berlin stattfand. In seiner Einführung wies der Vorsitzende, Prof. Dr. Norbert

Lammert, auf die im Leitbild der Konrad-Adenauer-Stiftung festgehaltene Aufgabe hin, „Impulse zur Fortentwicklung und Stärkung der christlich-demokratischen Bewegung“ zu geben. Mit Blick auf die aktuelle Programmdebatte fügte er hinzu, die CDU „darf sich nicht wie ein wandelndes Denkmal verstehen“, sondern müsse selbst Änderungen aufnehmen und vermitteln.

Christlich, liberal und konservativ

Im ersten Panel wurde deutlich, dass die drei Begriffe christlich, liberal und konservativ innerhalb der CDU-Programmatik nicht voneinander getrennt werden können, sondern vielfältige Querverbindungen aufweisen. So betonte Arnd Küppers, stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, die Bedeutung der katholischen Soziallehre. Matthias Oppermann, stellvertretender Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik und Leiter Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, befasste sich mit der Entwicklung des Liberalismus und seinen Ausprägungen. In ihrem Vortrag zum Konservatismus riet Martina Steber, zweite stellvertretende Direktorin am Institut für Zeitgeschichte, CDU und CSU, die Debatte um den Begriff offensiver zu führen, statt ihn zu vermeiden, denn die „Diskussion um den Konservatismus in der Union verschwindet nicht“.



1

Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei?

Unter dem Titel „Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei?“ befasste sich das zweite Panel mit der Entwicklung von Partei und Programm unter den langjährigen CDU-Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dabei nannte Dominik Geppert vom Historischen Institut der Universität Potsdam drei wesentliche Gründe für den Erfolg der Adenauer-CDU: Erstens habe sie sich als erfolgreiche überkonfessionelle Sammlungspartei erwiesen. Zweitens habe Adenauer 1949 mit seiner Entscheidung für eine „kleine Koalition“ gegen die SPD die CDU klar im Parteiensystem positioniert. Und drittens sei die Soziale Marktwirtschaft ein ausgesprochenes Erfolgsrezept gewesen. Ein kritisches Resümee der Ära Kohl zog Thomas Biebricher, Heisenberg-Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Daran schloss die Journalistin und Merkel-Biografin Ursula Weidenfeld an und zeichnete die vielfältigen Debatten in den Jahren 2000 bis 2018 nach, als Merkel CDU-Vorsitzende war.

Inhaltliche Erneuerung

An der anschließenden Diskussionsrunde zum aktuellen Grundsatzprogrammprozess beteiligten sich neben dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und Leiter der Grundsatzdiskussion, Carsten Linnemann, die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Jan Redmann, und die stellvertretende Bürgermeisterin von Berlin-Reinickendorf, Emine Demirbükten-Wegner. Wie Linnemann in seinem Impulsreferat hervorhob, bedeuteten die Bundestagswahl vom 26. September 2021 und der Machtverlust der Unionsparteien „einen Einschnitt“. Umso wichtiger sei nun die Aufgabe der inhaltlichen Erneuerung. Mit Blick auf den Fortgang der Programmarbeit fasste Linnemann die Aufgabe der Kommission abschließend in die Worte, die CDU benötige eine positive Zukunftserzählung, die den Menschen wieder Hoffnung mache.



Die Ergebnisse der Tagung werden 2023 in einer Publikation veröffentlicht. Ergänzt wird diese Dokumentation durch einen Quellenteil, der Beiträge und Reden von ausgewählten und für die Entwicklung der Partei maßgeblichen Persönlichkeiten enthält. Damit möchten wir die Debatte um das Grundsatzprogramm weiter begleiten, Hintergrundwissen vermitteln und Orientierung geben.

Mehr zum Thema:

Zeitgeschichte AKTUELL:
Oppositionspremiere von Kai Wambach
www.kas.de/oppositionspremiere-union

Zeitgeschichte AKTUELL:
Vom Machtverlust zum Machtgewinn von Hans Jörg Hennecke
www.kas.de/opposition-1998-2005

Grundsatzprogramme der CDU im Portal „Geschichte der CDU“
www.kas.de/grundsatzprogramme-cdu

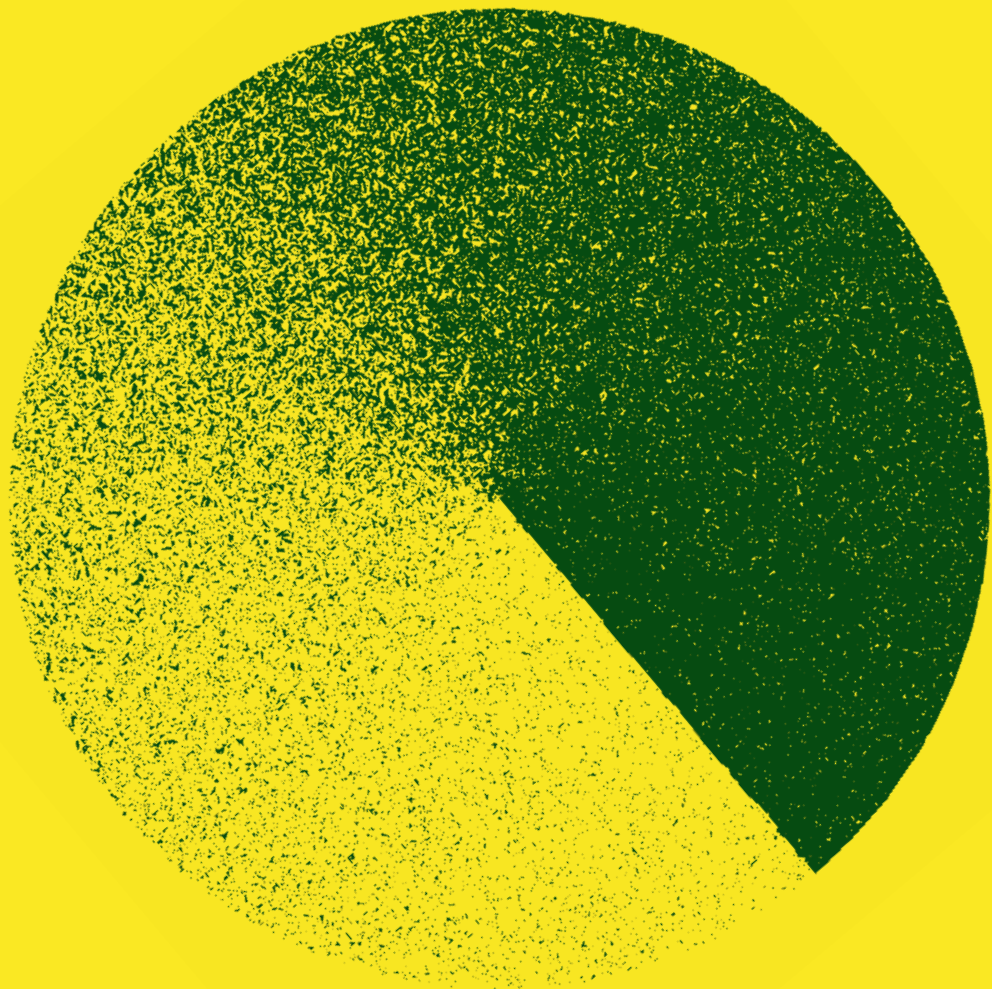
Weitere Quellen zur CDU-Geschichte
www.cdu-geschichte.de

1. Plakat zur Bundestagswahl 1961

2. Prof. Dr. Norbert Lammert begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz.

3. V. l. n. r.: Emine Demirbükten-Wegner, Dr. Jan Redmann MdL, Mariam Lau (Moderation), Nadine Schön MdB, Dr. Carsten Linnemann MdB

Freiheit
muss
gewinnen



4

Das Handbuch zur Geschichte der CDU

Text von
Wolfgang Tischner

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Keine andere Partei hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so grundlegend beeinflusst wie die Christlich Demokratische Union. Die Bundeskanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl und zuletzt Angela Merkel als erste Frau in diesem Amt haben die Weichenstellungen der neuesten deutschen Geschichte wie den demokratischen Neuaufbau nach der NS-Diktatur, die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiedervereinigung und ihre Folgen sowie zunehmend die Politik der Europäischen Union entscheidend geprägt.

Mittlerweile sind fast 30 Jahre seit dem Erscheinen der letzten quellenbasierten Gesamtgeschichte der CDU verstrichen. Seit 2018 wurde deshalb ein Gesamtkonzept einer neuen Geschichte der CDU in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung erarbeitet. Die Entscheidung, maßgeblich vom Stiftungsvorsitzenden Prof. Dr. Norbert Lammert gefällt, sah einen Band mit zum Teil kontroversen Positionsmarkierungen zur Rolle der Union in der deutschen Geschichte vor, der vor allem den öffentlichen Diskurs befeuern sollte, gefolgt von einem vor allem an die Forschung und die Partei selbst gerichteten Handbuch.

Der erste Band, intern auch „Debattenband“ genannt, wurde 2020 im Siedler-Verlag publiziert und von der Öffentlichkeit und der Kritik sehr freundlich aufgenommen. Das *Handbuch zur Geschichte der CDU*, ebenfalls herausgegeben von Prof. Dr. Norbert Lammert, folgte im September 2022. Der Band bietet auf 700 Seiten einen systematischen Überblick über die Geschichte der Partei. Im ersten und zweiten Abschnitt wird chronologisch über die Geschichte der CDU seit 1945 berichtet sowie Einblicke in ihre programmatische Entwicklung gegeben. Im dritten Teil steht die regionale Geschichte der CDU im Mittelpunkt, jeder Landesverband wird in einem eigenen Beitrag dargestellt, gleiches gilt für die verschiedenen Vereinigungen und Sonderorganisationen wie Junge Union oder Mittelstandsvereinigung. Der vierte und fünfte Teil widmen sich ausgewählten Politikfeldern der Innen- und Außenpolitik wie Umwelt- oder Sicherheitspolitik. Umfangreiche Literaturangaben, eine Auswahlbibliografie und Quellenhinweise bieten Ansatzpunkte für eine vertiefte



Mehr zum Thema:

Publikationsseite des Handbuchs mit Bestellinformationen
www.kas.de/handbuch-geschichte-der-cdu

Interview mit Prof. Dr. Norbert Lammert zur
 Vorstellung des Handbuchs zur Geschichte der CDU
www.kas.de/interview-handbuch-geschichte-der-cdu

Auseinandersetzung und für künftige Forschungen. Waren beim Debattenband die Beiträge von externen Autorinnen und Autoren vor allem im Hinblick auf ihre Wirkung für den öffentlichen Diskurs verfasst worden, so waren es beim Handbuch vor allem Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Stiftung, aber mit Schwerpunkt aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik, die ihre Kenntnis der dortigen Quellenbestände nutzen konnten.

Das Handbuch ist bereits in den ersten beiden Monaten nach seinem Erscheinen ausverkauft worden. Dazu beigetragen hat vor allem der Erfolg innerhalb der Partei. Auf dem Parteitag der CDU im September 2022 in Hannover hatte die Stiftung den Band den Delegierten angeboten. Sehr optimistisch hatten wir bei 1000 Delegierten 500 Exemplare für den Stand der Stiftung nach Hannover mitgenommen. Alle wurden verteilt und noch 300 weitere von den Parteitagbesucherinnen und -besuchern vorbestellt.

Dass der Band bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt erscheinen konnte, zeigt, dass das Niveau der wissenschaftlichen Arbeit in der Stiftung mittlerweile keinen Vergleich mehr mit der universitären Forschung zu scheuen braucht. Sicherlich wird es – bei einem so umfassenden Handbuch unvermeidlich – noch Korrekturen und Verbesserungen geben, aber grundsätzlich ist hiermit für die weitere Erforschung der Parteigeschichte der CDU ein Meilenstein gesetzt.

Der Erfolg bei der Vermarktung des Bandes wurde durch eine außerordentlich konstruktive und auch innovative Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen der Stiftung möglich, die sich schon bei der Vermarktung des Debattenbandes bewährt hatte. Da der Band unerwartet schnell vergriffen ist, haben mittlerweile die Arbeiten an der zweiten Auflage begonnen.

Mit dem Erscheinen des Handbuchs ist unsere Arbeit zur Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland nicht abgeschlossen. Überlegt wird zurzeit, ob es einen bequemer lesbaren Auszug aus dem umfangreichen Handbuch geben soll, und auch die Frage nach einer quellenbasierten Geschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung selbst stellt sich mit Blick auf das Jubiläum der Stiftung 2030.

Das von Prof. Dr. Norbert Lammert herausgegebene Handbuch zur Geschichte der CDU ist im September 2022 bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienen und mittlerweile vergriffen. Zurzeit wird eine zweite Auflage vorbereitet.



Relaunch der Portale Konrad Adenauer und Helmut Kohl

Text von Christiane Stahr und Kathrin Zehender

Mit den beiden Onlineportalen zu Konrad Adenauer und Helmut Kohl präsentiert die Konrad-Adenauer-Stiftung umfassende Informationen zum Leben und politischen Wirken der beiden langjährigen Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden. Seit 2022 erscheinen die Webseiten mit neuen Inhalten und modernem Design.

Mit dem Onlineportal www.konrad-adenauer.de stellt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit der Stiftung Bundeskanzler-

Adenauer-Haus seit über zehn Jahren Informationen und Quellen zum Leben und Werk Konrad Adenauers zur Verfügung und zeigt die anhaltende Aktualität seines politischen Denkens und Wirkens auf.

Adenauer erleben

Mehr als 50 Jahre nach seinem Tod möchten wir einem breiten Publikum den Menschen Konrad Adenauer und seine Politik näherbringen. So informieren biografische Artikel über das Leben des ersten Bundeskanzlers, das vier Epochen deutscher Geschichte umfasste.

Die Kategorie Persönliches gewährt Einblicke in das Privatleben des Gründungskanzlers, unter Personen finden Interessierte Kurzbiografien zu Adenauers Wegbegleiterinnen und -begleitern. Wissenschaftlich fundierte, aber leicht verständliche Artikel zu den verschiedenen Politikfeldern lassen ein differenziertes Bild von der Politik des ersten Bundeskanzlers entstehen. Unter dem Punkt Adenauer erleben präsentieren wir die Angebote der beiden Stiftungen, mit denen Adenauer heute noch erlebt und entdeckt werden kann – von seinem Wohnort in Rhön-

dorf über seinen Urlaubsort in Cadenabbia bis hin zu verschiedenen Ausstellungen und weiteren digitalen Angeboten.

Zielgruppenorientierter Ansatz

Um die Nutzerfreundlichkeit weiter zu verbessern, wurden für verschiedene Zielgruppen eigene Angebote entwickelt. Die Zusammenstellung *Für den Schulunterricht* bietet Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften hilfreiche Links zu Themen und Quellen für den Unterricht, das Referat oder die Hausarbeit. Zudem stellen wir kostenfreie Angebote zur Verfügung, die besonders auf die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern zugeschnitten sind. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bietet die Rubrik *Für die Forschung* eine umfassende Bibliografie, eine große Quellensammlung, einen Kalender, Verweise auf die Archivbestände zum Wirken Konrad Adenauers sowie weitere digitale Angebote der beiden Stiftungen für die Adenauer-Forschung.

Reicher Quellenschatz

In der Kategorie *Quellen* bieten wir eine große Sammlung an, die nicht nur für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler interessant ist: Wir haben die Foto- und Videoauswahl deutlich ausgeweitet und präsentieren nun auch eine Reihe von Videos, die uns das Bundesarchiv zur Verfügung gestellt hat. Zudem finden Nutzerinnen und Nutzer hier eine große Auswahl an Wahlplakaten und -broschüren sowie Schriftquellen wie Briefe und Reden. Eine umfassende und nach Kategorien geordnete Zitatesammlung rundet das Angebot ab.

Neues Kohl-Portal

Auch das Onlineportal www.bundestkanzler-helmut-kohl.de erstrahlt in neuem Glanz. Mit dem umfassenden Neuaufbau wurde eine wichtige Lücke geschlossen, denn nicht nur die technischen Funktionen wurden auf den Stand der Zeit gebracht, sondern auch und vor allem die Inhalte. Dabei ähneln sich die beiden Portale zu Helmut Kohl und Konrad Adenauer im Aufbau und in ihren Grundfunktionen, sie sind jedoch voneinander unabhängig und eigenständig. Das neue Kohl-Portal

wird künftig gemeinsam mit der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung betrieben.

Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas

Im Mittelpunkt steht Kohls Wirken als Bundeskanzler. In wissenschaftlichen Artikeln werden die zentralen Politikfelder, in denen sich Helmut Kohl engagierte, behandelt. An den Beiträgen beteiligten sich namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ein umfassendes Bild vom politischen Wirken Helmut Kohls zeichnen. Aber auch dem Menschen und der Biografie Kohls können Nutzerinnen und Nutzer im Portal nachspüren. Ein bebildeter Zeitstrahl zeigt die zentralen Wegmarken im Leben Helmut Kohls. Die wichtigsten Lebensstationen sowie eine Auswahl an Kurzbiografien zu Weggefährtinnen und -gefährten geben einen tieferen Einblick in die Ära Kohl.

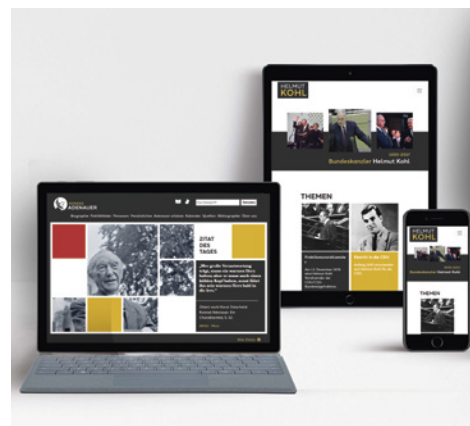
Hilfestellung für die Kohl-Forschung

Wie im Adenauer-Portal finden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch hier eine große Auswahl an Quellen: So werden im Portal zahlreiche

Interviews, Artikel und Reden bereitgestellt. Hinweise auf Archivalien zur Ära Kohl, die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik zu finden sind, sowie eine umfassende Bibliografie dienen als Hilfestellung bei Forschungsfragen. Eine Zitatesammlung, Wahlplakate, Bild- und Tondokumente sowie vom Bundesarchiv bereitgestellte Videos machen die Ära Kohl für ein breites Publikum erlebbar.

Mehr zum Thema:

www.konrad-adenauer.de
www.bundestkanzler-helmut-kohl.de



Das Network Civic Education

Text von
Christian Schmitz

Gründung des Internationalen Netzwerks zur Politischen Bildung





Eine Premiere für die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung: Die 1. Internationale Konferenz zur Politischen Bildung führte vom 22. bis zum 24. Juni 2022 in Berlin erstmals Menschen aus dem europäischen Ausland und Deutschland in Präsenz zusammen, die sich mit beruflichem und privatem Engagement politischer Bildung verschrieben haben. Dabei entstand ein intensiver Austausch über Themen und Herausforderungen, die alle gemeinsam bewegen. Die Bedrohung der Sicherheit durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zog sich wie ein roter Faden durch die Tagung, doch auch die Folgen von Globalisierung und Digitalisierung, die Spaltung und Fragmentierung von Gesellschaften, die veränderten Diskussionskulturen und der Vertrauensverlust vieler Menschen gegenüber Politikerinnen, Politikern und demokratischen Institutionen waren Themen der Gespräche.

Ziele der Konferenz waren auch die engere Vernetzung von In- und Auslandsarbeit, das gegenseitige Kennenlernen und das gemeinsame Lernen voneinander.

Der erste Konferenztag widmete sich Schlaglichtern zur politischen Bildung aus acht europäischen Ländern. Sie zeigten, dass politische Bildung und politische Kultur in Europa von enormer Heterogenität geprägt sind, mit jeweils unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und spezifischen aktuellen Herausforderungen.

Der zweite Konferenztag startete mit einer Reflexion zur Frage: Welche Bildung braucht der (politische) Mensch? Einer Antwort hierauf näherte sich in seinem Eingangsstatement Thomas Kerstan, bildungspolitischer Korrespondent der *ZEIT* und Herausgeber des Magazins *ZEIT CAMPUS*. Er kritisierte das Fehlen einer inhaltlichen Bildungsdebatte in Deutschland, die man dringend benötige, weil sich die Welt derzeit neu sortiere und Deutschland mit ihr. Angesichts aktueller Herausforderungen und Bedrohungen, die die

Gesellschaften fragmentierten, sei die Verständigung auf einen zusammenführenden Bildungskanon enorm wichtig. Das Wissen selbst müsse eine zentrale Rolle spielen.

Das Projekt Europa als Zukunftsaufgabe politischer Bildungsarbeit stand danach auf der Tagesordnung und wurde mit einer Videobotschaft von Dr. Hans-Gert Pöttering eingeleitet. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und vormalige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung brachte „auf den Punkt, was wir an Europa haben“ und stellte angesichts aktueller Bedrohungen die Revitalisierung der Friedens- und Wertegemeinschaft in den Vordergrund. Darüber hinaus forderte er eine Aktionsgemeinschaft gegen den Klimawandel, die Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und setzte sich mit Blick auf junge Leute für mehr europapolitische Bildungsarbeit ein. Eine Podiumsdiskussion und Arbeitsgruppen thematisierten anschließend praktische Fragen europapolitischer Bildungsarbeit.

Am Ende des zweiten Konferenztages stand ein Gespräch zwischen dem Bundestagspräsidenten a. D. und Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, und Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne und ehemaliger Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung. Auch hier war der russische Angriffskrieg auf die Ukraine das dominierende Thema, eingeleitet von Ralf Fücks, der eindrucksvoll von seinen nur kurz zurückliegenden Besuchen in der Ukraine berichtete. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde der Begriff „Zeitenwende“ hinterfragt, der in den Medien zur Charakterisierung der aktuellen Situation gebräuchlich ist. Verhalten werde mehr durch Ereignisse als durch Entwicklungen verändert, meinte dazu Norbert Lammert, und mit dem Begriff „Zeitenwende“ stelle sich vielmehr eine Wahrnehmungsfrage. Denn lange habe man Realitäten verdrängt und schon 2008 gegenüber Georgien und mit der Annexion der Krim 2014 sei die Brutalität russischer Politik offensichtlich geworden. Dieses Verhalten Russlands, so Ralf Fücks, sei im Ergebnis ein Völkervernichtungskrieg gegen die Ukraine, und die sich daraus ergebenden Fragen würden in Deutschland bisher nicht richtig diskutiert. Die Gesprächspartnerinnen und -partner waren sich darüber einig, dass Politische Bildung dem entgegenhalten und die Welt mit historischen Erfahrungstaten erklären müsse, „so wie sie ist und nicht, wie man sie sich wünscht“. Sie solle den Ernst der Lage bewusst machen, den Menschen im Informations- und Desinformationswirrwarr Orientierung vermitteln und kritikfähig bleiben.

Am Ende der Tagung war man sich einig, dass die Gelegenheit zu einem derartigen Austausch bisher einzigartig sei und unbedingt fortgeführt werden müsse. Gerade die Unterschiedlichkeit von Politischer Bildung und Politischer Kultur mache den Dialog wertvoll und für die eigene Arbeit hilfreich. Das Bedürfnis, sich dabei zu vernetzen und praktische Erfahrungen auszutauschen, wurde von allen geteilt. Das Projekt wird künftig unter dem Titel „Internationales Netzwerk zur Politischen Bildung/Network Civic Education KAS“ firmieren und neben jährlich stattfindenden Konferenzen von einer auf LinkedIn angelegten Gruppe zur Kommunikation und Dokumentation politischer Bildungsarbeit getragen werden.

Junge Erwachsene in und für Europa

Text von
Christian Schmitz



Eine besonders wichtige Aufgabe politischer Bildungsarbeit ist es, junge Menschen für die Ziele und Ideale der europäischen Einigung zu gewinnen und damit zum Fortschritt des europäischen Projekts in der folgenden Generation beizutragen.

In diesem Kontext bot die **Konferenz zur Zukunft Europas** den Hintergrund für eine Reihe von Europadialogen der Bildungsforen und Regionalbüros der Stiftung, die zwischen März und Juni 2022 durchgeführt wurden. Die Politische Bildung hatte damit junge Leute zur Diskussion darüber eingeladen, wie die Zukunftskonferenz zu einem „Neustart für Europa“ beitragen kann. Welche Visionen und konkrete Vorstellungen können für Europa entwickelt werden? Die Kampagne zielte darauf ab, junge Erwachsene zur Beschäftigung mit der Zukunft Europas anzuregen und sich mit ihren Vorstellungen einzubringen. So wurden die Ergebnisse der Veranstaltungen auch in Videointerviews festgehalten: Junge Freiwillige der Stiftung interviewten junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Dialoge an unterschiedlichen Orten Deutschlands. Die Ergebnisse wurden auf den Instagram-Kanälen der Stiftung am Europatag, dem 9. Mai, ausgespielt. Ideen und Meinungen der jungen Menschen erhielten damit eine Plattform und weitere Jugendliche wurden dazu animiert, sich Gedanken zu Europa und dessen Zukunft zu machen. Was bedeutet Europa für mich? Wo berührt mich die EU im Alltag? Was funktioniert gut in der EU? Um welche Themen muss sich die EU in Zukunft kümmern und was kann die Konferenz zur Zukunft Europas leisten?

Im Ergebnis wurden 30 Europadialoge von der Politischen Bildung durchgeführt, ausgewertet, dokumentiert und in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Europabüro



Brüssel am 29. Juni 2022 einer breiteren Fachöffentlichkeit vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch den Fragen nachgegangen, wie es nach dem offiziellen Abschluss der Zukunftskonferenz weitergeht und welche Reformvorschläge am Ende Chancen hätten, ihren Weg auf die europäische Verhandlungsbühne zu finden.

Um junge Erwachsene in und für Europa ging es auch bei der Tagung **New Horizons – Central European Summer School on Values**, die Anfang September 2022 in Dresden stattfand. Die Veranstaltung wurde vom Politischen Bildungsforschungszentrum Sachsen der Stiftung in Kooperation mit der Handwerkskammer Dresden organisiert und war an junge Erwachsene aus Deutschland und ostmitteleuropäischen Partnerländern adressiert. Sie sollte den Teilnehmenden die Möglichkeit geben, mit engagierten Gleichaltrigen in Kontakt zu treten und Perspektiven über aktuelle politische Herausforderungen in Europa zu diskutieren. Junge Menschen aus unterschiedlichen Ländern beschäftigten sich zunächst mit Fragen der europäischen Identität, mit Mythen, Narrativen und Symbolen, die innerhalb von Europa Gemeinschaft stiften. Sie widmeten sich in Arbeitsgruppen den politischen und kulturellen Aspekten einer europäischen Identität sowie dem Zusammenhang mit nationalen Identitäten. Mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern wurden anschließend die Beziehungen Sachsens zu seinen ostmitteleuropä-

ischen Nachbarstaaten diskutiert und die sächsische Haltung gegenüber Russland thematisiert. Weitere Themen der Sommerschule waren unter anderem die gegenwärtige Verfassung des westlichen Liberalismus, Workshops zu den Themen Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte sowie Fragen zu Wahrheit und Lüge im gesellschaftlichen Kontext. Diskussionen über die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Europa im 21. Jahrhundert, die Bedrohungsfaktoren für die europäische Identität und über Russlands Krieg gegen die Ukraine schlossen die Tagung ab.

Am Ende war es gelungen, jene gemeinsamen Perspektiven und Haltungen herauszustellen, die die junge Generation in Europa verbinden. Unter den Teilnehmenden herrschte Einigkeit darüber, dass eine geteilte europäische Identität von enormer Bedeutung sei, dass diese jedoch die jeweiligen nationalen Identitäten ergänzen und nicht ersetzen solle. Erreicht werden könne dies beispielsweise über eine neu zu errichtende europäische Säule in der NATO. Zudem betonten die Teilnehmenden die bedeutende Rolle eines grenzübergreifenden Austausches und wünschten sich hierzu auch weiterhin passende Veranstaltungsformate der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am Ende war es gelungen, jene gemeinsamen Perspektiven und Haltungen herauszustellen, die die junge Generation in Europa verbinden. Unter den Teilnehmenden herrschte Einigkeit darüber, dass eine geteilte europäische Identität von enormer Bedeutung sei, dass diese jedoch die jeweiligen nationalen Identitäten ergänzen und nicht ersetzen solle. Erreicht werden könne dies beispielsweise über eine neu zu errichtende europäische Säule in der NATO. Zudem betonten die Teilnehmenden die bedeutende Rolle eines grenzübergreifenden Austausches und wünschten sich hierzu auch weiterhin passende Veranstaltungsformate der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung im Gespräch mit General a. D. Egon Ramms über die europäische Sicherheitsinfrastruktur und den Krieg in der Ukraine.

„Es gibt nur die Wahl zwischen Krieg und Vernichtung.“

Ein Interview mit Tim Peters,
Leiter des Auslandsbüros
Ukraine am Standort Kiew.

Geführt von
Jan Philipp Wölbern



Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1994 mit einem Auslandsbüro in der ukrainischen Hauptstadt Kiew präsent, 2017 wurde ein zweites Büro im ostukrainischen Charkiw eröffnet. Kurz vor Kriegsbeginn sind die Büroleiter Tim Peters (Kiew) und Dr. Brigitta Triebel (Charkiw) nach Deutschland zurückgekehrt. In den Wochen nach dem 24. Februar flohen elf der insgesamt 18 ukrainischen Ortskräfte nach Deutschland und Polen. Bis heute wird die Arbeit der Büros durch den Krieg geprägt.

Lieber Tim, du hast von 2017 bis Mitte Februar 2022 in der Ukraine gelebt und zuerst das Stiftungsbüro Charkiw, dann das Büro Kiew geleitet. Hat dich der 24. Februar überrascht oder hattest du mit der Möglichkeit eines russischen Angriffs gerechnet?

Angesichts des russischen Truppenaufmarsches war den meisten Osteuropaexperten klar, dass etwas in der Ukraine passieren würde. Am wahrscheinlichsten erschien mir eine Annexion der beiden russisch kontrollierten „Volksrepubliken“ oder der militärische Versuch Russlands, diese Pseudostaaten auf das von ihnen proklamierte Territorium auszuweiten. Eine groß angelegte Invasion hielt ich für kaum vorstellbar, da die Ukraine sich mit allen Kräften wehren würde und dies mit unkalkulierbaren Risiken für Russland verbunden wäre – wie wir dann ja auch gesehen haben. Offensichtlich ist dem Kreml allerdings verborgen geblieben, welchen enormen Wandel die Ukraine in den letzten Jahren durchlaufen hat und wie dies die militärische und gesellschaftliche Resilienz des Landes gestärkt hat.

Vor allem die Tage und Wochen nach dem 24. Februar waren für unsere ukrainischen Ortskräfte eine enorme seelische Belastung, nicht zuletzt für die nach Deutschland geflüchteten. Wie gestaltete sich ihre Ankunft hier? Wie geht es unseren in der Ukraine verbliebenen Ortskräften?

Nachdem der umfassende Angriff Russlands begonnen hatte, haben sehr viele Kolleginnen und Kollegen Charkiw und Kiew verlassen müssen, um sicherere Orte zu erreichen. Der Wohnort einer Kollegin wurde sogar zeitweise von russischen Truppen besetzt, sodass wir wochenlang keinerlei Kontakt hatten. In den folgenden Tagen und Wochen sind die meisten Kolleginnen ausgezogen, was mit sehr langen Wartezeiten an der Grenze und großer Anspannung verbunden war. Mit Unterstützung der anderen Büros der Stiftung in der Region haben wir versucht, die Flucht etwas erträglicher zu machen. In Deutschland angekommen, galt es dann erst einmal temporäre Unterkünfte für die Kolleginnen und ihre Familienmitglieder zu finden. Auch die in der Ukraine verbliebenen, überwiegend männlichen Orts-

kräfte befanden sich zu Beginn häufig im Land auf der Flucht, um etwa ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich weiterhin in der Ukraine und ertragen die russischen Angriffe und deren fatale Folgen für die Zivilgesellschaft.

Wie sieht der heutige Alltag beider Büros aus?

Beide Büros arbeiten überwiegend im Onlinebetrieb weiter. Hier helfen uns unsere Erfahrungen aus der Pandemiezeit. Auch die meisten ukrainischen Partner setzen ihre Aktivitäten ungeachtet der erschwerten Bedingungen fort und erarbeiten Studien, Newsletter et cetera. Neben Onlinekonferenzen haben zum Teil auch wieder einzelne Präsenzveranstaltungen in der Ukraine stattgefunden, die allerdings bei Luftalarm unterbrochen werden müssen. Zudem organisieren wir momentan viele Dialogreisen von Abgeordneten sowie Expertinnen und Experten nach Deutschland und in die EU oder informieren hierzulande über die Situation in der Ukraine.

Unsere Ortskräfte in Deutschland stehen eng in Kontakt mit ihren Familien, Freunden und Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine. Welche Stimmung(en) und Ansichten im Land erfährst du von ihnen?

Auf der einen Seite gibt es natürlich die tägliche Sorge um die Angehörigen. Ganz schlimm ist es immer, wenn aufgrund der russischen Angriffe die Kommunikation zeitweise nicht funktioniert. Auch eine Form von allgemeiner Erschöpfung ist spürbar. Allerdings ist damit nicht der Verteidigungswille der Ukrainerinnen und Ukrainer gemeint. Dieser erscheint mir ungebrochen. Aus Sicht der Ukraine gibt es momentan keine Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern angesichts der russischen Gräueltaten nur die Wahl zwischen Krieg und Vernichtung, wie die befreiten Städte auf brutale Weise ans Licht gebracht haben. Daher ist man trotz der zahlreichen Opfer und Angriffe auf die zivile Infrastruktur bereit, die Heimat weiter zu verteidigen.

Das Auslandsbüro Ukraine hat seit Kriegsbeginn mehrere Veranstaltungen in Deutschland mit ukrainischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Welche waren aus deiner persönlichen Sicht am eindrücklichsten?

Mitte Juni war eine hochrangige Delegation von Vertreterinnen und Vertretern der christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften in der Ukraine zu Gast in Berlin und Brüssel. Alle Religionsvertreter forderten einhellig Waffen. Zu sehen, wie diese Würdenträger, die eigentlich Verkünder von Frieden und Versöhnung sind, gemeinsam deutlich machten, dass es in dieser Situation zur Herstellung eines gerechten Friedens Waffen bedarf, fand ich sehr bewegend. Meine Kollegin Brigitta Triebel wiederum berichtete von einer Veranstaltung mit ukrainischen Expertinnen in Berlin, bei welcher der unbedingte Behauptungswille dieser Frauen nicht minder beeindruckte.

„Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen“ – wo wird das Auslandsbüro Ukraine im Dezember 2023 sein und was wird es tun?

Wir werden die Arbeit mit unseren ukrainischen Partnern ebenso wie 2022 ortsunabhängig fortsetzen. Mit anhaltender internationaler Unterstützung bin ich überzeugt, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen wird – und gewinnen muss. Insofern hoffe ich, im Laufe des nächsten Jahres bereits wieder von der Ukraine aus arbeiten zu können.



Auslandsbüros als Seismograf

Chinas Soft Power in Südostasien

Text von
Céline-Agathe Caro

Eine wichtige Aufgabe der Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung im Ausland besteht darin, wie ein Seismograf auf wichtige Entwicklungen und Tendenzen hinzuweisen. Als Think-Tank erarbeiten die Kolleginnen und Kollegen auf dieser Basis wissenschaftliche Analysen und Empfehlungen für politisches Handeln. 2022 hat sich die Asien-Pazifik-Abteilung unter anderem mit Chinas Soft-Power-Einsatz in Südostasien beschäftigt. Was ist dort zu beobachten? Warum ist es für uns wichtig? Und was sind unsere politischen Empfehlungen für Deutschland und die EU? Ein Überblick.

Beobachtungen

Präsident Xi Jinping hat sehr früh den Mehrwert von Soft Power erkannt, um Chinas Anziehungskraft im Ausland zu erhöhen und seinen außenpolitischen Einfluss zu vergrößern. Wegen des Ursprungs der Coronapandemie in der chinesischen Metropole Wuhan sowie negativer internationaler Berichterstattung über Menschenrechts- und Sicherheitsfragen hat Peking noch stärker als bisher auf Soft Power gesetzt, um den Imageschaden zu mindern und die Attraktivität der Volksrepublik zu schützen.

Die Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in fünf Ländern Südostasiens – Kambodscha, Malaysia, Singapur, Thailand und Vietnam – haben mit lokalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengearbeitet, um genaue Daten zu Chinas Soft-Power-Bemühungen in der Region zu sammeln. Ziel war es, Beijings Initiativen zu quantifizieren, die chinesischen Strategien zu analysieren und ihren Erfolg zu bewerten. Im Fokus standen verschiedene Formen des diplomatischen, akademischen und kulturellen Austauschs zwischen der Volksrepublik und Südostasien sowie Chinas Medienarbeit, Direktinvestitionen und medizinische Hilfe in der Region.

Analyse und Bewertung

Die daraus entstandene Studie zeigt, dass China in den Jahren vor der Pandemie (2014–2019) in allen vier untersuchten Bereichen – Diplomatie, Bildung und Kultur, Medien sowie Wirtschaft – eine vielschichtige Strategie der Öffentlichkeitsarbeit und des proaktiven Engagements entwickelt und umgesetzt hat, unter anderem mit hochrangigen Besuchen, Bildungsaustausch und Sprachkursangeboten oder Direktinvestitionen. Es hat China ermöglicht, seine Präsenz in den fünf Nachbarländern zu vergrößern und seinen Einfluss zu stärken.

Eine unserer Beobachtungen war aber auch, dass die chinesische Strategie oft an ihre Grenzen stößt, wenn es darum geht, Soft-Power-Gewinne zu generieren. So kommt zum Beispiel die stark ideologisch aufgeladene Außenkommunikation der kommunistischen Führung im Ausland nicht immer gut an, insbesondere in den Sozialen Medien und bei einem jüngeren Publikum. Chinas Impfdiplomatie – verbunden mit dem sogenannten Wolfskrieger-Kampfgeist mancher seiner Diplomatinen und Diplomaten im Falle von Kritik – erbrachte nicht die erwarteten positiven Wirkungen in den fünf untersuchten Ländern. In lokalen Medien mit Verbindungen zu China sind Propaganda- und Desinformationsbemühungen besorgniserregend, insbesondere wenn die Verbindung zu chinesischen Medienagenturen nicht klar offengelegt wird. Wirtschaftsinvestitionen verbessern auch nicht unbedingt nachhaltig das Image Chinas vor Ort, unter anderem wegen Souveränitätsfragen oder Schuldenfallen. Schließlich weckten die chinesischen Militärmanöver rund um Taiwan im August 2022 Sorgen in der ASEAN-Region bezüglich Pekings zunehmend aggressiverer Außen- und Sicherheitspolitik.

Empfehlungen

Diese Beobachtungen sind wichtig für Deutschland und die EU, denn Südostasien – eine dynamische Region mit über 650 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von drei Billionen US-Dollar – ist im aktuellen Systemwettbewerb wirtschaftlich und geostrategisch relevant. Aus unseren Analysen in der Studie leiteten wir ab, dass Chinas Engagement mit gemischten Gefühlen in Südostasien aufgenommen wird und dass die Region vertrauenswürdige Partner braucht, um ein Gegengewicht zu Pekings steigendem Einfluss zu schaffen. Eine verstärkte Kooperation mit den USA birgt oft das Risiko, Spannungen mit China zu generieren. Europa wiederum wird als potenzieller Partner in vielen Bereichen positiv wahrgenommen.

Die Regionalstudie schließt daher mit politischen Empfehlungen für Deutschland und die EU, um Europas Präsenz und Anziehungskraft in Südostasien zu fördern. Eine Empfehlung ist zum Beispiel, jetzt in der Region aktiver zu werden. Denn laut aktuellen Umfragen gilt die EU zurzeit als Wunschpartner Nummer eins für lokale Regierungsvertreterinnen und -vertreter sowie Expertinnen und Experten, um sich gegen die Unwägbarkeiten der Rivalität zwischen den USA und China abzusichern.

Die Besuche von Bundeskanzler Olaf Scholz in Vietnam, Singapur und Indonesien sowie von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Thailand im November 2022 sind Schritte in die richtige Richtung. Macrons medienwirksame Charmeoﬀensive in Bangkok hat zudem die Relevanz von Öffentlichkeitsarbeit auf jeder Ebene betont. Darüber hinaus empfiehlt unsere Studie eine engere Zusammenarbeit mit ASEAN-Staaten, unter anderem zu Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Diversifizierung. Beide Seiten könnten auch zum Beispiel akademische und journalistische Austausche verstärken oder Chinas Einflussbemühungen genau beobachten. Unser Fazit: Chinas aktuelles Außenverhalten bietet Deutschland und der EU die Chance, sich stärker in der ASEAN-Region zu engagieren. Die gemeinsamen Interessen könnten zu einer Win-Win-Strategie für alle Beteiligten führen.

Mehr zum Thema:

The Smiling Dragon – China's Soft Power in Southeast Asia
www.kas.de/smiling-dragon

Der lächelnde Drache – Chinas Soft Power Einfluss in Südostasien
www.kas.de/chinas-soft-power-in-südostasien

Die Proteste in Iran

oder

Über Frauen, Freiheit und die politische Bedeutung eines Spiegeleis

Ein Interview mit Dr. Fatemeh Taheri,
Altstipendiatin und Mitglied des
Instituts für Islamische Theologie an
der Humboldt-Universität zu Berlin.

Geführt von
Vandad Sohrabi

Liebe Frau Taheri, Sie sind in Iran geboren und aufgewachsen. Ihre Doktorarbeit haben Sie in Deutschland geschrieben – gefördert durch ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Proteste erleben Sie jetzt aus der Perspektive einer Beobachterin und gleichzeitig leben Ihre Familie und Freunde in Iran. Was denken Sie, wenn Sie die Bilder der Proteste sehen?

Die Szenen der Gewalt machen mich sehr traurig. Ich sehe in den Protesten nicht nur einen Aufstand gegen die patriarchalischen Strukturen auf politischer Ebene, sondern dahinter verbirgt sich auch ein Widerstand gegen die kulturelle Bevormundung – zum Beispiel im Hinblick auf den Kopftuchzwang.

Die 22-jährige Mahsa Amini wurde von der berüchtigten Sittenpolizei festgenommen, weil sie gegen die islamische Kleidervorschrift verstoßen habe. Sie starb am 16. September in Polizeigewahrsam. Ihr Tod hat landesweite Proteste ausgelöst. Welche Rolle spielt das Kopftuch bei den iranischen Protesten?

Das Kopftuch ist mehr als ein Stück Stoff. Um das zu verstehen, muss man wissen, dass die Haare der Frau in der klassischen persischen Kultur und Literatur eine zentrale Rolle spielen. In der Poesie stehen sie für die Schönheit, Anmut und Einzigartigkeit der Geliebten. Wenn heute eine Frau ihr Haar zeigt oder (teil-)verhüllt – dann muss das vor diesem Hintergrund gesehen werden. Gerade deshalb ist die Frage des Kopftuches eine so wichtige und persönliche Entscheidung, die respektiert werden muss. Der gesetzliche Kopftuchzwang macht aus dieser friedlichen Entscheidung eine Straftat. Das Familien- und Scheidungsrecht sind weitere Beispiele für die systematische Diskriminierung von Frauen.

„Zan, Zendegi, Azadi“ („Frau, Leben, Freiheit“): Diese drei Begriffe sind zum Leitspruch der Proteste geworden. Was verstehen Sie darunter?

Der Slogan ist eine Alliteration und zeugt auf künstlerische Weise von der Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben: Zum Beispiel haben sich zwei Schwestern nach Beginn der Pro-

teste ausgelassen in ein kleines Lokal gesetzt und Spiegelei gegessen – in Alltagskleidung und ohne Kopftuch. Sie posteten ein Foto von sich mit dem Text: „Während der Arbeit eine kurze Pause eingelegt, um zu frühstücken.“ Diese Frühstücksszene ist zum Sinnbild geworden für den Wunsch vieler Iranerinnen nach einem normalen Leben. Das Foto ging in den sozialen Netzwerken viral. Kurz darauf wurde eine der Schwestern verhaftet. Ich denke, dass der Regierung gerade die Demonstration von so viel weiblichem Selbstbewusstsein missfallen hat. „Zan, Zendegi, Azadi“ heißt für mich daher auch, als Frau ein Spiegelei in der Öffentlichkeit essen zu dürfen – ganz egal, wie man gekleidet ist und ohne Angst vor Verhaftung.

In Iran protestieren auffällig viele Frauen in der ersten Reihe. Was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Forderung?

Ich denke, dass sie vor allem mehr Repräsentation wollen. Viele Frauen in Iran sind bestens ausgebildet, haben studiert und könnten zum Fortschritt des Landes beitragen. Aber schauen Sie sich die Besetzung der Führungspositionen in den Universitäten, der klerikalen Elite oder den Ministerien an – alles von Männern dominiert. Frauen wollen endlich auch einen Platz am Tisch und mitgestalten. Ich finde es tragisch, dass so viel Potenzial unterdrückt und verschwendet wird.

Das Protestlied „Baraye“ („Für“) des Künstlers Scherwin Hadschipur ist zu einer inoffiziellen Hymne des Protestes geworden. Welche Rolle spielt Social Media bei den Protesten?

Social Media kann die Zivilcourage und Solidarität fördern. Neben der Straße und dem Zuhause ist die virtuelle Welt die dritte Plattform der Proteste. Die Algorithmen führen aber auch zu einer starken Polarisierung. Die Wut und Unzufriedenheit der Menschen äußern sich roh und unmittelbar im Netz. Hasskommentare blockieren den sachlichen Austausch. Ich würde mir mehr Reflexion und gewaltfreie Kommunikation wünschen.

In Berlin haben sich im Oktober 2022 rund 80.000 Menschen versammelt, um ihre Solidarität mit den iranischen Protesten zu bekunden. Wie wichtig sind solche Aktionen für die Menschen in Iran?

Die internationale Solidarität ist ein wichtiges Zeichen und konstruktiv. Was aus meiner Sicht aber manchmal übersehen wird: Die iranische Opposition im Ausland ist heterogen und es gibt Teilgruppen, die nationalistischen oder anderweitig exklusivistischen Ideologien anhängen, die mit einem liberalen Demokratieverständnis kaum vereinbar sind. Daher bin ich überzeugt: Die Zukunft Irans muss in Iran entschieden werden.

Wie sehen gerade junge Menschen in Iran die Zukunft? Und welche Hoffnung verbinden Sie persönlich mit den Protesten?

Die junge Generation ist mit dem Internet aufgewachsen. Sie ist vernetzt, pragmatisch und offen. Frauen werden immer sichtbarer in vielen Lebensbereichen – gerade auch in ihrer Buntheit. Ich bin daher vorsichtig optimistisch, dass Frauen zukünftig mehr mitbestimmen werden, was hoffentlich zu einer empathischeren und harmonischeren Gesellschaft beiträgt.

Politik, Macht, Moral

Text von Anna Lüdcke und Florentin Siegert

Wie ein Seminar Stipendiatinnen und Stipendiaten hilft, bessere Politikerinnen und Politiker zu werden.

Paula* ist jung, motiviert, politisch engagiert. Wie viele Nachwuchspolitikerinnen und -politiker sitzt sie aber häufig zwischen den Stühlen und muss mit verschiedenen Rollen und Konflikten fertig werden. Genau hier setzt die Begabtenförderung mit einem neuen Seminar an, das für Fragen von Politik, Macht und Moral sensibilisiert und persönliche Reflexion fördert.

Es ist ein sonniger Herbsttag. Paula arbeitet in einem lichtdurchfluteten Seminarraum mit Blick auf den Wannsee. Sie ist eine von 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten, die am Seminar „Politik, Macht, Moral“ teilnehmen. Geleitet wird die Veranstaltung von Dr. Christoph von Hehl, Leiter der Berufsorientierung und Berufsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer kennen sich noch nicht, aber eines verbindet sie alle: Sie sind in besonderem Maße politisch engagiert – entweder bereits mit Funktionen in der Partei, als kommunale Mandatsträgerinnen und -träger oder mit Potenzial dazu.

„Schnell ist uns klar: Wir haben viele Gemeinsamkeiten, was direkt für Vertrauen sorgt“, sagt Florentin Siegert, Orts- und Fraktionsvorsitzender der CSU Hirschau. Eine wichtige Bedingung, um über Schwächen sprechen zu können. Paula, die nicht mit echtem Namen genannt werden möchte, nutzt den geschützten Raum, um sich zu öffnen: „In meinem Alltag kommt es häufig zu Konflikten, die mich belasten. Wie sehr ich mich auch bemühe, ich kann nicht allen Erwartungen gerecht werden.“

Rolf Kauke ist erfahrener Führungskräfte-Coach und Trainer des Seminars. Er erklärt, dass Konflikte im politischen Alltag unvermeidlich sind und auf vier Ebenen vorkommen

1. Intergruppenkonflikte: Wenn Paula am Vormittag ihren Chef unterstützt, einen Vorschlag in die Bundestagsdebatte einzubringen, werden andere Fraktionen gegen den Vorschlag sein. 2. Interpersonale Konflikte: Bespricht Paula am Mittag mit ihrem Vorstandskollegen der örtlichen CDU die nächste Mitgliederkampagne, hat dieser mitunter andere Vorstellungen. 3. Intragruppenkonflikte: Am Nachmittag stellt Paula als Fraktionsvorsitzende im Rathaus ihrer Stadt fest, dass es in der eigenen Fraktion Streitpunkte gibt. 4. Intrapersonale Konflikte: Wenn sie sich abends erschöpft zu ihrem Freund auf die Couch setzt, hat Paula ein schlechtes Gewissen, so wenig Zeit für ihn zu haben.

„Konflikte gibt es nicht nur auf vier Ebenen, sie speisen sich auch aus einer Vielzahl von Paradoxien“, erklärt Kauke. „Ganz typisch dafür ist das Spannungsverhältnis zwischen in Erscheinung treten versus sich zurücknehmen.“ Paula kennt das aus eigener Erfahrung. Als Teil der Generation Z wünscht sie sich eine konsequentere Digitalpolitik: Soll sie das offensiver vertreten, auch wenn das nicht allen Parteikolleginnen und -kollegen passt? Oder sich taktisch erst einmal zurücknehmen? Weitere wichtige Paradoxien kommen hinzu: Individualität versus Gemeinschaft, Autonomie versus Unterordnung sowie aufgabenorientierte versus beziehungsorientierte Kommunikation. „Für diese Paradoxien gibt es kein Patentrezept, aber sie zu kennen, hilft mir bereits“, sagt Paula.

In der Politik wird man immer wieder kritisiert – auch bei guter Arbeit. Daher ist für Paula eine Strategie aus dem Seminar besonders wichtig: „Ich habe besser gelernt, zwischen meiner eigenen Person und meiner Funktion zu unterscheiden. Wenn ich als Stadtratsmitglied verbal attackiert werde, wird die Stadträtin Paula in ihrer Rolle angegriffen und nicht

Paula als Privatperson. Ich brauche das also nicht persönlich nehmen. Für mich ist darüber hinaus klarer geworden, welche Werte für mich in Zukunft wichtig sein werden und wie ich mit Herausforderungen und meiner Verantwortung umgehen will.“

In den Abendstunden hört man aus den Tagungsräumen entspanntes Lachen, das Klirren von Weingläsern und angeregte Gespräche. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigen sich gegenseitig, Verantwortung zu übernehmen – sei es im Kreisvorstand innerhalb der Partei, bei der Kandidatur um politische Mandate oder öffentliche Ämter.

Der letzte Seminartag setzt bewusst einen Kontrast. Er steht im Zeichen der Exkursion zum Strafgefängnis Berlin-Plötzensee. Es ist ein grauer und regnerischer Tag. Paula zittert in der eisigen Kälte. An diesem Ort wurden in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Diktatur mehr als 2.800 Menschen hingerichtet. Einige Sträflinge waren nur so alt wie Paula, als ihre Leben willkürlich ausgelöscht wurden. Dieser Ort macht den Stipendiatinnen und Stipendiaten bewusst, wohin eine inhumane Politik ohne ein Mindestmaß an moralischer Integrität im Extremfall führen kann. Und wie wichtig es ist, sich politisch zu engagieren, damit sich solch ein Unrecht niemals wiederholt.

Einige Wochen nach dem Seminar sitzt Paula in ihrem warmen Arbeitszimmer, auf dem Bildschirm sieht sie 19 bekannte Gesichter. Gemeinsam reflektieren sie, wie sich ihr Alltag durch das Seminar verändert hat. Plötzlich klingelt Paulas Handy. Ihr Fraktionskollege ruft an, obwohl sie doch

erst morgen über eine strittige Abstimmung diskutieren wollten. Früher hätte Paula den Anruf sofort angenommen – das weiß ihr Fraktionskollege. Aber heute entscheidet sie: Ich nehme den Konflikt jetzt nicht an. Das ist eine bewusste Musterunterbrechung – eine von vielen Strategien, die Paula in dem Seminar gelernt hat.

„In der Politik
wird man immer
wieder kritisiert –
auch bei guter
Arbeit.“

* Der Name wurde geändert.



Religion im russischen Angriffskrieg

Text von
Richard Ottinger

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist kein Religionskrieg, aber religiöse Elemente spielen auf beiden Seiten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Mittelpunkt stehen das kirchenpolitische Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland, das imperialistische Konzept der „Russischen Welt“ (*Ruski Mir*) sowie die religions- und sicherheitspolitischen Folgen für Deutschland. Bereits vor Kriegsbeginn nahm sich die Konrad-Adenauer-Stiftung des Themas an.

Die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine wird durch verbale Schützenhilfe seitens der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) begleitet. Die ROK versteht die Ukraine und Belarus als ihr kirchliches Territorium. Der Patriarch von Moskau, Kyrill I., spricht von „Kräften des Bösen“ in der Ukraine, erhebt den Vorwurf der Christenverfolgung und legitimiert den Krieg Russlands durch seinen Segen. Besonders ist diesmal, dass sich Russlands Aggressionen auch gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) wenden, die zum Moskauer Patriarchat gehört. Folgende Beispiele zeigen auszugsweise die Arbeit der Stiftung im Bereich religiöser Kriegspropaganda und die Folgen für Deutschland.

Komplexe religionspolitische Vorgeschichte

In der von Professor Thomas Bremer für die Konrad-Adenauer-Stiftung verfassten Studie *Schisma mit Folgen. Der ukrainische Kirchenkonflikt und seine globalen Auswirkungen* wurde die komplexe religionspolitische Vorgeschichte des russischen Angriffskrieges detailliert beschrieben. Die ROK protestierte bereits, als 2019 gegen ihren Willen die eigenständige (autokephale) Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) errichtet wurde. Seitdem ist die internationale Gesamtorthodoxie gespalten, da die ROK einseitig die Kirchengemeinschaft mit allen Kirchen beendete, welche die neu gegründete Nationalkirche der Ukraine anerkannten. Dies hatte auch in Deutschland Folgen, da Anhängerinnen und Anhänger der ROK die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland verließen und somit zum Beispiel bildungspolitische Fragen zum christlich-orthodoxen Religionsunterricht nicht weiterbearbeitet werden konnten.

Putins heiliger Krieg

Die Publikation mit dem Titel *Putins heiliger Krieg* beleuchtet die religiösen Bezüge der ideologisch verfestigten Gedankenwelt Putins. Im Mittelpunkt steht die Vorstellung einer spirituellen Einheit des (groß-)russischen Raumes, die sogenannte Kiewer Rus. Historisch geht die auch als Heilige Rus bezeichnete Weltanschauung auf das mittelalterliche Bündnis slawischer Fürstentümer zurück, das in der russischen Historiografie nicht nur als direkter Vorläufer des heutigen Russlands, sondern auch als Ursprungsort der Russisch-Orthodoxen Kirche beschrieben wird. Der kirchliche Territorialanspruch, der das heutige Russland, Belarus und die Ukraine umfasst, ist somit deckungsgleich mit den Territorialansprüchen der aktuellen russischen Regierung. Putin greift dieses Weltbild immer wieder auf und leugnet die nationale Eigenständigkeit der Ukraine, indem er sie als Teil des geschichtlichen, kulturellen und spirituellen Raums Russlands bezeichnet. In dem Text finden sich bereits die Grundelemente, mit denen sich die Stiftung im Kontext der religiösen Kriegspropaganda für den Rest des Jahres beschäftigte.

Die Russki-Mir-Ideologie

Durch intensive Netzwerkarbeit wurde bereits 2021 ein Zugang zu der Expertengruppe im Bereich Orthodoxie, Ostkirchen und Postsowjetstaaten gefunden und im Zuge dessen die Fachgesprächsreihe „Ostkirchen und Orthodoxie“ etabliert. Ziel war und ist es, mit einer limitierten Anzahl von Personen in vertraulicher Runde religiöse Aspekte des russischen Angriffskrieges zu diskutieren. Besonders stach der Vortrag des Ostkirchenkundlers Reinhard Flogaus zum Thema *Russki Mir* (Russische Welt) hervor. In der sich anschließenden interdisziplinären Diskussion wurde klar, dass die Ideologie der *Russki Mir* ein diffuses Konzept darstellt, aber gerade deshalb für das russische Regime so gut instrumentalisierbar ist. Es bedient durch die Vereinigung von angeblicher Bedrohung durch die USA, Einheit der russischen Kultur und Sakralisierung des Gebietes der *Kiewer Rus* gegen den vermeintlichen Werteverfall der westlichen Welt viele Identitätselemente der russischen Föderation.

Internationale Vernetzung und Bündelung von Stiftungsressourcen

Die Beschäftigung mit einem sich über mehrere Länder erstreckenden Thema führte ganz natürlich zu einer engen Zusammenarbeit mit den entsprechenden Auslandsbüros der Stiftung. Besonders eindrücklich war etwa die durch das Auslandsbüro Belarus ins Leben gerufene Webinar-Serie „Inside ‚Russkij Mir‘ – The ideology that drives Putin“ und die vom Auslandsbüro Ukraine organisierte „Delegationsreise von Repräsentanten von Religionsgemeinschaften der Ukraine“ nach Berlin und Brüssel, deren Berichte aus den Kriegsgebieten und Ruf nach internationaler Hilfe bewegend war. Ein weiteres Highlight der internationalen Kooperation war das religionspolitische Fachgespräch „Politisierung von Religion im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Folgen für Deutschland“ in Cadenabbia. Hier wurde unter anderem die Rolle der Russlanddeutschen thematisiert, die in den Medien häufig als monolithische Gruppe und zu Unrecht als natürliche Empfängerinnen und Empfänger russischer Propaganda dargestellt wurden. In den Diskussionen wurde einmal mehr deutlich, wie sehr sich die Think-Tank-Arbeit und die Auslandsexpertise der Stiftung gegenseitig bereichern.

Mehr zum Thema:

Putins heiliger Krieg
www.kas.de/putins-heiliger-krieg

Schisma mit Folgen. Der ukrainische Kirchenkonflikt und seine globalen Auswirkungen
www.kas.de/unabhängigkeit-ukrainisch-orthodoxen-kirche

Wahlkampfzeit ist Diskussions- zeit

Text von Dominik Hirndorf
und Jochen Roose

Wahlwerbung und Diskussionen unter Wahlberechtigten im Wahlkampf 2021 – eine repräsentative Umfrage

Wie haben die Menschen den Wahlkampf 2021 wahrgenommen? Welches Medium hat die Wahlberechtigten erreicht und welche Rolle spielt Social Media dabei? Zwei Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung geben auf Basis einer repräsentativen Umfrage Aufschluss.

Plakate kleben, Wahlkampfstände aufbauen, Haustürwahlkampf und in der Mittagspause schnell noch einen Wahlwerbepost für die sozialen Netzwerke abschicken. Wahlkampf ist für die Parteien und ihre Mitgliedschaften in erster Linie harte Arbeit. Dabei stellt sich die berechtigte Frage: Lohnt sich das überhaupt? Was nehmen die angesprochenen Wählerinnen und Wähler wahr?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in einer repräsentativen Umfrage unmittelbar nach der Bundestagswahl 2021 erhoben, von welchen Parteien die Menschen welche Art von Wahlwerbung erinnern.

Das Ergebnis lautet knapp: Sie erinnern ziemlich viel. Praktisch niemand entgeht der Wahlwerbung der Parteien. Rund 92 Prozent der Wahlberechtigten haben nach eigenen Angaben mindestens ein Wahlplakat gesehen, zwei Drittel einen Brief mit

Wahlwerbung erhalten und 57 Prozent einen Straßenstand für Wahlwerbung wahrgenommen. An Wahlwerbung in sozialen Medien kann sich immerhin ein Drittel erinnern und immerhin rund jede siebte Person hat Besuch bekommen und wurde an der Haustür oder dem Gartenzaun mit Wahlwerbung angesprochen.

Wenig überraschend: Wahlwerbung von den großen Parteien wird häufiger erinnert als von den kleineren. Union und SPD blieben mit ihrer Wahlwerbung am häufigsten in Erinnerung, gefolgt von den Grünen. Nicht nur beim Wahlergebnis, auch bei der erinnerten Wahlwerbung stießen die Grünen vom sechsten auf den dritten Platz vor.

Die Politisierung im Straßenbild, in Fernsehen und Tageszeitungen schlägt sich auch zu Hause am Küchentisch nieder: Die Zahl der Paare, die sehr oft über Politik diskutieren, hat sich im Vergleich zur Nicht-Wahlkampfzeit 2019 mehr als verdoppelt. Auch im Freundes- und Bekanntenkreis wurde nun öfter über politische Themen gesprochen. Dabei diskutieren die Menschen dort sogar mehrheitlich mit einer Person, bei der sie eine andere Parteipräferenz als bei sich selbst vermuten. Es zeichnet sich das Bild einer lebendigen Demo-

kratie ab, in der Menschen über Parteigrenzen hinweg Argumente austauschen und über den richtigen Kurs einer neuen Regierung diskutieren.

Ein weiteres Forum des Wahlkampfes ist das Internet. Über drei Viertel der Wahlberechtigten lesen politische Inhalte im Netz und etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten setzt sich in sozialen Netzwerken aktiv mit Politik auseinander. Sie verbreiten eigene Inhalte oder lesen, liken und teilen politische Beiträge. Besonders aktiv sind dabei die Parteianhängerschaften der AfD und der Linken. Genutzt werden von den Social-Media-affinen Wahlberechtigten – altersabhängig – vor allem die Plattformen Facebook und Instagram. Je nach Parteianhängerschaft kommen weitere Plattformen dazu (Grüne: Twitter, AfD: Telegram).

Trotz – oder gerade aufgrund – des Wahlkampfes ist den Wählerinnen und Wählern die Entscheidung nicht leichtgefallen. Während sich die Hälfte der Wahlberechtigten bereits mehrere Monate vor der Wahl für eine Partei entschieden hatte, legte sich ein Drittel erst kurzfristig in den letzten Wochen und Tagen fest.

Offen war die Wahlentscheidung aber bei deutlich mehr Menschen.

68 Prozent hätten sich vorstellen können, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen. 44 Prozent haben in den letzten sechs Wochen vor der Bundestagswahl in ihrer Entscheidung geschwankt. Dies gilt häufiger für jene, die sich spät entschieden haben. Es ist aber auch bei jenen zu finden, die sich eigentlich langfristig festgelegt haben.

Große Freude bereitet der Wahlkampf durchweg nicht. Nur ein Drittel stimmt der Aussage zu, der Wahlkampf sei für sie interessant gewesen. Eine Mehrheit meint, keine der Parteien habe sie richtig überzeugt.

Doch das lässt sich auch als Erfolg des Wahlkampfes sehen. Die Wahlberechtigten setzen sich mit Politik auseinander. Die vielfältige Wahlwerbung, die Gesichter, Positionen und Argumente regen zu Diskussionen an, die Menschen überlegen sich ihre Stimmabgabe. Der Wahlkampf wirkt. Dabei finden viele nicht die perfekte Repräsentation ihrer Vorstellungen. Wie sollte das angesichts einer überschaubaren Anzahl von Parteien und Kandidatinnen beziehungsweise Kandidaten auch immer gelingen? Sie nehmen aber die politischen Angebote breit wahr, diskutieren sie und treffen eine Entscheidung. Für den Wahlkampf ist das ein beachtlicher Erfolg.

Mehr zum Thema:

„Wir müssen reden!“ – Politische Diskussionen im Wahlkampf
www.kas.de/politische-diskussionen-im-wahlkampf

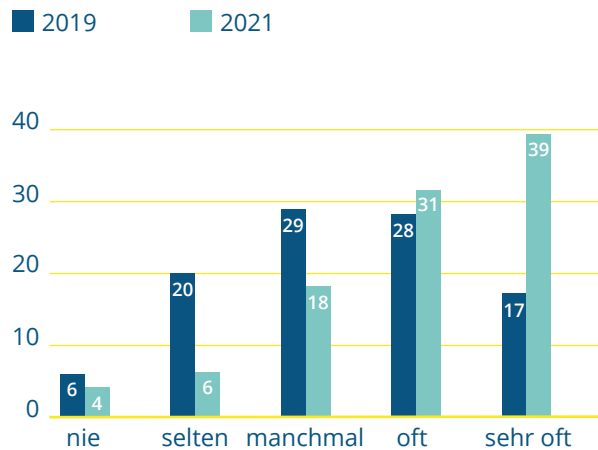
Ich sehe was, was du nicht siehst: Wahlwerbung
www.kas.de/umfrage-wahlwerbung-2021

Quellen

1. Umfragen 1009 und 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019 und 2021. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
2. Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021. Angaben in Prozent. Da Mehrfachnennungen möglich waren, liegt die Summe innerhalb der Parteihängerschaften bei über 100 Prozent.
3. Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021. Angaben in Prozent.

1

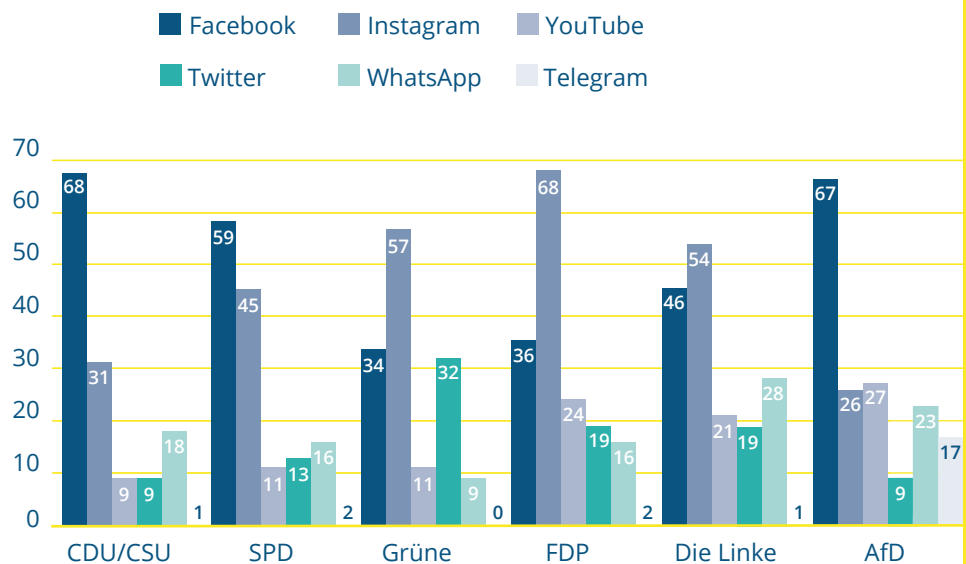
Häufigkeit von Gesprächen über politische Themen in der Partnerschaft



2

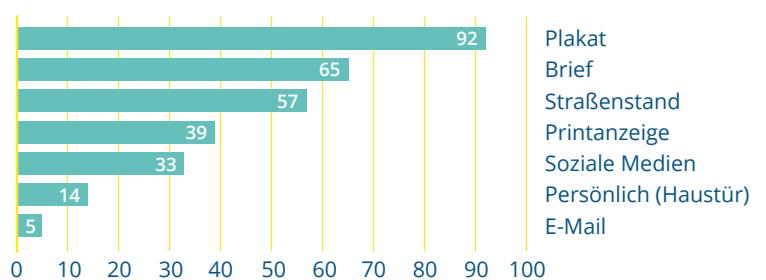
Nutzungsanteile sozialer Medien nach Parteipräferenz

Hier: Nur Befragte, die die politische Nutzung von mindestens einem sozialen Medium angeben; Mehrfachnennung möglich

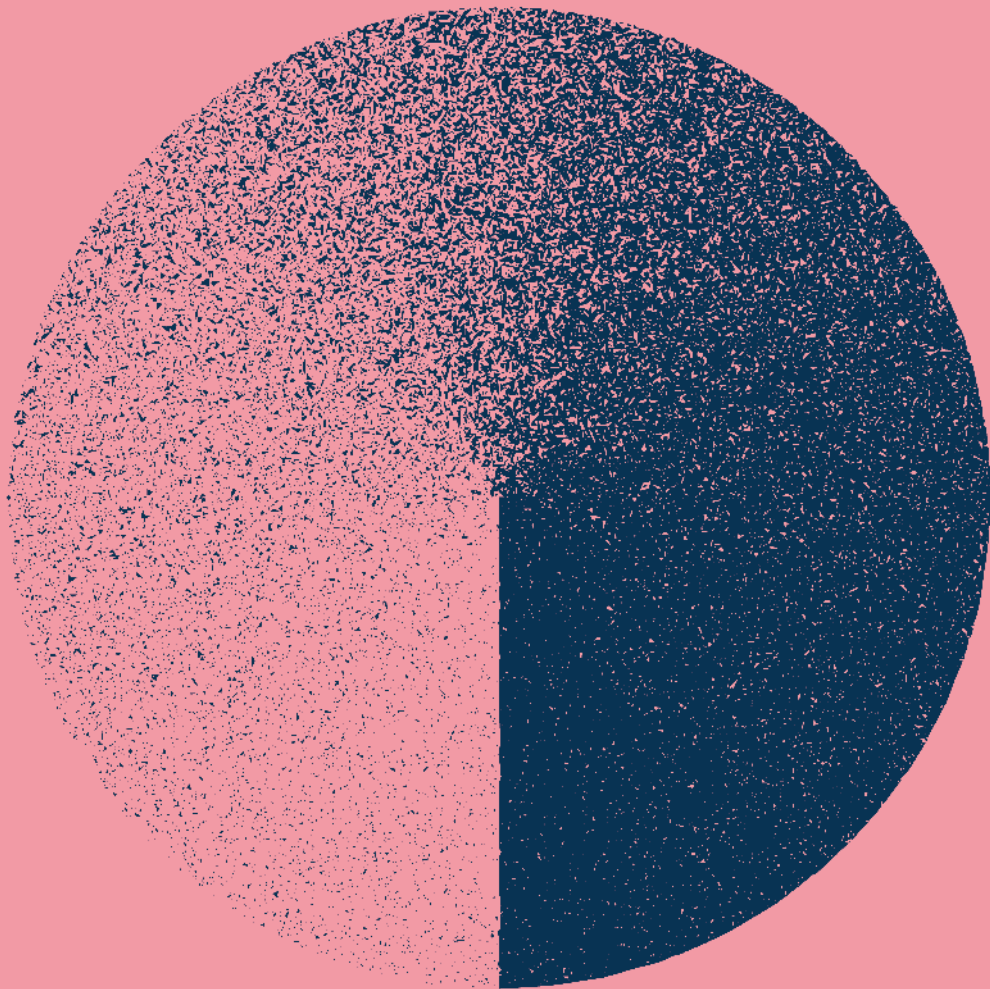


3

Wahrnehmung von Wahlkampfkommunikation nach Kommunikationskanal



Besondere Jahrestage



5



1

Geburtsstunde der europäischen Integration

Text von
Philip Rosin

Vor 70 Jahren wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Dies nahm die Abteilung Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Anlass, um am 21. November 2022 auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen eine Fachkonferenz zu organisieren, die von der RAG-Stiftung gefördert wurde.

Am Beginn der europäischen Integration stand der Energiesektor. Im Jahr 1952 nahm die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), bekannter unter der Bezeichnung „Montanunion“, ihre Arbeit auf. Zwei Jahre zuvor, genauer gesagt am 9. Mai 1950, hatte der französische Außenminister

Robert Schuman in einer aufsehenerregenden Pressekonferenz den in der Folge nach ihm benannten Plan präsentiert, der eigentlich auf den europäischen Vordenker Jean Monnet zurückging. Er sah im Kern die Errichtung einer Behörde zur Schaffung eines gemeinsamen deutsch-französischen Marktes für Kohle und Stahl vor und lud weitere europäische Länder zur Teilnahme ein. Nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Vorstellung einer deutsch-französischen Kooperation revolutionär. In der Erklärung hieß es: „Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk

muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. [...] Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“

Konrad Adenauer, von Schuman im Vorfeld unterrichtet, signalisierte sogleich grundsätzliche Zustimmung, hegte er doch selbst seit Langem die Vision einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und Frankreich. Zugleich verfolgten beide Seiten mit der Umsetzung des Schuman-Plans eigene Interessen. Frankreich ging es im sich zuspitzenden Kalten Krieg darum, die eigene Machtstellung innerhalb des Westens zu festigen und als Besatzungsmacht noch möglichst lange Einfluss auf die Geschehnisse in Westdeutschland zu behalten. Adenauer wiederum wollte die noch ungeklärte „Saarfrage“ offenhalten und zudem den damals noch zahlreichen Kritikerinnen und Kritikern an seinem Kurs der Westintegration entgegentreten. Im Kern jedoch sehen wir im Rückblick den Beginn der erfolgreichen Adenauer'schen Strategie des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht, um Schritt für Schritt die Bestimmungen des Besatzungsstatuts zu überwinden und der jungen Bundesrepublik mehr eigene Handlungsfreiheit zu verschaffen.

Insofern war es für Adenauer ein bedeutender politischer Erfolg, als er nach mehrmonatigen Verhandlungen im April 1951 nach Paris reisen konnte, es war seine erste Auslandsreise als Bundeskanzler und in Personalunion Außenminister, um seine Unterschrift unter den EGKS-Vertrag zu setzen. Der deutsche Bundeskanzler auf dem diplomatischen Parkett im Kreise der Vertreterinnen und Vertreter anderer europäischer Staaten bei der Unterzeichnung eines gemeinsamen Vertrages – die Symbolkraft dieser Bilder im In- und Ausland war unbestreitbar, handelte es sich nur sechs Jahre nach Kriegsende mitnichten um diplomatische Routine.

Auch der Inhalt des EGKS-Vertrags war im Grunde revolutionär, denn er enthielt mit der Schaffung einer gemeinsamen Hohen Behörde als dem wichtigsten Gremium der EGKS erstmals supranationale Strukturen, wie sie uns heute in der EU vertraut vorkommen mögen. Als weitere Organe wurden ein Ministerrat, ein Gerichtshof und eine Parlamentarische Versammlung geschaffen. Die institutionellen Umrisse der späteren Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise Union waren hier schon deutlich zu erkennen. Die Gründung der Montanunion bedeutete die Geburtsstunde des europäischen Integrationsprozesses.

In einer Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 10. Mai 1951 hatte Adenauer die Bedeutung des EGKS-Vertrags bereits hellsichtig zusammengefasst: „Der Schumanplan wird für uns, für Europa von größter Bedeutung sein. Wir werden dadurch einen Markt für 150 Millionen Menschen schaffen. Wir werden frei werden vom Ruhrstatut, und die Stahlquote wird nicht mehr beschränkt sein. Auf dem Gebiete der Kohle und des Eisens werden wir in Europa gleichberechtigt sein. Die SPD ist blöd, wenn sie diesen Plan eine Verlängerung des Besatzungsregimes auf 50 Jahre nennt. Auch die Saarfrage wird über den Schumanplan zu einer besseren Lösung geführt. Das Endziel muß sein, das Saarvolk selbst entschei-

den zu lassen. Kohle und Eisen der Saar wird durch den Schumanplan europäische Kohle und europäisches Eisen.“

Der Kanzler sollte recht behalten. 1955 stimmte eine große Mehrheit der Saar-Bevölkerung für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik. Adenauer gelang es, für die „Saar-Frage“ eine befriedigende Lösung zu finden, ohne dass der noch junge Europagedanke Schaden nahm. Ganz im Gegenteil: 1957 wurden in Rom die Verträge zur Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Mehr zum Thema:

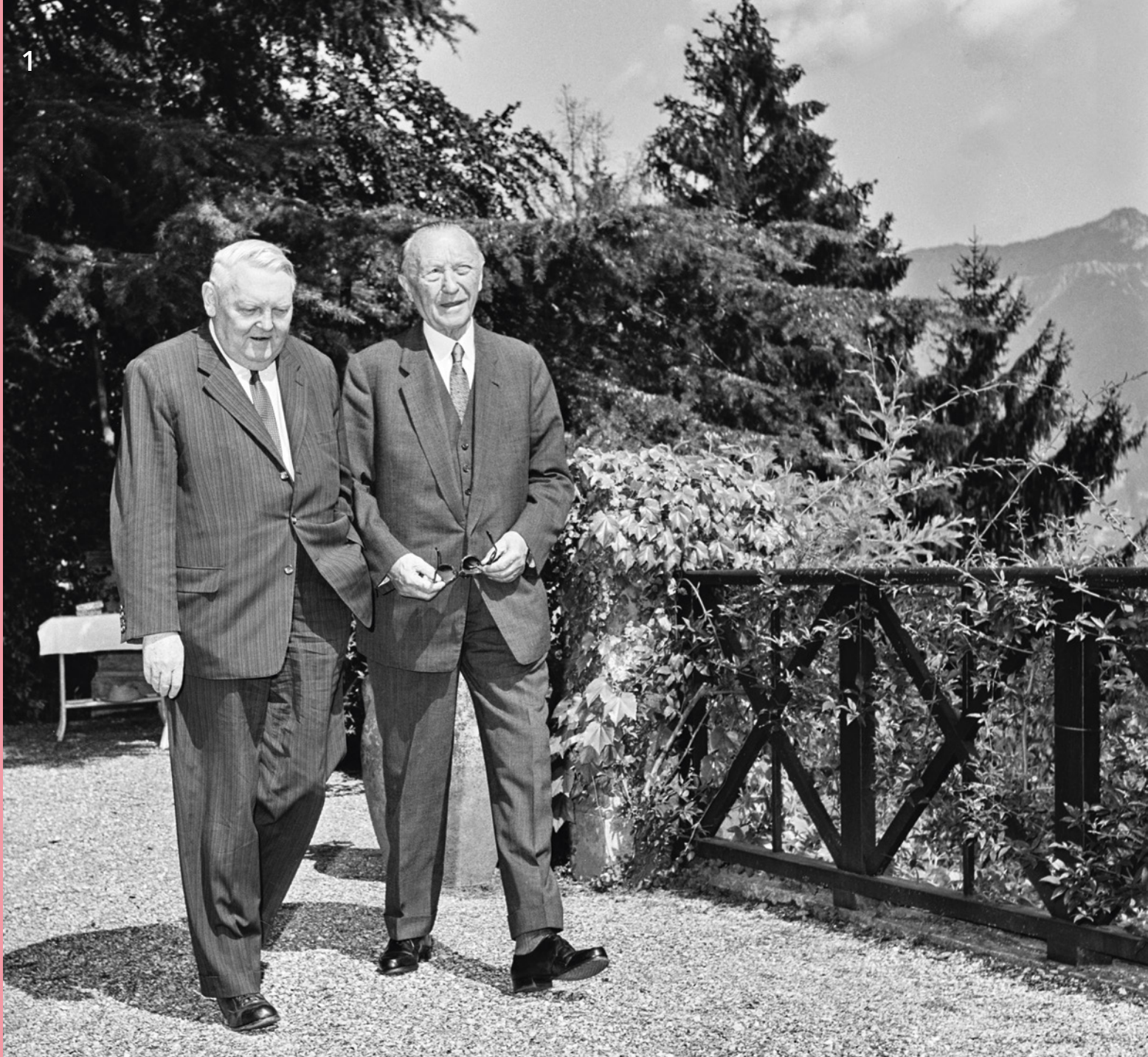
Energiepolitik in der Ära Adenauer
www.konrad-adenauer.de/seite/energiepolitik/

Kalendariumseintrag: Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der EGKS
www.kas.de/gruendung-der-egks



1. Unterzeichnung des EGKS-Vertrages am 18. April 1951 in Paris durch die Außenminister Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und der Benelux-Staaten; in der Bildmitte Robert Schuman und Konrad Adenauer.

2. Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Die Montanindustrie und die deutsch-französischen Beziehungen seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ am 21. November 2022 auf Zeche Zollverein in Essen.



1. Ludwig Erhard und Konrad Adenauer auf einem gemeinsamen Spaziergang.

2. Der frühere Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann (l.) und Prof. Roland Koch (r.) in der Aula der Universität zu Köln.



125 Jahre Ludwig Erhard

Ein aktueller Blick auf die Soziale Marktwirtschaft

Text von Georg Schneider und Wolfgang Tischner

Am 4. Februar 2022 feierten wir den 125. Geburtstag von Ludwig Erhard. Der langjährige Wirtschaftsminister Konrad Adenauers und spätere Bundeskanzler gab noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland den entscheidenden Impuls zur „Wirtschafts- und Währungsreform“. Damit initiierte und begleitete er maßgeblich den Weg zur Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ermöglicht Deutschland ein beispielloses Maß an Prosperität und Stabilität – bis heute.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dieses Erhard-Jubiläum als Ausgangspunkt für zahlreiche Veranstaltungen genutzt – von Bremen und Hannover über Thüringen bis nach Süddeutschland und mit einem Schwerpunkt an Erhards alter Wirkungsstätte in Bonn. Prof. Dr. Lars P. Feld – selbst lange Jahre Symbol ordnungspolitischer Stabilität im Sachverständigenrat – machte den Anfang zu Adenauers Geburtstag am 5. Januar: Eine Anpassung der Sozialen Marktwirtschaft an sich wandelnde ökonomische Herausforderungen und gesellschaftliche Wandlungsprozesse sei schlicht notwendig. Doch dürfe man gerade hier feststellen, „dass der Grundsatz, der mit der Sozialen Marktwirtschaft formuliert worden ist, genau diese Anpassungsfähigkeit liefert und deswegen auch keine Änderung benötigt, nämlich: erstens das Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung, zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, und zweitens das Bekenntnis dazu, dass der Staat die Rahmenbedingungen setzen sollte, unter und mit denen die Wirtschaftsteilnehmer ihre Entscheidungen frei treffen können.“

Einen Veranstaltungsschwerpunkt im Jubiläumsjahr bildete eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit der Ludwig-Erhard-Stiftung. Zu Jahresbeginn waren bereits drei webbasierte Abendformate geplant worden mit Themen, deren ökonomische Brisanz sich durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kurz darauf nochmals verstärken sollte: funktionierender Weltmarkt, Zukunft des Mittelstandes sowie Inflation und Nachhaltigkeit in Geldpolitik und Finanzwirtschaft.

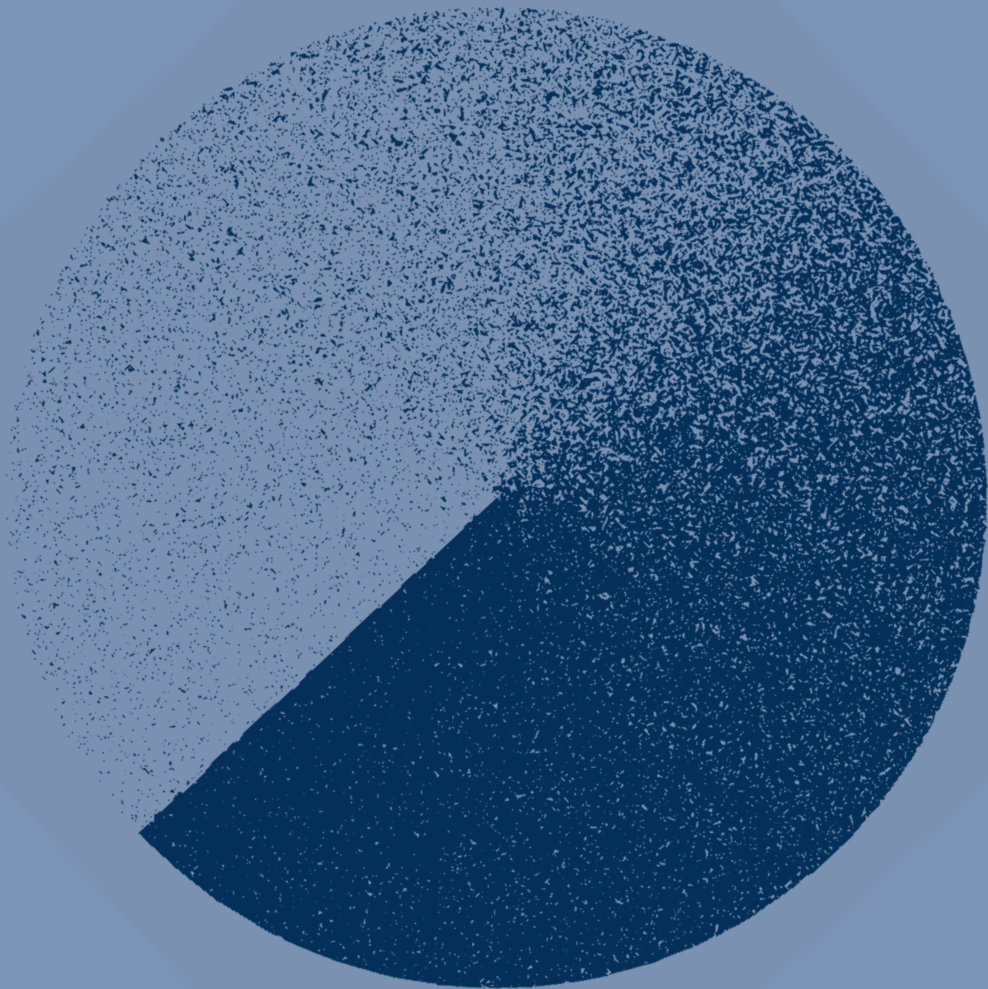
Grenzenlos heißt nicht regellos. Unter diesem Motto verdeutlichten wir zunächst unter Beteiligung der BASF, des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft und des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, warum Außenhandel grundsätzlich freiheits- und wohlfördernd wirkt – und warum man sich dringend mehr Gedanken um die Diversifizierung der Lieferketten machen muss. Ganz praxisorientiert sprachen wir zudem mit der Unternehmerin Larissa Zeichhardt (Berlin), der MIT-Vorsitzenden Gitta Connemann MdB, der Regionalentwick-

lung OstWestfalenLippe GmbH und dem – von Erhard selbst in Bonn mit ins Leben gerufenen – Institut für Mittelstandsforschung über konkrete Lösungsansätze, um die anstehenden Transformationen im Mittelstand bewältigen zu können – von der Unternehmensnachfolge über die Digitalisierung und Entbürokratisierung bis hin zur erheblichen Steuerlast in Deutschland. Und schließlich standen Inflation und Fragen der Nachhaltigkeit bei den Finanzmärkten im Zentrum eines deutsch-schweizer Austausches zwischen Gästen der DeKa-Bank (Frankfurt), der Baloise Asset Management (Zürich) und dem Institut der deutschen Wirtschaft (Köln).

Die Geldpolitik im Spannungsfeld von kurzfristigen politischen Begehrlichkeiten und langfristiger Preisstabilität stand schließlich im Fokus der Veranstaltung Ludwig-Erhard-Lecture 2022. Diese organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und dem einst von Ludwig Erhards Staatssekretär Alfred Müller-Armack selbst mitinitiierten Institut für Wirtschaftspolitik (Köln) in der Aula der Universität zu Köln. Rund 350 Menschen hatten sich zu dem Vortrag des früheren Bundesbankpräsidenten Dr. Jens Weidmann angemeldet, der ergänzt wurde durch Prof. Dr. h.c. Roland Koch und Prof. Michael Krause, Ph.D. Auch hier wurde deutlich, warum die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gebraucht wird: Solange die Geldpolitik ihren auf Stabilität ausgerichteten Kompass nicht verliert und sich klar und glaubwürdig dazu bekennt, kann sie sich selbstbewusst den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Ebenfalls in Kooperation mit der Ludwig-Erhard-Stiftung wurde im Juli in Berlin das alljährliche Ludwig-Erhard-Kolloquium durchgeführt, das als Fachtagung Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Finanzfachleute sowie Vertreterinnen und Vertreter der Politik vereint. Thema der diesjährigen Veranstaltung war anlässlich von Erhards 125. Geburtstag die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Eingeleitet von Prof. Dr. Norbert Lammert und Prof. Dr. Roland Koch, den Vorsitzenden beider Stiftungen, diskutierten der profilierte Erhard-Kenner Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Ordinarius in Siegen, unter anderem mit der EU-Handelsbeauftragten Sabine Weyand und dem Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung Christoph Brand (in seiner Funktion als langjähriger Manager) die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft in einer sich rapide verändernden Weltwirtschaft.

Namen, Daten, Fakten



6

Vermögensrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

Aktiva	31.12.21 €	31.12.20 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände, gel. Anzahlungen	852.300,00	350
Sachanlagen	50.014.891,39	49.783
Finanzanlagen	17.342,08	17
B. Sondervermögen	6.638.613,48	6.604
C. Umlaufvermögen		
Vorräte	58.551,08	58
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	3.145.396,95	4.825
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	43.879.285,58	43.037
D. Rechnungsabgrenzungsposten	315.793,22	37
Bilanzsumme	104.922.173,78	104.711
Passiva		
A. Eigene Mittel	5.408.539,03	5.359
B. Rücklagen	2.379.561,22	2.594
C. Zweckgebundene Fonds	1.910.783,63	1.945
D. Zuschüsse zur Anlagenfinanzierung	50.669.341,05	49.931
E. Andere Verbindlichkeiten	19.287.978,51	19.746
F. Rechnungsabgrenzungsposten	25.265.970,34	25.136
Bilanzsumme	104.922.173,78	104.711

Dieser Jahresabschluss wurde von der BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bescheinigt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. veröffentlicht ihre
Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung
sowie den vollständigen Text der Bescheinigung der
Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung
sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet
(www.ebundesanzeiger.de).

Ertrags-/Aufwandsrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

Zuwendungen und Zuschüsse	2021	2020
	€	Tsd. €
Zuwendungen des Bundes	214.035.932,68	186.399
Zuwendungen der Länder und Kommunen	3.417.465,08	3.300
Sonstige Zuwendungen	5.292.229,11	4.909
	222.745.626,87	194.608
Erträge aus Fonds	234.269,83	329
Spenden	154.684,70	785
Teilnehmergebühren	413.709,55	354
Andere Einnahmen	978.764,53	875
Projektausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	127.227.985,94	103.950
Nationale Maßnahmen	32.583.633,47	30.280
	159.811.619,41	134.230
Ausgaben Fonds	185.899,90	205
Personalausgaben	47.042.138,43	44.594
Sächliche Verwaltungsausgaben	12.554.183,48	14.065
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	4.115.520,66	2.282
Zuwendungen an andere Stiftungen	967.000,00	967
Übrige Ausgaben	60.615,80	125
Abschreibungen auf Sachanlagen	3.201,00	6
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	-213.123,20	477
Entnahmen aus Rücklagen	864.085,05	632
Einstellungen in Rücklagen	633.513,69	1.093
Ergebnis der Vermögensrechnung	17.448,16	16

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung der vorstehenden Jahresrechnung noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2021:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

Stand	31.12.2021	31.12.2020
Mitarbeiter Inland	663	659
Mitarbeiter Ausland	115	106
insgesamt	778	765
Auszubildende	14	6

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landesparteiorgane oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 23 Mitgliedern* (22 Mitglieder, 1 Ehrevorsitzender) sind:

- 4** Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 4** Mitglieder des Bundesparteiorgans
- 18** ohne o. a. Führungsfunktion

* Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

Gesamtübersicht

der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

Einnahmen	2023 (Soll)*	2022 (Soll)
	Tsd. €	Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
Bund	218.646	207.304
Länder	3.385	3.354
Sonstige	7.125	6.467
	229.156	217.125
Fonds / Spenden	402	414
Teilnehmergebühren	967	1.013
Sonstige Einnahmen	841	841
Einnahmen Gesamt	231.366	219.393
Ausgaben		
Projektausgaben		
Förderung von Studenten und Graduierten	27.839	27.256
Tagungen und Seminare	7.395	7.129
Internationale Zusammenarbeit	119.092	114.261
Forschungsprojekte	784	766
Förderung von Kunst und Kultur	503	503
Sonstige Projektausgaben	3.111	3.245
	158.724	153.160
Personalausgaben (Inland)	47.814	47.758
Sächliche Verwaltungsausgaben		
Geschäftsbedarf	5.640	5.738
Gebäudeaufwand	4.739	4.746
Sonstige Verwaltungsausgaben	2.806	2.531
	13.185	13.015
Übrige Ausgaben	8.976	1.601
Ausgaben für Investitionen	2.667	3.859
Ausgaben Gesamt	231.366	219.393

* Haushalt 2023, Stand vom 25. November 2022

Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;

- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

www.kas.de/gemeinsame_erklaerung

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



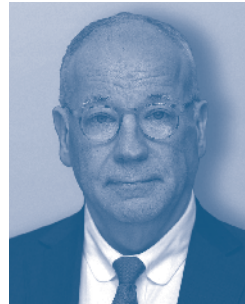
Vorsitzender
Prof. Dr. Norbert Lammert
Bundestagspräsident a. D.



Generalsekretär
Michael Thielen



Ehrenvorsitzender
Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.



Schatzmeister
Dr. Christoph Brand



Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Beate Neuss
Stellvertretende Vorsitzende



Stellvertretende Vorsitzende
Hildigund Neubert
Staatssekretärin a. D.
Stellvertretende Vorsitzende



Stellvertretender Vorsitzender
Hermann Gröhe MdB
Bundesminister a. D.
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Stellvertretender Vorsitzender

Dieter Althaus

Ministerpräsident a. D.
Vizepräsident Governmental
Affairs MAGNA Europa

Tanja Gönner

Hauptgeschäftsführerin des
Bundesverbands der
Deutschen Industrie

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Präsident der Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Annegret Kramp-Karrenbauer

Bundesministerin der
Verteidigung a. D.

Volker Kauder

Vorsitzender des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung

Armin Laschet MdB

Ministerpräsident a. D.

Dr. Angela Merkel

Bundeskanzlerin a. D.

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands
und Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Hildegard Müller

Staatsministerin a. D.
Präsidentin des Verbandes der
Automobilindustrie

Prof. Dr. Andreas Rödder

Professor für Neueste Geschichte an
der Johannes-Gutenberg-Universität
Mainz

Prof. Dr. Jürgen Rüttgers

Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender des Kuratoriums Stiftung
Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Dr. Wolfgang Schüssel

Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

Präsident der Kunststiftung NRW

Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Ministerin für Inneres,
ländliche Räume, Integration und
Gleichstellung des Landes
Schleswig-Holstein,
Vorsitzende der Hermann Ehlers
Stiftung e. V.

Klaus Welle

Generalsekretär des Europäischen
Parlaments

Prof. Dr. Birgitta Wolff

Professorin für Allgemeine BWL,
Rektorin der Bergischen Universität
Wuppertal

Ständige Gäste

Mario Czaja MdB

Generalsekretär der CDU Deutschlands

Thorsten Frei MdB

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Christoph Hoppe

Bundesgeschäftsführer der CDU
Deutschlands

Anton Pfeifer

Staatsminister a. D.

Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.,
Beauftragter der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V. für Europäische
Angelegenheiten

Christina Stumpp MdB

stellv. Generalsekretärin der CDU
Deutschlands

Stand: 31. Dezember 2022

Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Patrick Adenauer
Unternehmer

Prof. Dr. Erik Bertram
Director/Head of Operations and User Insights BTP Design, SAP SE,
Professor für Digital Business Management an der Fresenius Hochschule Heidelberg

Dr. Christoph Brand
Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heike Brehmer MdB
Vorsitzende des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages

Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion a. D.

Elmar Brok
ehem. MdEP,
Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale

Daniel Caspary MdEP
Vorsitzender der deutschen CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament

Emine Demirbüken-Wegner
Staatssekretärin a. D.,
stellvertretende Bürgermeisterin von Berlin-Reinickendorf

Karina Dörk
Landrätin im Landkreis Uckermark

Burkard Dregger
ehemaliger Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Rechtsanwalt

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars Feld
Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Direktor des Walter Eucken Instituts

Michael Gahler MdEP
Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Tanja Gönner
Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Hermann Gröhe MdB
Bundesminister a. D.,
stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniel Günther
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Stefan W. Hell
Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie Göttingen

Franziska Hoppermann MdB
Landesvorsitzende der Frauen Union Hamburg

Eckart von Klaeden
Staatsminister a. D.,
Leiter des Bereichs External Affairs bei der Mercedes-Benz Group AG

Freya Klier
Autorin und Regisseurin

Julia Klöckner MdB
Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft a. D.

Prof. Dr. Marianne Kneuer
Professorin für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden

Prof. Roland Koch
Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der Verteidigung a. D.

Michael Kretschmer
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Prof. Dr. Norbert Lammert
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

Armin Laschet MdB
Ministerpräsident a. D.

Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin a. D.

David James McAllister MdEP
Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin a. D.

Herta Müller
Schriftstellerin

Hildegard Müller
Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie

Prof. Dr. Adolf Muschg
Schriftsteller

Hildigund Neubert
Staatssekretärin a. D.,
stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Beate Neuss
stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Angelika Nußberger

Internationale Richterin am
Verfassungsgerichtshof von Bosnien
und Herzegowina,
Direktorin des Instituts für osteuropäi-
sches Recht und Rechtsvergleichung
an der Universität zu Köln

Ronald Pofalla

Bundesminister a. D.,
Geschäftsführer Gröner Group GmbH

Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.,
Beauftragter der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V. für Europäische
Angelegenheiten

Dr. Jan Redmann MdL

CDU-Fraktionsvorsitzender im
Landtag Brandenburg

Katherina Reiche

Vorstandsvorsitzende der
Westenergie AG

Herbert Reul

Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Dr. Norbert Röttgen MdB

Bundesminister a. D.,
Vorsitzender des Auswärtigen
Ausschusses im Deutschen Bundestag

Nadine Schön MdB

stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrates der Juden in
Deutschland (ZdJ)

Jens Spahn MdB

Bundesminister für Gesundheit a. D.

Ashok-Alexander Sridharan

ehem. Oberbürgermeister der
Bundesstadt Bonn, Jurist

Dr. Peter Tauber

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Düzen Tekkal

Journalistin und Autorin

Dr. Johannes von Thadden

Vorsitzender der Geschäftsführung
von Airbus Poland

Marlehn Thieme

Präsidentin der Deutschen
Welthungerhilfe e. V.,
Vorsitzende des ZDF-Fernsehrates

Prof. Sebastian Turner

Medienunternehmer

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.,
Ehrevorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Nathalie von Siemens

Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens
AG und der Siemens Healthcare GmbH

Klaus Welle

Generalsekretär des Europäischen
Parlaments

Eva Welskop-Deffaa

Präsidentin des Deutschen
Caritasverbandes (DCV)

Paul Ziemiak MdB

Generalsekretär des
CDU-Landesverbandes
Nordrhein-Westfalen

Dr. Tamara Zieschang

Ministerin für Inneres und Sport des
Landes Sachsen-Anhalt

Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hat am 11. Juni 1999 erstmals ein Kuratorium berufen. Dieses Gremium unterstützt und begleitet die Arbeit der Stiftung in beratender Funktion. Seine Aufgabe ist es insbesondere, wie ein Seismograf auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen.

In einer Zeit großer Umbrüche, des steten Wandels und der fortschreitenden Prozesse der Globalisierung ist Orientierung wichtiger denn je. Die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Medien und Kultur erfordern eine weitsichtige und richtungsweisende, vor allem frühzeitige Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Politik, denen die Konrad-Adenauer-Stiftung sich stellen will. Dem Kuratorium gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an. Dr. Wolfgang Schüssel ist der Vorsitzende dieses Gremiums. Bei der Zusammensetzung des Gremiums hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Wert darauf gelegt, die unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft mit einzubeziehen. Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung von Impulsen und Anregungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.



Dr. Wolfgang Schüssel

Vorsitzender des Kuratoriums der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.

Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Monika Grütters MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien a. D.

Prof. Dr. Michael Baumann

Vorstandsvorsitzender und Wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ)

Cemile Giousouf

Leiterin der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie Vertreterin des Präsidenten der bpb

Elke Hannack

stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Markus Hartmann

Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln, Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW)

Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen Kommission a. D., Premierminister Luxemburgs a. D.

Bernhard Kaster

Bürgermeister a. D., ehem. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Paul Kirchhof

Bundesverfassungsrichter a. D.

Charlotte Knobloch

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R.

Anna Kreye

Leiterin des Ministerbüros für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Ronan Le Gleut

Mitglied des französischen Senats

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Staatssekretärin a. D.

Klaus Mertes SJ

Superior der Jesuitenkommunität in Berlin-Charlottenburg

Prof. Dr. Armin Nassehi

Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2020-21 Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Sönke Neitzel

Professor für Militärgeschichte/ Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Professorin für Praktische Theologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Aygül Özkan

Ministerin a. D., Geschäftsführerin Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)

Sarna Röser

Bundesvorsitzende DIE JUNGEN UNTERNEHMER, Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG

Dr. Stephan Schaede

Regionalbischof für den Sprengel Lüneburg

Stephan Schambach

Unternehmer

Dr. Klaus Schüler

ehem. Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands

Dr. Steven E. Sokol

Präsident des American Council on Germany

Jaromir Sokolowski

Staatssekretär im Kanzleramt des Präsidenten der Republik Polen a. D.

Armin Staigis

Brigadegeneral a. D., ehem. Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Vorsitzender des Freundeskreises der BAKS e. V.

Kim Thy Tong

stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen CDA

Sir Peter James Torry

Britischer Botschafter a. D.

Annette Widmann-Mauz MdB

Staatsministerin a. D., Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Christian Wulff

Bundespräsident a. D.

Stand: 31. Dezember 2022

Gremien der Begabtenförderung

Sprecherrat der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Prof. Dr. Klemens Störckuhl
(Vorsitzender)
Ruhr Universität Bochum

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Stefanos Fasoulas
Universität Stuttgart

Gewählte Mitglieder im Vorstand der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ASeV)

Matthias Wilkes
(Vorsitzender)

Dr. Heinrich Schimpf
(Schatzmeister)

Thies Johannes Albert

Dr. Alexander Bode

Dr. Jürgen Bubeck

Dr. Frank Deickert

Dr. Dietrich-W. Dorn

Maximilian Martin

Gunter Smits

Hilfs- und Sozialfonds e. V.

Dr. Bernd Langhein
(Vorsitzender)

Stipendiatenbeirat

Siegfried Adelhoefer

Nicolas Bachmann

Anna Hußmann

Lukas Kugler

Rebekka Schwend

Xenia Steinbrecher

Bewährung in Krisenzeiten

Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung stand auch 2022 vor der Herausforderung, trotz der pandemischen Lage und der weltweiten Krisen, die Bindung zu seinen Förderinnen und Förderern zu halten.



Bootstour auf dem Comer See

Der 1999 gegründete Freundeskreis ist ein Verein, der die Leistungsfähigkeit der Stiftung und die hohe Qualität ihres Angebots langfristig sichert und all jenen eine Heimat bietet, die von den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers überzeugt sind, sich als ihre Botschafter verstehen und auf dieser Basis ihren Teil zur Zukunft der Gesellschaft leisten.

Die Förderinnen und Förderer schätzen, dass sie sich bei exklusiven Veranstaltungen treffen, miteinander austauschen, Freundschaften schließen und mit hochrangigen Referentinnen und Referenten diskutieren können.

2022 konnten die Seminare im Kloster Banz und in Cadenabbia sowie die politischen Bildungsreisen nach Prag, Istrien, Irland, Norwegen, in die Schweiz, in den Osten Kanadas und nach Israel stattfinden. In Kooperation mit den Freunden der Hebräischen Universität Jerusalem in Deutschland fand eine gemeinsame Abendveranstaltung „Ein Abend für das Jungbleiben“ in der Bertelsmann Stiftung in Berlin statt.

Das Format der virtuellen politischen Stammtische via Zoom wurde fortgesetzt. Zwei Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung berichteten über die Lage in ihrem Land. Außerdem gab es am 23. März eine virtuelle Diskussionsrunde „StandWithUkraine“ mit Prof. Dr. Norbert Lammert, Philipp Dienstbier, Dr. Brigitta Triebel, Dr. Christoph M. Brand und Anne-Katrin Mellmann.

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

T +49 30 / 26 996 - 3256
christine.wagner@kas.de

www.kas.de/freundeskreis
www.facebook.com/kas.freundeskreis

Die Villa La Collina in Cadenabbia

Tagungs- und Urlaubsort mit Geschichte

Im Jahr 2022 lockten 76 Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung mehr als 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt in Konrad Adenauers ehemalige Sommerresidenz am Comer See.

Zur politischen Bildung fanden zahlreiche, durch die Stiftung organisierte Seminare in Cadenabbia statt. Sie befassten sich neben dem klassischen Seminarthema „Auf den Spuren Konrad Adenauers“ unter anderem mit den Themen „Extremismus, Terrorismus und innere Sicherheit“, „Staatsmodernisierung“, „Agenda 2030; Nachhaltigkeit ganzheitlich global und lokal denken“, „Bundeswehr der Zukunft“ und „Demokratie im digitalen Zeitalter“.

In der Villa La Collina fanden auch wieder zahlreiche internationale Konferenzen statt; thematische Schwerpunkte waren hier der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Politisierung von Religion, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur und die europäisch-afrikanischen Beziehungen.

Im Herbst kamen traditionell wieder zahlreiche Schriftstellerinnen und Schriftsteller zur Autorenwerkstatt zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese Arbeiten mit Kritikerinnen und Kritikern, Germanistinnen und Germanisten sowie Politikerinnen und Politikern zu diskutieren.

Auch war die Villa La Collina wieder Treffpunkt von bildenden Künstlerinnen und Künstlern, die durch den Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert werden. Über die Grenzen der Kultursparten hinweg diskutierten sie gemeinsam mit Autorinnen und Autoren, Komponistinnen und Komponisten, Galeristinnen und Galeristen sowie Museumsdirektorinnen und -direktoren über gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen.

Als europäische Begegnungsstätte, als Kreativwerkstatt für Literatinnen und Literaten sowie Künstlerinnen und Künstler und nicht zuletzt als Tagungsstätte ist die Villa La Collina längst ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Weitere Informationen finden Sie in deutscher, englischer und italienischer Sprache unter: www.villalacollina.com.

Ihre deutschsprachigen Ansprechpartnerinnen im Sekretariat der Villa La Collina sind:

Martina Süßmann, Marinella Galli, Nicoletta Canzani und Elena Ferroni

Geschäftsführer: Heiner Enterich
cadenabbia@villalacollina.it

T +39 03 44 44 111



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin

Klingelhöferstr. 23

10785 Berlin

T +49 30 269 96-0

zentrale@kas.de

Redaktion:

Moritz Mihm, Jochen Blind (V. i. S. d. P.)

Lektorat:

Sophie Steybe, Fabian Olbrich, Moritz Mihm

Bildnachweise:

S. 8, 12, 14, 15, 27 (unten): KAS/Juliane Liebers; S. 16, 17 (unten), 58: KAS; S. 17 (oben): Oğuz Demir; S. 18: privat; S. 19: Bundesregierung/Egon Steiner; S. 20, 21: Mathias Schormann; S. 26: Sebastian Willnow; S. 27 (oben): Zeitungsverlag Waiblingen/Palmizi; S. 30: KAS/Kaluza + Schmid Studio; S. 31, 39: KAS/ House of YAS; S. 32 GMM AG; S. 34 (oben), 35: Sophia Bogner, Paul Hertzberg; S. 34 (unten): Ludwig-Erhard-Stiftung/Wolfgang Weiss; S. 37: stock.adobe.com/shaiith; S. 38: KAS/Knickerbockerphotography; S. 40: stock.adobe.com/ryan; S. 42: KAS/Edgar Nemschok; S. 45: Carl Michael Constien und racken GmbH, Berlin; S. 48: KAS/WD-ACDP; S. 49, 53, 55, 75: KAS/Christiane Stahr; S. 54: Guenay Ulutuncok; S. 55 (unten), 76 (oben), 93: Giuseppe Moro; S. 56, 57: KAS/Nils Frank; S. 59: Vanessa Klisch/KAS; S. 60: privat; S. 62: shutterstock/BeautifulPicture; S. 68: stock.adobe.com/finwal89; S. 74: Amerika Haus/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 76 (unten): KAS/Anton Hax; S. 91: Christine Wagner; S. 92: KAS/Jones Art

Gestaltung und Satz: Kaluza + Schmid Studio, Berlin

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information.

Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder – helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN: 978-3-98574-132-8

Auslandsstandorte der Konrad-Adenauer-Stiftung

Länderprojekte und Regionalprogramme

ERÖFFNET ZWISCHEN 1960 UND 1969

LÄNDERPROJEKTE

1. Argentinien
2. Bolivien
3. Brasilien
4. Chile
5. Demokratische Republik Kongo
6. Ecuador
7. Ghana
8. Guatemala
9. Indien
10. Indonesien und Timor-Leste
11. Kolumbien
12. Peru
13. Philippinen
14. Tansania
15. Uruguay
16. Venezuela

ERÖFFNET ZWISCHEN 1970 UND 1979

LÄNDERPROJEKTE

17. Kenia
18. Korea
19. Italien, Malta, Heiliger Stuhl
20. Malaysia
21. Mexiko
22. Senegal und Gambia
23. Spanien und Portugal
24. USA

REGIONALPROGRAMME

25. Europabüro Brüssel

ERÖFFNET ZWISCHEN 1980 UND 1989

LÄNDERPROJEKTE

26. Costa Rica
27. Honduras
28. Frankreich
29. Griechenland und Zypern
30. Israel
31. Jordanien
32. Marokko
33. Namibia und Angola
34. Simbabwe
35. Südafrika (Johannesburg, ab 2021 Kapstadt)
36. Thailand
37. Tunesien
38. Vereinigtes Königreich und Irland
39. Polen
40. Türkei (Ankara)
41. Uganda
42. Baltische Staaten/Lettland

ERÖFFNET ZWISCHEN 1990 UND 1999

LÄNDERPROJEKTE

43. Baltische Staaten/Verbindungsbüro Estland
44. Baltische Staaten/Verbindungsbüro Litauen
45. Bosnien und Herzegowina
46. Bulgarien
47. China (Peking)
48. Kambodscha
49. Mongolei
50. Montenegro
51. Panama
52. Palästinensische Gebiete
53. Rumänien
54. Russische Föderation (Moskau und St. Petersburg)*
55. Slowakische Republik
56. Tschechische Republik
57. Türkei (Istanbul)
58. Ukraine (Kiew)**
59. Ungarn
60. Vietnam

REGIONALPROGRAMME

61. Medienprogramm Asien
62. Politischer Dialog Westafrika
63. Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika
64. Zentralasien

ERÖFFNET ZWISCHEN 2000 UND 2009

LÄNDERPROJEKTE

65. Albanien
66. Algerien
67. Belarus
68. China (Schanghai)
69. Kasachstan
70. Kosovo
71. Kroatien und Slowenien
72. Nigeria
73. Nordmazedonien
74. Republik Moldau
75. Serbien

REGIONALPROGRAMME

76. Golf-Staaten
77. Medienprogramm Subsahara-Afrika
78. Medienprogramm Südosteuropa
79. Multinationaler Entwicklungsdialg Brüssel
80. Politikdialog Asien
81. Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika
82. Politischer Dialog Südkaukasus
83. Rechtsstaatsprogramm Asien
84. Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika (ab 2020: anglophone Länder)
85. Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

ERÖFFNET ZWISCHEN 2010 UND 2022

LÄNDERPROJEKTE

86. Äthiopien & Afrikanische Union
87. Irak
88. Japan
89. Kanada
90. Libanon
91. Myanmar***
92. Ukraine (Charkiw)**

REGIONALPROGRAMME

93. Allianzen für Demokratie und Entwicklung mit Lateinamerika
94. Australien und Pazifik
95. Energiesicherheit und Klimawandel in Asien und Pazifik
96. Energiesicherheit und Klimawandel in Lateinamerika
97. Energiesicherheit und Klimawandel Subsahara-Afrika
98. Klima und Energie im Nahen Osten und Nordafrika
99. Multilateraler Dialog Genf
100. KAS Auslandsbüro bei den Vereinten Nationen in New York
101. Nordische Länder
102. Österreich und Multilateraler Dialog Wien
103. Parteidialog und Demokratie in Lateinamerika
104. Politischer Dialog Subsahara-Afrika
105. Politischer Dialog und regionale Integration im Südlichen Mittelmeerraum
106. Rechtsstaatsprogramm Naher Osten und Nordafrika
107. Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika (frankophone Länder)
108. Sahel
109. Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-Ost
110. Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-West (ab 2022: Westafrika)
111. Soziale Ordnungspolitik in Asien
112. Südwestasien

Inlandsstandorte der Konrad-Adenauer-Stiftung



**#STAND
WITH
UKRAINE**